



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Ungleichheiten von Bildung, Einkommen und  
Vermögen in Österreich“

verfasst von / submitted by

Thi Quach

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the de-  
gree of

Magistra der Naturwissenschaften (Mag. rer. nat.)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

UA 190 406 456

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Mathematik  
UF Geographie und Wirtschaftskunde

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Blas

## **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit versichere ich,

- dass die ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe und
- dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, Juli 2019

---

„Economists talk about education as human capital: investment in people yields a return, just as investment in machinery does. But education does more. It opens up minds to the notion that change is possible, that there are other ways of organizing production, as it teaches the basic principles of modern science and the elements of analytic reasoning and enhances the capability to learn.“

Joseph E. Stiglitz

# Vorwort und Danksagung

Die Themen Ungleichheit und Bildung beschäftigen mich schon mein ganzes Leben lang. Als Kind vietnamesischer Migranten, die den Schritt gewagt haben, ein neues Leben auf einem ihnen fremden Kontinent zu beginnen, wurde ich schon bald mit Ungleichheit konfrontiert. Die aktuelle Brisanz des Themas und das persönliche Interesse haben mich zu dieser Arbeit geführt.

Deswegen möchte ich die vorliegende Arbeit vor allem meinen Eltern widmen. Danke, dass ihr so mutig wart, eure alte Heimat zu verlassen, um mir ein besseres Leben zu ermöglichen. Danke auch für die finanzielle Unterstützung während des Studiums und für eure Geduld.

Ich möchte mich auch bei meiner besseren Hälfte Dominik bedanken, der mich immer bedingungslos unterstützt hat. Danke für die vielen aufmunternden Worte und für die anregenden Diskussionen.

Weiters möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mich während der Studienzeit begleitet haben und sie zu einem spannenden, lustigen, aber auch lehrreichen Lebensabschnitt gemacht haben.

Besonders möchte ich mich bei meinem Diplomarbeitsbetreuer, Herrn Ao. Univ. Prof. Dr. Wolfgang Blaas bedanken. Ich möchte bei Ihnen für die vielen Literatur- und Veranstaltungstipps, für Ihre Geduld und für das Wirtschaftskundenseminar, das mich so beeindruckte, dass ich beschloss, zu diesem Thema eine Diplomarbeit zu verfassen.

# Abstract

This diploma thesis deals with income and wealth inequality as well as education in Austria. Several terms in this context are explained in addition to the measurement and presentation of inequality and the data description including their advantages and disadvantages. Bourdieu's forms of capital provide a good theoretical complement as they distinguish different components of capital. Afterwards, the historical development of education and income will be considered and the current data on education will be presented. This includes the educational level of the population but also educational mobility and educational homogamy. The situation of income inequality in Austria is examined based on up-to-date data and on the level of education and gender. Analyzing the distribution of wealth in Austria has proved to be even more complex than the distribution of income as there is no useful data until 2010. In 2010 this changed thanks to the Household Finance and Consumption Survey (HFCS), which covered data on household and non-financial assets, liabilities and household expenditure for the first time. The research questions on the impact of education on income and income distribution, on the development of the gender pay gap and on the connection between education and wealth are answered. Lastly, this work contains a summary on the main findings of the work and a selection of challenges for the future and recommendations for higher education mobility.

In der vorliegenden Arbeit geht es um Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie Bildung in Österreich. Verschiedene Begriffe in diesem Zusammenhang werden erläutert, außerdem die Messung und Darstellung von Ungleichheit, die Datenbeschreibung und Datenlage inklusive deren Vor- und Nachteilen. Bourdieus Kapitalsorten stellen eine gute theoretische Ergänzung dar, die verschiedene Bestandteile von Kapital unterscheidet. Danach wird die historische Entwicklung von Bildung und Einkommen betrachtet und die aktuelle Datenlage zu Bildung präsentiert. Diese beinhaltet den Bildungsstand der Bevölkerung, aber auch Bildungsmobilität und Bildungshomogamie. Die Situation der Einkommensungleichheit wird mittels aktueller Datenlage und nach den Kriterien Bildung und Geschlecht untersucht. Die Analyse der Vermögensverteilung in Österreich gestaltet sich noch komplexer als bei der Einkommensverteilung, da es bis 2010 keine

brauchbaren Daten gab. Das hat sich 2010 dank des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) geändert, wo zum ersten Mal Daten zu Sach- und Finanzvermögen, Verbindlichkeiten und Ausgaben privater Haushalte erfasst wurden. Die Forschungsfragen zur Wirkung von Bildung auf Einkommen und Einkommensverteilung, zur Entwicklung des Gender Pay Gap und zum Zusammenhang zwischen Bildung und Vermögen werden beantwortet. Zuletzt gibt es eine Zusammenfassung, in der die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit, eine Auswahl an Herausforderungen für die Zukunft und Empfehlungen für höhere Bildungsmobilität präsentiert werden.

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	9
Tabellenverzeichnis.....	11
1 Einleitung.....	12
1.1 Forschungsfragen.....	16
1.2 Aufbau der Arbeit.....	16
1.3 Begriffsdefinition.....	17
1.4 Datenbeschreibung und Datenlage.....	28
1.4.1 Messung und Darstellung von Ungleichheit.....	28
1.4.2 Datenbeschreibung.....	34
1.4.3 Probleme mit der „Mitte“.....	35
1.4.4 Administrativdaten.....	36
1.4.5 Daten basierend auf Umfragen.....	38
2 Bourdieus Kapitalsorten.....	40
3 Historische Entwicklung von Bildung und Einkommen.....	43
3.1 Entwicklung des Bildungsniveaus.....	43
3.2 Entwicklung der Einkommen.....	48
3.2.1 Entwicklung der Realeinkommen.....	48
3.2.2 Entwicklung der Bruttojahreseinkommen.....	52
3.2.3 Entwicklung der Lohnquote.....	58
3.2.4 Steigende Einkommensungleichheit.....	61
4 Aktuelle Datenlage von Bildung.....	63
4.1 Bildungsstand der Bevölkerung.....	63
4.2 Bildungsmobilität.....	66
4.3 Bildungshomogamie.....	75
5 Einkommensverteilung.....	79
5.1 Aktuelle Datenlage zu Einkommen.....	81

5.1.1	Verteilung der Einkommen aus Erwerbstätigkeit .....	82
5.1.2	Verteilung des Primäreinkommens .....	85
5.2	Verteilung nach Bildung und Geschlecht.....	90
6	Vermögensverteilung .....	96
6.1	HFCS in Österreich .....	101
6.1.1	Ziele des HFCS .....	102
6.1.2	Korrekturen am HFCS .....	106
6.2	Aktuelle Datenlage zu Vermögen .....	107
6.3	Fazit zu Vermögen .....	117
7	Ausarbeitung der Forschungsfragen .....	121
7.1	Wirkung von Bildung auf Einkommen und Einkommensverteilung ...	121
7.2	Entwicklung des Gender Pay Gap .....	125
7.3	Zusammenhang zwischen Bildung und Vermögen .....	133
8	Zusammenfassung .....	138
8.1	Fragen und Vorgehensweise .....	138
8.2	Wichtige Ergebnisse der Arbeit .....	138
8.3	Herausforderungen für die Zukunft .....	142
8.4	Empfehlungen für höhere Bildungsmobilität.....	146
9	Literaturverzeichnis .....	149
10	Internetquellen .....	156

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Beispiel für Lorenzkurve; eigene Darstellung .....	31
Abbildung 2: Entwicklung des Bildungsniveaus der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren von 1981 bis 2015.....	44
Abbildung 3: Bildungsniveau der Bevölkerung im Alter von 25 bis 34 Jahren nach Geschlecht von 1981 bis 2015 .....	46
Abbildung 4: Bevölkerung mit einer mittleren bzw. höheren Schule als höchstem Abschluss nach Alter.....	47
Abbildung 5: Bevölkerung mit Hochschule oder Akademie als höchstem Abschluss nach Alter.....	48
Abbildung 6: Entwicklung der Reallöhne von 1991 bis 2014.....	50
Abbildung 7: Veränderung der Nominal- und Reallöhne in Österreich von 2008 bis 2018 gegenüber dem Vorjahr .....	52
Abbildung 8: Jährliche Veränderungsraten des Verbraucherpreisindex und der mittleren Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht von 1999 bis 2017 .....	53
Abbildung 9: Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht von 1998 bis 2017 .....	57
Abbildung 10: Entwicklung der Lohnquote Österreichs von 1960 bis 2015.....	59
Abbildung 11: Entwicklung der Brutto- und Lohnquote von 1988 bis 2012 .....	60
Abbildung 12: Bildungsstand der Bevölkerung 2013.....	64
Abbildung 13: Bildungsstatus von 17-Jährigen nach Schultyp und Elternbildung (2012-2014).....	68
Abbildung 14: Intergenerationeller Bildungsvergleich.....	70
Abbildung 15: Bildung der Eltern von 18- bis 20-jährigen Maturantinnen und Maturanten 2014/15 .....	71
Abbildung 16: Bachelor- und Diplomstudien im ersten Semester an öffentlichen Universitäten nach Bildung der Eltern 2015/16 .....	71
Abbildung 17: Bachelorstudien im ersten Semester an Fachhochschulen nach Bildung der Eltern 2015/16.....	72
Abbildung 18: SchülerInnen der 4. Schulstufe nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern und Migrationshintergrund 2013.....	74

Abbildung 19: Zusammensetzung des Primäreinkommens aus Erwerbstätigkeit .....	87
Abbildung 20: Primäreinkommen des 9. Dezils .....	88
Abbildung 21: Mittlere Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten nach Bildung und Geschlecht 2017 .....	90
Abbildung 22: Unselbstständig Erwerbstätige nach Einkommensgruppen und Geschlecht 2017 .....	94
Abbildung 23: Vermögensbilanz der privaten Haushalte nach HFCS .....	104
Abbildung 24: Veranschaulichung der Methode zur Daten-Korrektur.....	106
Abbildung 25: Durchschnitt der Vermögenskomponenten nach Perzentilen 2010 .....	108
Abbildung 26: Lorenzkurven von Bruttoeinkommen und Nettovermögen 2017 .....	110
Abbildung 27: Lorenzkurven von Finanz- und Sachvermögen .....	111
Abbildung 28: Lorenzkurven von Erbschaften und Nettovermögen.....	112
Abbildung 29: Vermögensarme Haushalte nach Alter der Bezugsperson.....	113
Abbildung 30: Soziale Klassen in Österreich nach Wohlstand gegliedert .....	116
Abbildung 31: Dekomposition des Gender Pay Gap im Jahr 2014.....	131
Abbildung 32: Kosten des ersten Kindes.....	132
Abbildung 33: Brutto- und Nettovermögen nach Bildungsstand .....	135

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Reallöhne nach Altersgruppen in den Jahren 1991, 2000 und 2014 .....	51
Tabelle 2: Entwicklung der mittleren Jahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht 1998 bis 2017 .....	54
Tabelle 3: Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Voll- und Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht 2004 bis 2017.....	55
Tabelle 4: Entwicklung der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen von 1998 bis 2017 (Basis 1998) .....	56
Tabelle 5: Entwicklung der inflationsbereinigten mittleren Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach sozialer Stellung und Geschlecht von 1998 bis 2017 (Basis 1998) .....	58
Tabelle 6: Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen nach Quintilen von 1995 bis 2012.....	62
Tabelle 7: Nettovermögen nach Bildungskombinationen der Paare in Euro im Jahr 2010 .....	77
Tabelle 8: Verteilung der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit .....	83
Tabelle 9: Verteilung der Einkommen aus selbstständiger Arbeit .....	84
Tabelle 10: Vergleich Primäreinkommen der Erwerbstätigen und Einkommen aus Produktion .....	86
Tabelle 11: Mittlere Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten nach Bildungsabschluss und Geschlecht 2017 .....	91
Tabelle 12: Nettovermögen nach Bildungsniveau in Euro .....	136

# 1 Einleitung

„Die Kluft zwischen dem, was unsere ökonomischen und politischen Systeme leisten sollen – und angeblich leisten –, und dem, was sie tatsächlich leisten, ist so groß geworden, dass man sie nicht mehr ignorieren kann. Überall auf der Welt versäumten Regierungen es, sich mit ökonomischen Schlüsselfragen zu beschäftigen, etwa jener der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit; und in dem Maße, in dem universelle Werte wie Gerechtigkeit, trotz gegenteiliger Beteuerungen, der Gier einiger weniger geopfert wurden, fühlten sich die Menschen nicht mehr nur unfair behandelt, sondern betrogen.“<sup>1</sup>

Dieses Zitat ist bereits im Vorwort von Joseph Stiglitz' Buch „Der Preis der Ungleichheit“ zu finden, in der er vor einer ungleichen Gesellschaft warnt. Denn die Risiken, die mit großer Ungleichheit einhergehen, verhindern Wachstum und schränken die Chancengerechtigkeit ein.

Die Ökonomie hat das Thema Ungleichheit lang ignoriert. Obwohl Anthony Atkinson und Amartya Sen sich bereits seit den 1970ern mit dieser Thematik beschäftigen, ist der Aspekt der Verteilung in den Wirtschaftswissenschaften erst vor einigen Jahren richtig angekommen. Dabei hat Sen den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften bereits 1998 für seine Beiträge zur Wohlfahrtsökonomie gewonnen. Seine Forschungsthemen sind grundlegende Probleme der Wohlfahrtsökonomie, Sozialwahltheorie, Messung von Wohlstand und Armut.<sup>2</sup>

Namhafte Wissenschaftler wie Joseph Stiglitz, Paul Krugman und Thomas Piketty haben sich dafür eingesetzt, dass auch die Wirtschaftswissenschaft sich mit Ungleichheit auseinandersetzt. Thomas Pikettys „Capital in the Twenty-First Century“, das als wissenschaftliche Sensation gefeiert wurde, hat einen „Hype“ ausgelöst. Krugman kommentierte in der New York Times: „The result has been a revolution in our understanding of long-term trends in inequality. Before this revolution, most discussions of economic disparity more or less ignored the very rich. Some economists tried to shout down any mention of inequality at all.“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Stiglitz 2012: 9f

<sup>2</sup> vgl. nobelprize.org o.J.: *Amartya Sen - Facts*

<sup>3</sup> Krugman 2014: *Why we're in a New Gilded Age*

Was ist so einzigartig an diesen fast 700 Seiten? Thomas Piketty hat sich mit der Erforschung der langfristigen Evolution von Ungleichheit 15 Jahre lang auseinandergesetzt. Niemand zuvor hat bisher Vermögens- und Einkommensdaten aus aller Welt derart akribisch zusammengetragen. Damit nicht genug: Er versucht auch „Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems herzuleiten und damit das Fundament von Einkommens- und Vermögensungleichheit zu analysieren.“<sup>4</sup>

Das Thema Ungleichheit hat also nun endgültig seinen Weg in die Ökonomie gefunden und die Medien reagierten prompt. Der Falter hat im August 2014 eine Sonderbeilage erstellt mit dem Titel „Die Krise verstehen“, das einen Einblick in die aktuellen ökonomischen Probleme gibt<sup>5</sup>. Das Magazin für Menschenrechte widmet sich im Heft Nr. 36 der Steuergerechtigkeit<sup>6</sup> und sogar die Technology Review, eine Zeitschrift, die sich neuen Technologien und Innovationen widmet, fragt sich im Dezember 2014, ob der technische Fortschritt und die Digitalisierung Schuld an der wachsenden Ungleichheit haben<sup>7</sup>. Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen: die Frankfurter Allgemeine Zeitung nennt im Mai 2014 Piketty einen „Rockstar-Ökonom“<sup>8</sup>, der Spiegel titelt im April 2014 „Neue Reichtumsdebatte: Etwas ist faul im Kapitalismus“<sup>9</sup> und die Zeit veröffentlicht im Dezember 2014 einen Artikel mit dem Titel „Reich und Reich vermehrt sich gern“<sup>10</sup>.

Selbst zahlreiche namhafte Institutionen haben das Thema Verteilung entdeckt: der IWF (Internationaler Währungsfonds), der für sein neoliberales Weltbild oft kritisiert wird, hat im Februar 2014 eine Studie mit dem Titel „Redistribution, Inequality and Growth“ veröffentlicht. Ihre Schlussfolgerung ist eindeutig: „It would still be a mistake to focus on growth and let inequality take care of itself, not only because inequality may be ethically undesirable but also because the resulting growth may be low and unsustainable.“<sup>11</sup> Die Autoren Ostry, Berg und Tsangarides stellten fest: Je gleichmäßiger das Einkommen in einem Land verteilt ist, desto höher war das Wirtschaftswachstum in den nächsten 10 Jahren. Eine leicht

---

<sup>4</sup> Schnetzer 2014: *Verteilungsdebatte nimmt an Fahrt auf* (28.04.2015)

<sup>5</sup> vgl. Falter 2014: *Ökonomie. Die Krise verstehen*

<sup>6</sup> vgl. SOS Mitmensch 2014: *Magazin für Menschenrechte #36*

<sup>7</sup> vgl. Rotman 2014: 28f

<sup>8</sup> vgl. Welter 2014: *Ein Rockstar-Ökonom erobert Amerika*

<sup>9</sup> vgl. Kwasniewski et al. 2014: *Neue Reichtumsdebatte. Etwas ist faul im Kapitalismus*

<sup>10</sup> vgl. Oberhuber 2014: *Reich und Reich vermehrt sich gern*

<sup>11</sup> Ostry et al. 2014: 25

positive Korrelation ließ sich zwischen Umverteilung und Wachstum nachweisen, anders gesagt: Es besteht kein negativer Zusammenhang zwischen Umverteilung und Wachstum.

2014 veröffentlichte die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) einen Bericht namens „Society at a Glance 2014. OECD Social Indicators“ und thematisiert soziale Ungleichheit. Die Organisation warnt vor den sozialen Folgen der Finanzkrise. Staaten, die Kürzungen bei den Sozialausgaben vornehmen, würden demnach die sozial schwächsten Gruppen treffen, und die haben bereits vom Wachstum vor 2008 am wenigsten profitiert. Die Menschen sind bereits unzufriedener, das Vertrauen in die Politik ist gesunken und darüber hinaus können Nachwirkungen der Krise die Lebensqualität der Menschen lange noch beeinträchtigen in Bereichen wie zum Beispiel Familiengründung, Geburtenziffern, Gesundheit und Arbeitslosigkeit.<sup>12</sup>

In der Publikation „In It Together: Why Less Inequality Benefits All“ von 2015 warnt die OECD erneut, dass die zunehmende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum bremst und die Zukunftschancen vieler Haushalte hemmt. Denn werden die untersten 40% einer Gesellschaft abgehängt, und damit auch ein Teil der Mittelschicht, nutzen Volkswirtschaften nur einen Teil ihres Potenzials. Die OECD nennt auch verschiedene Maßnahmen, die die Ungleichheit bremsen: Umverteilung über Steuer- und Sozialsysteme, Investitionen in Bildung und Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Vor allem Frauen soll es ermöglicht werden, einer Vollzeitarbeit nachzugehen.<sup>13</sup>

In der vorliegenden Diplomarbeit sollen die Wechselwirkungen zwischen Bildung und Einkommen bzw. Vermögen untersucht werden. Oft lauten Maßnahmen gegen Armut: höhere Investitionen in Bildung, um das Bildungsniveau der Bevölkerung zu heben. Auch die Frage, ob der Gender Pay Gap mit dem steigenden Bildungsniveau von Frauen gestiegen oder gesunken ist, ist ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit.

Zu den sozioökonomischen Erträgen von Bildung schreiben die Autoren des nationalen Bildungsberichts 2015: „In modernen Gesellschaften sind Bildungs- und Beschäftigungsstruktur eng verknüpft. In sozioökonomischer Hinsicht zeigt sich

---

<sup>12</sup> vgl. OECD 2014: 1f

<sup>13</sup> vgl. OECD 2015

der Zusammenhang im Zugang zu den knappen beruflichen Positionen. Die im Bildungssystem erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen bestimmen den Arbeitsmarkterfolg in erheblichem Maße. Verschiedene Bildungsabschlüsse sind mit unterschiedlichen Beschäftigungschancen und Arbeitslosigkeitsrisiken verbunden, beeinflussen auf der individuellen Ebene die Produktivität und die Einkommensmöglichkeiten und auf der gesellschaftlichen Ebene die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Die individuellen Chancen und Risiken im Beschäftigungssystem sind immer auch deshalb ungleich verteilt, weil es wegen der knappen Positionen zu einem Prozess der Verdrängung gering Qualifizierter kommen kann. (...) Die Aneignung von Bildung, Kompetenzen und Qualifikation sind somit kein Garant für gute Beschäftigungschancen und hohes Einkommen, aber eine wichtige Voraussetzung dafür, unter den gegebenen strukturellen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.“<sup>14</sup>

Bildung spielt also eine wichtige Rolle in der Einkommensverteilung, da es Chancen auf dem Arbeitsmarkt schafft. Natürlich lässt sich Bildung nicht auf Bildungsabschlüsse reduzieren, allerdings ist dazu die Datenlage für eine wissenschaftliche Arbeit am umfassendsten. Kompetenzmessungen eignen sich für internationale Vergleiche, aber nicht für Untersuchungen von Korrelationen zwischen Bildung und Einkommen, da letztendlich die höchste abgeschlossene (Aus-)Bildung zählt.

Das Thema Ungleichheit polarisiert, denn jede Debatte über die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm ist auch politisch. Ideologien treffen aufeinander und Grundsatzdiskussionen werden entfacht. Ein Beispiel: Die „Agenda Austria“, ein wirtschaftsliberaler Thinktank, der sich ausschließlich aus privaten Quellen finanziert, warnt vor zu großer Umverteilung und unterstellt der staatlichen Umverteilung „Nivellierung und (...) Abschöpfung hoher Einkommen“<sup>15</sup> und konstatiert, „den Abbau der sozialen Ungleichheit mit einem Ausbau der Umverteilung erreichen zu wollen, ist ein Mythos. Wirtschaftswachstum und alle Anreize, die es ermöglichen und beschleunigen, helfen den wirtschaftlich Schwachen am meisten.“<sup>16</sup> Hodoschek von der Tageszeitung Kurier nennt die Agenda Austria eine

---

<sup>14</sup> Vogtenhuber et al. 2016b: 222

<sup>15</sup> Agenda Austria 2013: 39

<sup>16</sup> Agenda Austria 2013: 39

„Denkfabrik für Millionäre“<sup>17</sup>, die sich marktwirtschaftlichen und liberalen Grundsätzen verschrieben hat, da Unternehmen und vermögende Privatleute, wie beispielsweise ehemalige Präsidenten der Industriellenvereinigung, diesen finanzieren.

Es ist wohl keine Wissenschaft von so vielen verschiedenen Paradigmen geprägt wie die Wirtschaftswissenschaften. Umso wichtiger ist es, die verschiedenen Perspektiven pluraler Ökonomie zu kennen und die Wirtschaftswissenschaften als interdisziplinäres Forschungsfeld zu sehen. Ungleichheit aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten soll keine „Neiddebatte“, sondern eine sachlich geführte Diskussion entfachen. Es ist also ein vernünftiges Maß an Ungleichheit gefordert und keineswegs Gleichheit, wie manche Vorwürfe lauten.

## 1.1 Forschungsfragen

---

Die Forschungsfragen lauten:

- Welche Wirkungen hatten die Veränderungen in Ausbildung und Qualifikation in Österreich auf die Einkommen und Einkommensverteilung?
- Hat der Gender Pay Gap durch die zunehmend höhere Bildung von Frauen abgenommen?
- Wie stark ist die Korrelation von Bildung und Vermögen?

## 1.2 Aufbau der Arbeit

---

Die vorliegende Arbeit lässt sich in folgende Teile gliedern:

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit den Forschungsfragen, den Begriffsdefinitionen, der Datenbeschreibung und Datenlage. Die Erklärungen zu den Daten beinhalten auch, woher die Daten stammen und welche Tücken sie bergen. Daher wird zwischen Administrativdaten und Daten, die auf Umfragen basieren, unterschieden. Es werden weiters verschiedene Definitionen von Mittelschicht und auch das Problem mit der „Mitte“ dargestellt.

---

<sup>17</sup> Hodoschek 2013: *Denkfabrik der Millionäre*

Das zweite Kapitel ist Bourdieus Kapitalsorten gewidmet, die den Ursprung von Ungleichheit aus einer breiten soziologischen Perspektive betrachten.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der historischen Entwicklung des Bildungsniveaus und des Einkommens. Die Daten zu Bildung gehen bis ins Jahr 1971 zurück und geben eine gute Entwicklung des Bildungsniveaus der letzten Jahrzehnte wieder. Die steigende Einkommensungleichheit wird anhand der Entwicklung der Reallöhne, der Bruttojahreseinkommen und der Lohnquote aus verschiedenen Blickwinkeln wie Quantile oder Geschlecht beschrieben.

Das vierte Kapitel stellt die aktuelle Datenlage von Bildung dar. Das beinhaltet eine Analyse des aktuellen Bildungsstandes der Bevölkerung, der Bildungsmobilität und der zunehmenden Bildungshomogamie.

Das fünfte Kapitel beschäftigt sich mit der aktuellen Datenlage zur Einkommensverteilung, die auch Einkommen aus Vermögen miteinbezieht. Die Verteilung nach Bildung und Geschlecht sind weitere Aspekte dieses Kapitels.

Das sechste Kapitel ist der Vermögensverteilung gewidmet, die weitaus ungleicher als Einkommen verteilt ist und wo sich Schwierigkeiten bei der Datenerfassung ergeben. Der Household Finance and Consumption Survey spielt hierbei eine wichtige Rolle.

In Kapitel sieben erfolgt die Ausarbeitung der Forschungsfragen.

In Kapitel acht wird die vorliegende Arbeit noch einmal zusammengefasst. Herausforderungen für die Zukunft und Empfehlungen für eine höhere Bildungsmobilität werden genannt.

### **1.3 Begriffsdefinition**

---

In diesem Kapitel geht es darum, verschiedene Begriffe genauer zu erläutern, da es unzählige Definitionen gibt, die unterschiedliche Faktoren berücksichtigen. Berger meint dazu: „Wer sich mit sozialer Ungleichheit und ihrem (...) Gegenteil: der Gleichheit, oder gar mit Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit beschäftigt, begibt sich auf ein theoretisch wie empirisch schwer zu begehendes, bisweilen normativ „vermintes“ Gelände. (...), dass sich sowohl für Gleichheit wie auch für Ungleich-

heit jeweils moral-philosophisch durchaus anspruchsvolle und plausible, teilweise jedoch auch widersprüchliche Begründungen und Rechtfertigungen liefern lassen.“<sup>18</sup>

In der Wissenschaft beschäftigen sich vor allem die Philosophie, die Soziologie, die Rechtswissenschaften und die Wirtschaftswissenschaften mit diesem Thema. Eine eindeutige Definition von Gleichheit und Gerechtigkeit ist nicht möglich. Es wurde dennoch versucht, einen Überblick über die Begriffe zu schaffen. Oftmals wurde eine sozial- oder wirtschaftswissenschaftliche Definition ausgewählt, da diese zu der hier vorliegenden Arbeit am ehesten passen.

### **Ungleichheit**

Der Begriff soziale Ungleichheit „bringt zum Ausdruck, dass in einer Gesellschaft soziale Positionen und sozialer Status (Ränge) wie Ressourcen (zum Beispiel Eigentum und Einkommen, aber auch Macht und Prestige) ungleich verteilt sind, diese Verteilung negativ bewertet wird und daher ein gesellschaftliches Problem darstellt.“<sup>19</sup>

Hradil meint, „soziale Ungleichheit liegt dann vor, wenn Menschen aufgrund ihrer Stellung in sozialen Beziehungsgefügen von den „wertvollen Gütern“ einer Gesellschaft regelmäßig mehr als andere erhalten.“<sup>20</sup> Der Begriff der sozialen Ungleichheit lasse aber offen, was gerecht oder ungerecht sei, da dies eigenen Studien vorbehalten sei. Er unterscheidet zwischen Verteilungsungleichheit und Chancenungleichheit. Ersteres beschreibt die ungleiche Verteilung einer wertvollen Ressource, letzteres bezeichnet die ungleichen Möglichkeiten bestimmter Bevölkerungsgruppen.

Hradil zählt auch die wichtigsten Determinanten sozialer Ungleichheit auf, die individuell oder gesellschaftlich zugeschrieben werden: Bildungs- und Berufsgruppen, Familien und kinderlose Haushalte, Bewohner unterschiedlicher Regionen, Geschlecht, Altersgruppen und ethnische Gruppierungen.<sup>21</sup>

Huinink unterscheidet verschiedene Dimensionen sozialer Ungleichheit: ökonomische, wohlfahrtsstaatliche, soziale und emanzipatorische Dimensionen. Zu

---

<sup>18</sup> Berger 2005: 7

<sup>19</sup> Schäfers 2000: 609

<sup>20</sup> Hradil 2001: 30

<sup>21</sup> vgl. Hradil 2012: *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Grundbegriffe*

den ökonomischen Dimensionen gehören Bildung, Einkommen und Vermögen. Die wohlfahrtsstaatlichen Dimensionen berücksichtigen die Leistungen eines Wohlfahrtsstaates und die dazugehörige Infrastruktur moderner Wohlstandsgesellschaften. Zu den sozialen Dimensionen gehören das soziale Kapital, Entscheidungs- und Machtbefugnisse und das soziale Prestige. Zur emanzipatorischen Dimension gehören der Grad individueller Handlungsautonomie und Partizipationschancen an gesellschaftlichen Willensbildungsprozessen.<sup>22</sup>

Das Gabler Wirtschaftslexikon definiert soziale Ungleichheit als „Tatbestand der ungleichen Bewertung der verschiedenen sozialen Positionen und deren Ausstattung mit Ressourcen (zum Beispiel Eigentum, Einkommen, Vermögen, aber auch Schönheit und Herkunft) und den daraus sich ergebenden vertikalen Unterschieden an Macht, Einfluss und Prestige.“<sup>23</sup>

### **Gerechtigkeit**

Hier wird nur auf den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ etwas genauer eingegangen, da eine allgemeine Diskussion über den Begriff „Gerechtigkeit“ den Rahmen sprengen würde.

Beim Gabler Wirtschaftslexikon findet man bei der Suche nach „Gerechtigkeit“ folgendes: „In der heutigen Diskussion dominiert der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“. Er taucht erstmals Mitte des 19. Jh. auf, als im Zuge der Differenzierung des gesellschaftlichen Subsystems Wirtschaft von der Handlungssteuerung auf Systemsteuerung umgestellt wird: Jetzt werden nicht mehr Handlungen, sondern Regeln bzw. Regelsysteme, nach denen die Handlungen in der Wirtschaft erfolgen, auf ihre Gerechtigkeit befragt.“<sup>24</sup>

Opielka, ein deutscher Sozialwissenschaftler, schreibt hingegen: „Gerechtigkeit ist multidimensional. (...) Soziale Gerechtigkeit kann auf den ersten Blick vor allem als Programm gegen Ungleichheit verstanden werden. Doch damit gelangt man noch nicht zur gewünschten Klarheit. Denn auch Ungleichheit hat verschiedene Dimensionen, zum Beispiel Einkommen, Vermögen, Talente, Geschlecht

---

<sup>22</sup> vgl. Huinink 2014: 1037

<sup>23</sup> N. N. (2010): *Gabler Wirtschaftslexikon. Soziale Ungleichheit*

<sup>24</sup> Suchanek und Lin-Hi 2013: *Gabler Wirtschaftslexikon. Gerechtigkeit*

oder Bildung. (...) Sozialpolitik institutionalisiert und dynamisiert soziale Gerechtigkeit.“<sup>25</sup>

Ackermann, eine deutsche Politikwissenschaftlerin, stellt einen Paradigmenwechsel des Begriffes fest: „Seit dem 19. Jahrhundert hat sich mit dem Aufkommen der „sozialen Frage“, dem Erstarken der Arbeiterbewegung und sozialistisch-kommunistischer Parteien der Diskurs über Gerechtigkeit verändert. Einzug hielt der Begriff der sozialen Gerechtigkeit, der sich fortan an sozialer Gleichheit im Sinne von Ergebnisgleichheit orientiert. Für soziale Gerechtigkeit sollte nun der Staat durch Umverteilung sorgen.“<sup>26</sup> Sie hält hier vor allem den Bedeutungswechsel von Gleichheit und Gerechtigkeit für wichtig. Als Beispiel führt sie die Französische Revolution an, bei der es vor allem um Gleichheit vor dem Gesetz ging. In der jetzigen Zeit geht es um Gleichheit der tatsächlichen Lebensverhältnisse.

Nach Liebig und May geht es bei der sozialen Gerechtigkeit „um eine gerechte Verteilung von Chancen, also den Möglichkeiten, seine eigenen Lebenspläne zu verwirklichen. Dies umfasst nicht nur die materielle Absicherung oder einen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand, sondern vor allem auch den Zugang zu Bildung, Kultur und die Ermöglichung politischer Teilnahme.“<sup>27</sup>

Liebig und May zählen vier Prinzipien auf, die bei der Definition von sozialer Gerechtigkeit wichtig sind: Gleichheitsprinzip, Leistungsprinzip, Anrechtsprinzip und Bedarfsprinzip. Das Gleichheitsprinzip fordert gleiche Rechte und gleichen Anteil an Gütern für jeden. Das Leistungsprinzip fordert, dass Leistungen individuell belohnt werden. Das Anrechtsprinzip ist an Status- und Positionsmerkmale gekoppelt. Das Bedarfsprinzip sichert die Grundbedürfnisse.

Felixberger unterscheidet grob zwei Gerechtigkeitskonzeptionen: die Verteilungsgerechtigkeit und die Leistungsgerechtigkeit.

Bei der Verteilungsgerechtigkeit geht es um „Herstellung umfassender sozialer Gerechtigkeit durch Legitimierung gesellschaftlicher Institutionen.“<sup>28</sup> Hier soll der

---

<sup>25</sup> Opielka 2006: 32ff

<sup>26</sup> Ackermann 2013: 25

<sup>27</sup> Liebig und May 2009: 4

<sup>28</sup> Felixberger 2012: 30

Sozialstaat soziale Gleichheit herstellen und soziale Ungleichheiten kompensieren. Der Begriff der Verteilungsgerechtigkeit setzt also eine Steuerung über die Politik voraus.

Bei der Leistungsgerechtigkeit hingegen geht es um die Verteidigung einer liberalen Ökonomie. „Im Mittelpunkt der Leistungsgerechtigkeit steht der Einzelne, der über Leistung den Grad seiner persönlichen Freiheit bestimmt. (..) Die soziale Steuerung erfolgt über den Markt.“<sup>29</sup>

### **Ungleichheit versus Gerechtigkeit**

Meulemann, ein deutscher Soziologe, unterscheidet drei Konzeptionen: Ergebnisgleichheit, Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit.

Ad Ergebnisgleichheit: Hier gibt es keine Varianz, sprich: alle sollen denselben Bildungsabschluss haben oder dasselbe Einkommen beziehen. „In modernen, differenzierten Gesellschaften wird die Ergebnisgleichheit daher nur noch als ein Mindeststandard angestrebt, der nur am unteren Ende der Verteilung Ungleichheit ausschließt. Niemand sollte deshalb weniger als ein bestimmtes Einkommen oder ein bestimmtes Bildungsniveau haben.“<sup>30</sup>

Ad Chancengleichheit: „Chancengleichheit ist die Gleichheit der Ergebnisverteilung für unterschiedliche Startbedingungen im Wettbewerb um die Verteilung der Ergebnisse. (...) Die Forderung nach Chancengleichheit ist für Gesellschaften angemessen, die sich nach sozialen Klassen differenzieren, in die Personen hineingeboren werden und die ohne ihr Zutun Lebenschancen bestimmen.“<sup>31</sup> Chancengleichheiten werden also als bedingte Wahrscheinlichkeiten definiert. Das Problem hierbei ist jedoch, dass Klassen durch politische Konvention bestimmt werden.

Ad Chancengerechtigkeit: „Weil Leistung Ungleichheit rechtfertigt und weil Herkunft und Leistung miteinander zusammenhängen, geht aus der Forderung nach gleichen Chancen die Forderung nach *gleichen Chancen bei gleicher Leistung* hervor. Aus Chancengleichheit wird dann Chancengerechtigkeit.“<sup>32</sup>

---

<sup>29</sup> Felixberger 2012: 31

<sup>30</sup> Meulemann 2004: 118

<sup>31</sup> Meulemann: 119

<sup>32</sup> ebd.: 120

Nach Meulemann ist daher in modernen Gesellschaften nur das Konzept der Chancengerechtigkeit angemessen. In seinen Modellen wird Chancengerechtigkeit nur dann realisiert, wenn nur die Ausbildung einen Einfluss auf den Zielstatus hat. Sobald aber der Herkunftsstatus einen Einfluss auf den Zielstatus hat, herrscht keine Chancengerechtigkeit mehr. Dieser „illegitime, leistungsfremde Einfluss muss (...) durch „äußere“ Bedingungen erklärt werden, (...), etwa durch die Beziehungen der Eltern.“<sup>33</sup>

Ha-Joon Chang, ein südkoreanischer Wirtschaftswissenschaftler, sieht das etwas anders. „Solange es nicht eine gewisse Ergebnisgleichheit gibt (...), hat auch die Chancengleichheit nur wenig Sinn.“<sup>34</sup> Als Beispiel nennt er ein Kind, das aufgrund von Hunger schlechte Noten hat und sich im Unterricht nicht konzentrieren kann. Das Kind sollte, damit ein fairer Wettbewerb entstehen kann, keinen Hunger leiden müssen. Damit eine gewisse Ergebnisgleichheit gegeben ist, sollte es beispielsweise gratis Essen in der Schule bekommen.

Nolte zeigt den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf: Damit aus einer Ungleichheit auch eine Ungerechtigkeit wird, müsse sie zu einem politischen Problem werden, mit der Forderung nach mehr Gerechtigkeit.<sup>35</sup>

Welches Maß an Ungleichheit in einer Gesellschaft noch als gerecht empfunden wird, ist jedoch durchaus unterschiedlich. Laut einer Befragung des International Social Survey Programme von 2009 glaubt mehr als die Hälfte der Deutschen, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind. In den USA hingegen glaubt das nur ein Drittel der Befragten, obwohl dort die Einkommensungleichheiten weitaus höher sind.<sup>36</sup> Misik, ein österreichischer Journalist, beschreibt dies als „lebendiges Gerechtigkeitsempfinden“, das von Geschichte, gesellschaftlichen Normen und herrschenden Diskursen beeinflusst wird und sich daher laufend verändern.<sup>37</sup>

Das Konzept der Verwirklichungschancen von Amartya Sen wird immer wichtiger, da „er dem eindimensionalen Nutzen-Konzept einen differenzierteren und

---

<sup>33</sup> ebd.: 122

<sup>34</sup> Chang 2010: 281

<sup>35</sup> vgl. Nolte 2005: 22

<sup>36</sup> vgl. Niehues 2014: *Gefühlte Ungerechtigkeit*

<sup>37</sup> vgl. Misik 2012: 47

pluralistischen Rahmen gegenüberstellt.<sup>38</sup> Sen definiert Armut und Reichtum mithilfe von Verwirklichungschancen, bei denen unter anderem auch Schulbildung und Lebenserwartung miteinbezogen werden.

„Verwirklichungschancen sind nach Sen gleichbedeutend mit der Fähigkeit und vor allem Freiheit, das Leben nach eigenen Lebensplänen zu gestalten. So sollte es jedem Menschen möglich sein, frei von vermeidbaren Krankheiten zu leben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder eine Religion auszuüben. Wichtig ist hier immer, dass jedem Menschen die Wahl, etwas zu tun oder nicht, selbst überlassen bleibt. Wohlergehen ist nur dann möglich, wenn aus den vorhandenen Verwirklichungschancen frei gewählt werden kann. (...) Daraus folgt, dass Armut auch als Mangel an Verwirklichungschancen definiert werden kann, während Reichtum sich durch ein sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen und entsprechenden Freiheiten definiert.“<sup>39</sup>

## **Bildung**

„Bildung ist maßgeblich für individuelle Lebenschancen. Sie gilt als Bürger- und sogar als Menschenrecht. Zugleich soll sie wirtschaftliche Entwicklung und soziale Integration fördern. Individuelle und gesellschaftliche Ansprüche an sie sind jedoch teils schwer zu vereinen und seit jeher Anlass für bildungspolitische Auseinandersetzungen.“<sup>40</sup>, schreibt Allmendinger, Professorin für Bildungssoziologie, und beschreibt die Schwierigkeit von Bildungspolitik mit dem Anspruch von Chancengerechtigkeit.

Artikel 26 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: „Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung.“<sup>41</sup> Dort heißt es weiters, dass Grundschulunterricht obligatorisch und unentgeltlich sein soll. „Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassistischen oder religi-

---

<sup>38</sup> Eiffe et al. 2010: 39

<sup>39</sup> ÖGPP 2008: 117

<sup>40</sup> Allmendinger 2013: *Bildungsgesellschaft*

<sup>41</sup> UN 1948: *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*

ösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“<sup>42</sup> Hier geht es vor allem um die Funktion des Erwerbs von Solidaritätsfähigkeit, Empathie und Chancengleichheit.

Bildung wird anhand von zwei Indikatoren gemessen: dem Schulabschluss und/oder Kompetenzmessungen. In der Wissenschaft ist man sich über die Gründe, warum mit Bildung höheres Einkommen einhergeht, nicht einig:

- Der Humankapitalansatz: Menschen sind aufgrund ihrer höheren Bildung und den damit einhergehenden Fähigkeiten und Fertigkeiten produktiver und beziehen daher höhere Einkommen.
- Der Signal-Ansatz: Bildungsabschlüsse sind wichtiger als Kompetenzen.
- Die Konflikttheorie: Schule wird von gesellschaftlichen Eliten beeinflusst, die es Kindern aus weniger privilegierten Verhältnissen schwer machen, mithalten zu können. Unter dem Deckmantel der Chancengleichheit schafft Schule hier gesellschaftliche Ungleichheiten.<sup>43</sup>

Bildungspolitik ist somit eine Herkulesaufgabe, da fast alle Bereiche der Politik, nämlich Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik davon betroffen sind. In Österreich bilden Lehrpläne die pädagogische und rechtliche Grundlage für Schulen. Die Kritik, dass die Lehrpläne „überfrachtet“ und unübersichtlich seien, ist durchaus berechtigt. So hat die gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne der AHS (Fassung vom 22.03.2019) 583 Seiten. Der Lehrplan wurde 1984 verordnet und seither gab es 40 Änderungen.

Der Lehrplan der AHS-Oberstufe im Fach Geographie und Wirtschaftskunde (Stand: 22.03.2019) beginnt mit der Bildungs- und Lehraufgabe, die wie folgt lautet: „Im Mittelpunkt des Unterrichtsfaches Geographie und Wirtschaftskunde (GW) steht der Mensch. Der GW-Unterricht fokussiert entsprechend auf die Lebenswelten der Jugendlichen und lässt eine deutliche Aktualitäts- und Zukunftsorientierung erkennen. Es gilt, die Schülerinnen und Schüler in einer Zeit des Globalen Wandels entscheidungs- und handlungsfähig für die Zukunft zu machen. Große globale Herausforderungen sollen sichtbar gemacht und mögliche Handlungsoptionen entwickelt werden. Entsprechend sind die Analyse der Hin-

---

<sup>42</sup> UN 1948: *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*

<sup>43</sup> vgl. Allmendinger 2013: *Bildungsgesellschaft*

tergründe und Folgewirkungen menschlichen Handelns in Gesellschaft, Umwelt(en) und Wirtschaft sowie politisch bildende Lehr- und Lernprozesse zentrale Anliegen des GW-Unterrichts. Die räumliche Komponente findet dabei besondere Berücksichtigung. Aus der Perspektive der Kompetenzorientierung vermittelt der GW-Unterricht den kompetenten Umgang mit wesentlichen und komplexen Fachinhalten und Fachmethoden der Geographie und der Ökonomie, die dem letzten Stand der fachlichen und fachdidaktischen Erkenntnisse entsprechen, sich speziell aber an den bei Schüler/innen ausgeprägten Motivationen, Interessen und Bedürfnissen orientieren sollen. Die Existenz verschiedener interesselagerter Wirklichkeiten von der lokalen bis zur globalen Ebene aufzuzeigen, zu vergleichen, zu bewerten und kritisch zu hinterfragen, ist Ziel eines multiperspektivischen Zugangs zum Unterricht. Prozesse und Phänomene interdisziplinär, integrativ und in ihrer Dynamik und Wechselwirkung zu erfassen, fördert die Synthesekompetenz.“<sup>44</sup>

Die Basiskonzepte der AHS-Oberstufe im GW-Unterricht lauten wie folgt: Raumkonstruktion und Raumkonzepte, Regionalisierung und Zonierung, Diversität und Disparität, Maßstäblichkeit, Wahrnehmung und Darstellung, Nachhaltigkeit und Lebensqualität, Interessen, Konflikte und Macht, Arbeit, Produktion und Konsum, Märkte, Regulierung und Deregulierung, Wachstum und Krise, Mensch-Umwelt Beziehungen, Geoökosysteme und Kontingenz.<sup>45</sup> Man merkt, dass die Lehrpläne sehr detailreich und umfassend sind. Die Formulierungen zeigen auch, dass das Fach ständig einem Wandel unterzogen ist. Es ist ein sehr komplexes und vielseitiges Fach, das mit einer Wertigkeit zwischen 6-8 Wochenstunden in der gesamten AHS-Oberstufe nicht genug Anerkennung bekommt. Die oben genannten Basiskonzepte „bündeln fachliche Zugänge, die darauf abzielen, eine unübersichtliche komplexe Welt für Schülerinnen und Schüler lesbar und verhandelbar zu machen. Durch die Brille der Basiskonzepte betrachtet, lernen Schülerinnen und Schüler Sachverhalte in geographischer und ökonomischer Perspektive zu (de)konstruieren, zu strukturieren, zu problematisieren und hieraus reflektierte Handlungen zu entwickeln.“<sup>46</sup>

---

<sup>44</sup> BMWF 2018: *Lehrpläne der AHS-Oberstufe*

<sup>45</sup> vgl. BMWF 2018: *Lehrpläne der AHS-Oberstufe*

<sup>46</sup> BMWF 2018: *Lehrpläne der AHS-Oberstufe*

Im allgemeinen Teil des Lehrplans findet man unter dem Punkt „Gesetzlicher Auftrag“ folgendes: „Die allgemein bildende höhere Schule hat die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie zugleich zur Universitätsreife zu führen. (...) Die allgemein bildende höhere Schule hat (...) an der Heranbildung der jungen Menschen mitzuwirken, nämlich beim Erwerb von Wissen, bei der Entwicklung von Kompetenzen und bei der Vermittlung von Werten. Dabei ist die Bereitschaft zum selbstständigen Denken und zur kritischen Reflexion besonders zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler sind in ihrem Entwicklungsprozess zu einer sozial orientierten und positiven Lebensgestaltung zu unterstützen.“<sup>47</sup> Hier wird die Integrations- und Legitimationsfunktion von Bildung angesprochen. Bildung soll zur Stabilisierung der sozialen und politischen Verhältnisse beitragen und Schülerinnen und Schüler zu kritischen, selbstständigen, reflektierten Menschen erziehen.

„Bildung ist mehr als die Summe des Wissens, das in den einzelnen Unterrichtsgegenständen erworben werden kann. Im Folgenden werden daher weitere Ziele der Allgemeinbildung in fünf Bildungsbereichen näher erläutert. Sie sind als Benennung wichtiger Segmente im Bildungsprozess zu verstehen und bilden ebenso wie die religiös-ethisch-philosophische Bildungsdimension eine Grundlage für die fächerverbindende und fächerübergreifende Zusammenarbeit“<sup>48</sup>, heißt es im Lehrplan der AHS-Oberstufe.

Diese fünf Bildungsbereiche sind:

- Sprache und Kommunikation
- Mensch und Gesellschaft
- Natur und Technik
- Kreativität und Gestaltung
- Gesundheit und Bewegung

Die allgemeinen didaktischen Grundsätze lauten:

1. Anknüpfen an die Vorkenntnisse und Vorerfahrungen der Schülerinnen und Schüler
2. Interkulturelles Lernen

---

<sup>47</sup> BMWF 2018: *Lehrpläne der AHS-Oberstufe*

<sup>48</sup> BMWF 2018: *Lehrpläne der AHS-Oberstufe*

3. Mehrsprachigkeit
4. Diversität und Inklusion
5. Förderung durch Differenzierung und Individualisierung
6. Förderunterricht
7. Stärken von Selbsttätigkeit und Eigenverantwortung
8. Herstellen von Bezügen zur Lebenswelt
9. Reflexive Koedukation und gendersensible Pädagogik

Lehrerinnen und Lehrer sollten also neben dem Lehrstoff auch auf Bildungsbe-  
reiche, allgemeine didaktische Grundsätze und auf Bildungs- und Lehraufgaben  
beim Unterrichten achten. Zeitlich beschränkt sind Lehrerinnen und Lehrer in der  
Oberstufe aufgrund der Module, die genau vorschreiben, in welchem Semester  
welcher Stoff behandelt werden soll.

### **Bildungsmobilität**

Bildungsmobilität ist ein wichtiges Maß für die Durchlässigkeit eines Bildungssys-  
tems und bezeichnet Positionsveränderungen der Bildungsschichten, die in Bil-  
dungsaufstiegen, aber auch Bildungsabstiegen geschehen kann. Unterschieden  
werden dabei die intragenerationale und intergenerationale Bildungsmobilität.  
Der erste Begriff beschreibt einen Bildungsaufstieg innerhalb eines Lebensab-  
schnitts, der zweite Begriff beschreibt Veränderungen der Bildungsniveaus der  
Kinder zu ihren Eltern bzw. Großeltern. „Unter dem Gesichtspunkt der Chancen-  
gleichheit im Bildungssystem bzw. der Bildungsgerechtigkeit sind vor allem för-  
derliche und hemmende Faktoren für Bildungsaufstiege von Interesse. Aber auch  
der horizontalen Durchlässigkeit kommt ein hoher Stellenwert zu, insofern hierin  
Chancen für individuelle Bildungsbiografien gesehen werden.“<sup>49</sup>

### **Gender Pay Gap**

Der Gender Pay Gap beschreibt den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied  
und wird laut Eurostat auf Basis der durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der  
unselbstständig Beschäftigten in Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftig-  
ten berechnet. Der Vorteil der Bruttostundenlöhne liegt vor allem in der direkten

---

<sup>49</sup> Klenk und Schmid 2018: *Gabler Wirtschaftslexikon. Bildungsmobilität.*

Vergleichbarkeit von Voll- und Teilzeitbeschäftigten unabhängig von der Arbeitszeit. Berechnet wird der Gender Pay Gap wie folgt:

$$\frac{\text{Bruttostundenverdienst der Männer} - \text{Bruttostundenverdienst der Frauen}}{\text{Bruttostundenverdienst der Männer}} \cdot 100$$

Unterschieden werden dabei unbereinigte und bereinigte Lohnunterschiede:

- Der bereinigte Gender Pay Gap: Hier werden strukturelle Unterschiede herausgerechnet und die Lohnunterschiede in einen erklärten und unerklärten Teil zerlegt. Es werden also vergleichbare Qualifikationen und Tätigkeiten von Männern und Frauen bei der Berechnung berücksichtigt.
- Der unbereinigte Gender Pay Gap: Hier werden die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste beider Geschlechter allgemein miteinander verglichen. Dieser Indikator hebt die Diskriminierung von Frauen in bestimmten Berufen oder Führungspositionen stärker hervor.

Für Interpretationen sollten beide Rechnungsarten berücksichtigt werden, „da der bereinigte Indikator die tatsächlichen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt nicht zur Gänze widerspiegelt.“<sup>50</sup>

## 1.4 Datenbeschreibung und Datenlage

---

Da es zu diesem Thema zahlreiche Studien und Literatur gibt, habe ich beschlossen, keine weiteren empirischen Untersuchungen durchzuführen, sondern aktuelle Studien von namhaften Organisationen und Institutionen zu verwenden.

### 1.4.1 Messung und Darstellung von Ungleichheit

Dieses Kapitel widmet sich der Messung und Darstellung von Ungleichheit. Es werden bekannte und weit verbreitete Konzepte vorgestellt.

Conceição und Ferreira stellen in einem Working Paper des „University of Texas Inequality Project“ fest: „(...) we are arguing that analyzing inequality often requires grouping individuals and that, even when we are interested in inequality at the most fundamental level (between individuals), the reality of data collection

---

<sup>50</sup> Geisberger und Glaser 2017: 460

almost always entails some level of aggregation, particularly if one is interested in frequent sampling.“<sup>51</sup>

Sie unterscheiden daher drei „Typen“ von Ungleichheit: die Gesamtungleichheit zwischen Individuen, die Ungleichheit zwischen Gruppen und die restliche Ungleichheit zwischen Individuen, die nicht einer Gruppe zuordenbar sind.

Die Erfassung von Ungleichheit ist wichtig, um die verschiedenen Ebenen der Disparitäten und ihre Implikationen erfassen und interpretieren zu können. Die Messung von Ungleichheit soll bei Fragestellungen zur Effektivität von verschiedenen politischen Entscheidungen helfen und Daten erzeugen, die Ungleichheit in der politischen Analyse als Faktor betrachten.<sup>52</sup> Für die Interpretation ist es daher unerlässlich, die Vor- und Nachteile der jeweiligen Darstellungs- bzw. Messmethode zu kennen.

### **Häufigkeitsverteilung**

Die wohl einfachste Möglichkeit der Darstellung von Verteilungen ist die Häufigkeitsverteilung. Bei stetigen Merkmalen ist es sinnvoll, Klassen zu bilden (zum Beispiel Einkommensklassen). Die häufigsten graphischen Darstellungen sind das Säulen-, Stab-, Balken-, Linien-, Flächen- und Kreisdiagramm, aber auch tabellarische Darstellungen sind möglich. Es können weiters sowohl absolute als auch relative Häufigkeiten bestimmt werden. Ein Vorteil der Häufigkeitsverteilungen ist der schnelle Überblick, den man gewinnen kann. Für genauere Interpretationen sind diese jedoch nicht geeignet. Bei der Einteilung in Klassen können wichtige Informationen verloren gehen und es können keine Gewichtungen durchgeführt werden. Weiters sind Darstellungen dieser Art nur für kleine Kategoriengrößen geeignet. Sie sind auch leicht manipulierbar durch verfälschte graphische Darstellungen.

### **Quantil-Vergleiche**

Verteilungen können auch durch ihre Quantile beschrieben werden. Häufig verwendete Quantile sind der Median, die Quartile, die Quintile, die Dezile und die Perzentile. Der Median teilt eine geordnete Menge in zwei gleich große Teile, die

---

<sup>51</sup> Conceição und Ferreira 2000: 4

<sup>52</sup> vgl. University of Texas Inequality Project (o.J.): *Measuring inequality*

Quartile in vier, die Quintile in fünf, die Dezile in zehn und die Perzentile in hundert gleich große Teile. Der Vorteil bei Quantilen: sie sind ein robusteres Maß als beispielsweise das arithmetische Mittel, da sie gegenüber Ausreißern nicht empfindlich sind.

### **Gini-Koeffizient und Lorenzkurve**

Das wohl am häufigsten verwendete Ungleichheitsmaß ist der **Gini-Koeffizient**. Er ist ein Maß zur Quantifizierung der relativen Konzentration einer Verteilung. Bei völliger Gleichverteilung beträgt er 0 und bei maximaler Ungleichverteilung 1. Bei der Einkommensverteilung eines Staates würde dies bedeuten: wenn jede/r gleich viel verdient, also jede/r das Durchschnittseinkommen des Staates bezieht, hätte man eine Gleichverteilung. Wenn nur eine Person das gesamte Einkommen erhält, hätte man eine maximale Ungleichverteilung. Er lässt sich folgendermaßen definieren: Der Gini-Koeffizient ist die „Hälfte der durch den Mittelwert der Einkommen dividierten Summe der mittleren absoluten Einkommensdifferenzen.“<sup>53</sup>

Es sei  $\bar{x}$  das arithmetische Mittel der Werte  $x_1, \dots, x_n$  und die Anzahl der Werte  $n$ . So ist der Gini-Koeffizient definiert als:<sup>54</sup>

$$G = \frac{1}{2\bar{x}} * \frac{1}{n^2} \sum_{i=1}^n \sum_{j=1}^n |x_i - x_j|$$

Die **Lorenzkurve** ist eine grafische Darstellung von Ungleichheit und ermöglicht es, den Abstand einer gegebenen Verteilung von der egalitären Verteilung zu erfassen, siehe Abbildung 1. Von einer egalitären Verteilung spricht man, wenn beispielsweise bei einer Einkommensverteilung 10% der Einkommensbezieher genau 10% des Gesamteinkommens beziehen, sprich: wenn der Anteil der Bezieher genau dem Anteil des Gesamteinkommens entspricht. Dies würde genau einer linearen Funktion entsprechen, die als Hauptdiagonale in einem quadratischen Diagramm eingezeichnet wird. Auf der Abszissenachse werden die Anteile der Merkmalsträger (zum Beispiel Bevölkerung) abgebildet, auf der Ordinatenachse die Anteile der Merkmalsausprägungen (zum Beispiel Einkommen). Um

---

<sup>53</sup> Heinemann 2008: 9

<sup>54</sup> vgl. Kamps und Krämer 2013: *Gabler Wirtschaftslexikon. Gini-Koeffizient*

eine Lorenzkurve zu zeichnen, muss man die Merkmalsausprägungen und Merkmalsträger in verschiedene Intervalle teilen, deren relative Anteile berechnen, diese kumuliert in einer Tabelle zusammentragen und durch Polygonzüge annähern.<sup>55</sup>

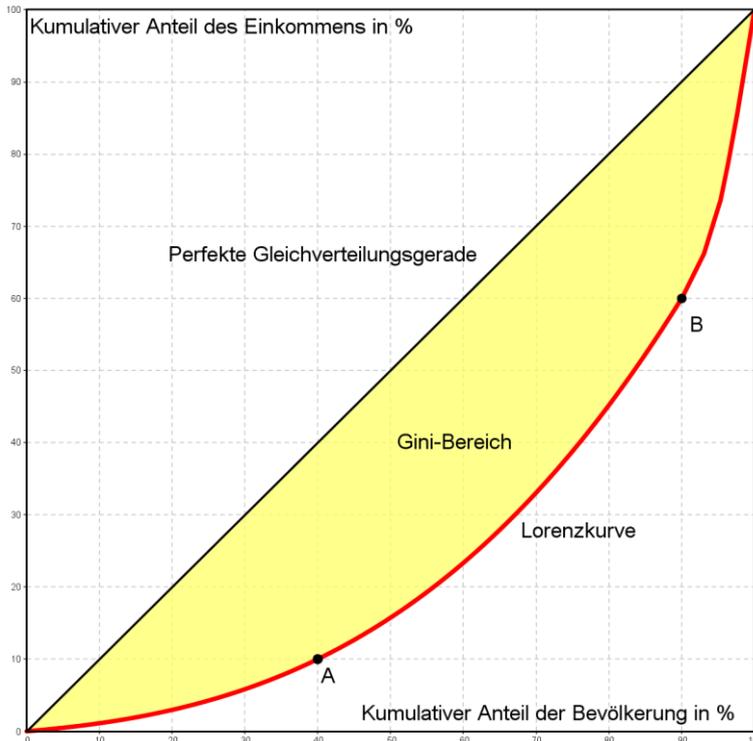


Abbildung 1: Beispiel für Lorenzkurve; eigene Darstellung

Man kann die obige Abbildung nun folgendermaßen interpretieren: Die unteren 40% der Bevölkerung besitzen nur 10% des Gesamteinkommens. Die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen hingegen 40% des Gesamteinkommens.

Je kleiner die Fläche zwischen der perfekten Gleichverteilungsgeraden (graphisch Hauptdiagonale) und der Lorenzkurve, desto geringer ist die Ungleichheit. Oder anders ausgedrückt: je geringer der Abstand zwischen Lorenzkurve und Hauptdiagonale ist, desto höher ist der Grad an Egalität der Verteilung.<sup>56</sup>

Der Gini-Koeffizient lässt sich daher auch mithilfe der Lorenzkurve veranschaulichen und bestimmen: der Gini-Koeffizient ist das Verhältnis der Fläche zwischen Hauptdiagonale und Lorenzkurve (in Abbildung 1 auch Gini-Bereich genannt) zur Dreiecksfläche unter der Hauptdiagonale. Da die Dreiecksfläche immer gleich

<sup>55</sup> vgl. Blaas 2005: 38ff

<sup>56</sup> vgl. Blaas 2009: 39

bleibt, könnte man auch sagen: der Gini-Koeffizient ist das Zweifache des Gini-Bereichs.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass der Gini-Koeffizient weder Auskunft über die Ursachen, noch über die genaue Verschiebung einer Verteilung gibt. Veränderungen einer Verteilung werden nicht angezeigt, da sich diese auch kompensieren können. Ein weiterer Nachteil des Gini-Koeffizienten ist, dass er nicht additiv zerlegt werden kann. Es ist also nicht möglich, aus den Gini-Koeffizienten zweier Regionen einen entsprechenden Gini-Koeffizienten für die Gesamtregion zu schließen. Für eine genauere Interpretation empfiehlt es sich daher, den Gini-Koeffizienten und die Lorenzkurve gemeinsam zu betrachten.

### Theil-Index

Der Theil-Index gehört zu den Entropie-basierten Maßzahlen, die aus der Informationstheorie entwickelt wurden. Er ist weniger gebräuchlich als der Gini-Koeffizient und wurde nach dem niederländischen Ökonometriker Henri Theil benannt. Er ist nicht so intuitiv erfassbar wie andere Indizes, hat aber den Vorteil, dass er bezüglich Subgruppen additiv ist.<sup>57</sup>

Es sei  $n$  die Anzahl der Individuen einer Population,  $y$  das Einkommen der Personen  $1, \dots, n$  und  $\mu_y$  das Durchschnittseinkommen der Population. Für eine diskrete Einkommensverteilung  $Y = (y_1, y_2, \dots, y_n)$  ist der Theil-Index definiert als:<sup>58</sup>

$$T(Y) = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n \frac{y_i}{\mu_y} * \ln\left(\frac{y_i}{\mu_y}\right)$$

Es gilt daher:  $0 \leq T(Y) \leq \ln(n)$ . Der Theil-Index beträgt 0 bei einer egalitären Verteilung und wird mit steigender Ungleichheit größer. Bei einer maximalen Ungleichverteilung beträgt der Theil-Index  $\ln(n)$ . Die Nachteile des Theil-Index sind: er ist nicht intuitiv und mathematisch komplex. Man kann auch Populationen mit unterschiedlichen Größen nicht direkt miteinander vergleichen und der Index ist auch sehr empfindlich im unteren Vermögensbereich.<sup>59</sup>

---

<sup>57</sup> vgl. University of Texas Inequality Project (o.J.): *Measuring inequality*

<sup>58</sup> vgl. Heinemann 2008: 33f

<sup>59</sup> vgl. Wrzeszcz 2010: 18

## Maß von Atkinson

Das Maß von Atkinson gehört zu den explizit normativen Ungleichheitsmaßen, die axiomatisch begründete soziale Wohlfahrtsfunktionen nutzen.<sup>60</sup> Es wurde von Atkinson entwickelt, um entscheiden zu können, welche von zwei vergleichbaren Verteilungen als die ungleichmäßigere anzusehen ist. Dies konnten gängige Maße wie der Gini-Koeffizient und der Theil-Index bislang nicht.<sup>61</sup> Es verbindet zudem Effizienz- und Gleichheitsaspekte der Wohlfahrt.

Es sei  $n$  die Anzahl der Einkommensbezieher und  $Y_i$  das Einkommen des Wirtschaftssubjekts  $i$ . Dann ist das Atkinson-Maß wie folgt definiert:<sup>62</sup>

$$A = \begin{cases} 1 - \left[ \frac{1}{n} * \sum_{i=1}^n \left( \frac{Y_i}{\mu} \right)^{1-\varepsilon} \right]^{\frac{1}{1-\varepsilon}} & \text{für } \varepsilon \neq 1 \\ 1 - \exp \left[ \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n \ln \left( \frac{Y_i}{\mu} \right) \right] & \text{für } \varepsilon = 1 \end{cases}$$

und es gilt  $0 \leq A \leq 1$ .  $\varepsilon$  entspricht hierbei dem Maß für die gesellschaftliche Ungleichheitsaversion. Je größer also die Aversion der Gesellschaft gegen Ungleichheit, desto größer ist auch  $\varepsilon$ .<sup>63</sup>

Bei  $\varepsilon = 0$  entspricht auch  $A = 0$ . Dies würde aber bedeuten, dass die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt nur vom Gesamteinkommen abhängig ist und nicht von dessen Verteilung.

Ein Beispiel: Es sei  $A = 0,2 = 1 - 0,8$ . Die Gesellschaft wäre bereit, auf 20% des Gesamteinkommens zu verzichten, wenn die Einkommen dafür gleich verteilt wären. Anders interpretiert: Mit 80% des vorhandenen Nettoeinkommens könnte das gleiche Wohlfahrtsniveau erreicht werden, wenn es gleichverteilt wäre.

Problematisch ist die Auswahl der Ungleichheitsaversion  $\varepsilon$ , da diese sorgfältig ausgewählt werden muss.

<sup>60</sup> vgl. Schwarze und Elsas 2013: 164

<sup>61</sup> vgl. CESifo Group Munich (o.J.): *Atkinson-Maß*

<sup>62</sup> Faik 2007: 19

<sup>63</sup> vgl. Faik 2007: 20

## 1.4.2 Datenbeschreibung

Die Studie von Mayrhuber et al. 2015 hat als Datengrundlage die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995). Diese umfassen im Bereich der personellen Einkommensverteilung nur Lohn- und Sozialversicherungsstatistik und keine Vermögenseinkommen. Sie werden erst in den Analysen zur Einkommensverteilung auf Haushaltsebene miteinbezogen, die anhand der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) durchgeführt wurde.<sup>64</sup>

Die Studie von Humer et al. 2014a hat verschiedene Mikrodatensätze miteinander verglichen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Datenquellen herausgearbeitet und untersucht, wie diese auf die Einkommensungleichheit wirken. Die Datensätze unterscheiden sich in der Erhebungsform, den verwendeten Definitionen, der Datenaufbereitung, im Umfang und der Erhebungsstruktur. Der Fokus liegt auf der Bedeutung der Kapitaleinkommen. Dies ist wichtig, da bis vor kurzem keine Daten über Einkünfte aus Vermögen verfügbar waren. Der HFCS konnte diese Lücke 2010 nun schließen und die Ergebnisse zeigen, dass relevante Vermögenserträge erst ab dem 90. Perzentil verzeichnet werden. So machen im reichsten Prozent der Haushalte diese Vermögenseinkünfte mehr als ein Drittel des Einkommens aus.<sup>65</sup> Die Studien zu Vermögen von Eckerstorfer et al. 2013, Ferschli et al. 2017, Humer et al. 2014b basieren alle auf dem HFCS.

In Österreich mangelte es bisher vor allem am Zugang zu umfangreichem Datenmaterial. Studien auf Aggregatebene seien laut Autoren unzureichend, „da sie die Heterogenität der Lebensbedingungen und -entwürfe der Akteure vernachlässigen.“<sup>66</sup> Daher seien Informationen auf Ebene einzelner Einheiten erforderlich, um verlässliche Einschätzungen über Einkommensverteilung zu gelangen. Der Zugang zur Lohnsteuerstatistik, einer Vollerhebung, wird aus Datenschutzgründen sehr eingeschränkt, beispielsweise in Form von kontrolliertem Fernrechnen. Teilerhebungen in Form von Zufallsstichproben beinhalten hingegen eine Reihe von methodischen Herausforderungen, wenn repräsentative Aussagen

---

<sup>64</sup> vgl. Mayrhuber et al. 2015: 5f

<sup>65</sup> vgl. Humer et al. 2014a: iv

<sup>66</sup> ebd.: 1

über die Grundgesamtheit getätigt werden sollen. Die Autoren stellen fest, dass besonders bei sensiblen Inhalten wie Einkommen und Vermögen Fragebogen und Interviewführungen viele Tücken hätten: eine hohe Datenqualität könnte nur gewährleistet werden, wenn die Interviewerinnen und Interviewer fachlich kompetent seien, ein gutes Auftreten besäßen und die gesamte Heterogenität abgebildet würde.<sup>67</sup> Administrative Daten decken die Zielpopulation mit fast 100% ab, die Datenqualität ist sehr hoch und liefert somit genaue und sichere Informationen. Probleme ergeben sich aber, wenn bewusst falsche Angaben über Einkommen oder Vermögen gemacht werden, um beispielsweise Steuern zu vermeiden oder zu hinterziehen.

Humer et al. führen eine Studie der Canberra Group an, die zu dem Schluss kommt, „dass gesellschaftsspezifische gruppenspezifische Prozesse eine Unterrepräsentativität der Ränder des Ausprägungsspektrums zur Folge haben.“<sup>68</sup> So sind sehr hohe und niedrige Einkommen wenig bis fast gar nicht erfasst. Dies stellt ein großes Problem für alle Untersuchungen zu diesem Thema dar.

### **1.4.3 Probleme mit der „Mitte“**

Ein weiteres Problem stellt der „Drang zur Mitte“ dar: wenn Menschen ihr Einkommen oder Vermögen auf einer Skala selbst einordnen müssten, ordnen sie sich tendenziell eher in die Mitte. Andreasch et al. beschreiben, „dass die Mitte der Vermögensverteilung zu einer Art Sehnsuchtsort wird. Nur wenige Vermögensarme wissen (oder geben zu), dass sie vermögensarm sind, noch weniger Vermögensreiche wissen (oder geben zu), dass sie vermögensreich sind. Dabei verschätzen sich die Vermögensarmen nach oben und die Vermögensreichen nach unten.“<sup>69</sup>

Dieser Drang zur Mitte wird auch sichtbar, wenn der Begriff „Mittelschicht“ fällt. Viele Menschen zählen sich zur Mittelschicht, auch wenn gar nicht genau definiert ist, was die Mittelschicht ist. Viele Menschen wollen möglichst unauffällig bleiben. Man will weder zu reich noch zu arm sein. Das Sprichwort „Über Geld

---

<sup>67</sup> vgl. Humer et al. 2014a: 1f

<sup>68</sup> ebd.: 3

<sup>69</sup> Andreasch et al. 2012: 250

spricht man nicht“ ist also nach wie vor sehr zutreffend. Wer arm ist, schämt sich dafür und wer reich ist, möchte nicht im Mittelpunkt stehen.

Dies wurde auch deutlich, als der CDU-Politiker Friedrich Merz, der rund eine Million Euro brutto jährlich verdient, sich 2018 zur gehobenen Mittelschicht zählte. Dies löste eine Diskussion über den Begriff aus, denn Merz definiert die Mittelschicht über Werte wie Fleiß, Disziplin, Stand, Respekt und nicht über sein Einkommen.<sup>70</sup> Welche Kriterien gibt es nun also, um zur Mittelschicht zu gehören? Es wird auch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer schwieriger, den Begriff genauer zu erörtern. Im Sozialbericht des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz haben Fessler und Schürz einen Artikel namens „Zur Mitte in Österreich“ verfasst, wo sie zwei Konzepte der Mitte unterscheiden: „ein einkommensfokussiertes Konzept in der Ökonomie und ein breites soziologisches Konzept zur sozialen Sicherung.“<sup>71</sup> Das erste Konzept orientiert sich nur am Haushaltseinkommen und definiert Grenzen nach unten bzw. nach oben. Das zweite Konzept hingegen bezieht weitere soziologische Aspekte mit ein, wie beispielsweise berufliche Stellung, Anteilnahme am kulturellen Geschehen und Qualifikation.

Die Statistik Austria definiert das mittlere Einkommen als 60 – 180% des Äquivalenzmedianeinkommens. Die Weltbank wiederum definiert die „middle class“ enger: hier sind es 75 – 125% des Äquivalenzmedianeinkommens. Thomas Piketty wiederum betrachtet Perzentile des Nettovermögens und sieht das 50. – 90. Perzentil des Nettovermögens als „middle class“.<sup>72</sup> Dies zeigt, wie wichtig es ist, die Datenbeschreibung genau auszuführen. So können unterschiedliche Kennzahlen getrennt voneinander betrachtet und interpretiert werden.

#### **1.4.4 Administrativdaten**

##### **a) Lohnsteuerstatistik (LST)**

Die Lohnsteuerstatistik beinhaltet Administrativdaten und erhebt alle in Österreich steuerpflichtigen Personen. Sie ist laut Humer et al. 2014a „eine der am

---

<sup>70</sup> vgl. diepresse.at 2018: *CDU-Vorsitzkandidat Merz: Millionär und Mittelschicht*

<sup>71</sup> Fessler und Schürz 2016: 271

<sup>72</sup> vgl. ebd.: 272

besten untersuchten Datenquellen in Bezug auf Einkommensungleichheit.“<sup>73</sup> Leider werden Selbstständige nur teilweise erfasst; Nebeneinkünfte von PensionistInnen und vermögensbezogene Einkommen gar nicht. Aus Datenschutzgründen wird aus der Vollerhebung nur eine geschichtete Zufallsstichprobe veröffentlicht.

### **b) Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik (INT)**

Die integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik ist die umfangreichste Quelle, was Analyse von Erwerbseinkommen in Österreich betrifft. Sie enthält unselbstständige Bezüge, Transferzahlungen und Einkünfte aus selbstständiger Arbeit (inklusive Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieben, Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen sowie sonstige Einkünfte). Als Datenbasis dient die Einkommenssteuererklärung, die nur verpflichtend abzugeben ist, wenn Einkünfte über 11 000 € erzielt wurden. Dies ist auch der größte Nachteil dieser Erhebung, da Einkünfte nur teilweise oder gar nicht angegeben werden können. Dies ist meist bei Kapitalvermögenseinkünften der Fall. Weiters werden aufgrund der Vollpauschalierung für Betriebsgrößen bis zu 100 000 € Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft stark unterbewertet.

### **c) Arbeitsmarktdatenbank (AMDB)**

Die Arbeitsmarktdatenbank wird vom Arbeitsmarktservice und dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz betrieben. Die Daten stammen vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und vom AMS. Die Beschäftigungs- und Versicherungsdaten werden anonymisiert in die Arbeitsmarktdatenbank eingefügt. Da DienstgeberInnen verpflichtet sind, MitarbeiterInnen fristgerecht beim Sozialversicherungsträger zu melden, sind die Daten zu Beschäftigungsverhältnissen, erwerbsfernen Versicherungszeiten und unselbstständigen Erwerbseinkommen im Allgemeinen vollständig.

Einzigartig an diesen Daten sind die Erwerbsverläufe: das gesamte Erwerbsleben einzelner Personen wird erfasst und damit sind weitere Analysen in Bezug auf unselbstständige Beschäftigungsverhältnisse und auf Arbeitsmarktsituationen möglich. Leider sind die Einkommen top-coded, das heißt, sehr hohe Einkommen werden ab einem gewissen Wert entweder herausgestrichen oder mit

---

<sup>73</sup> Humer et al. 2014a: 8

diesem Wert angegeben. Zudem handelt es sich um Rohdaten, die für eine genauere Analyse noch weiterbearbeitet werden müssen und eine hohe Anzahl an verweigeren Antworten (item non-response) sind vorhanden.

## **1.4.5 Daten basierend auf Umfragen**

### **a) Mikrozensus (MZ)**

Der Mikrozensus beinhaltet die Arbeitskräfte- und Wohnungserhebungen, die in Privathaushalten durchgeführt werden. Es werden Informationen zum Wohnungsbestand und -aufwand und zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit gesammelt. Auch Informationen zu Arbeitsformen, früheren Erwerbstätigkeiten von derzeit nicht Erwerbstätigen, Arbeitssuche und Bildungsstand werden gesammelt. Der Mikrozensus basiert auf dem Labour Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Statistik Austria generiert durch Verknüpfen der Lohnzetteldaten und der Daten vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Informationen zum Einkommen. Die Befragungen finden über das ganze Jahr kontinuierlich statt, die Haushalte werden fünf Quartale lang befragt. Die Teilnahme ist verpflichtend.

### **b) EU-SILC (SILC)**

EU-SILC ist die Abkürzung für „European Union Statistics on Income and Living Conditions“ und führt seit 2003 Erhebungen von Einkommens- und Lebensbedingungen privater Haushalte in der Europäischen Union durch. Die Statistik Austria führt sowohl persönliche Befragungen als auch telefonische Interviews durch. Die Auswahl der Haushalte wird mittels des Zentralen Melderegisters festgelegt, jeder vierte Teilnehmer wird vier Perioden hintereinander befragt.

Interessant an dieser Erhebung ist, dass auf Haushaltsebene das gesamte Brutto-Haushaltseinkommen erhoben wird. Dieses setzt sich aus unselbstständigen Einkünften, Einkünften aus Vermögen, Pensionszahlungen und andere Transfers zusammen. Es werden auch Bruttoeinkommen aus Vermietung und Verpachtung und Einkünfte aus Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen erhoben.

### c) HFCS

Auch der „Household Finance and Consumption Survey“ ist eine auf Befragung basierende Umfrage. 2010 wurde erstmals die Erhebung des HFCS in 17 teilnehmenden Mitgliedsländern des Euroraums durchgeführt. So wurden erstmals Daten zu Sach- und Finanzvermögen, Verbindlichkeiten und Ausgaben privater Haushalte erfasst. Ländervergleiche sind nun möglich, man sollte jedoch vorsichtig sein, weil Haushaltsstrukturen sehr unterschiedlich sein können und weil es in manchen Bereichen aufgrund institutioneller Unterschiede zu verschiedenen Berechnungen des Vermögens kommen kann. In Österreich führte die Österreichische Nationalbank in Zusammenarbeit mit dem Institut für empirische Sozialforschung den Österreich-spezifischen Teil des HFCS durch. Die Zielpopulation sind private Haushalte, die freiwillig an der Erhebung teilnehmen können.

Eine Besonderheit des HFCS sind die multiplen Imputationen: wenn Haushalte einzelne Fragen nicht beantwortet haben, wurden diese fehlende Daten unter Anwendung statistischer Verfahren, basierend auf dem iterativen Bayesschen Modell, geschätzt. „Multiple Imputationen reflektieren zudem die Unsicherheit der imputierten Werte. Würde man nicht imputieren, wären die Ergebnisse verzerrt, da sich die Teilpopulation der Haushalte, die eine bestimmte Antwort verweigert, nicht rein zufällig zusammensetzt. Imputationen sind eine international wissenschaftlich anerkannte Vorgehensweise und werden bei zahlreichen internationalen Erhebungen angewendet.“<sup>74</sup> Das Bruttoeinkommen aus Vermietung und Verpachtung, die Zinserträge und Dividendeneinnahmen und die Gewinne aus Kapitalanlagen in Unternehmen werden gesondert erfasst.

---

<sup>74</sup> ÖNB (Österreichische Nationalbank) (o.J.): *FAQ zum HFCS in Österreich*

## 2 Bourdieu Kapitalarten

Pierre Bourdieu unterscheidet in seinen Theorien zu den Kapitalarten kulturelles, soziales und ökonomisches Kapital. Der Soziologe erweitert unter anderem in „Die feinen Unterschiede“ das ökonomische Kapital und erklärt mithilfe von Kapitalumwandlungen, wie man mit ökonomischem Kapital die anderen Kapitalarten erwerben kann bzw. deren Zusammenhänge.

Das Kulturkapital kann in inkorporiertem, objektiviertem und institutionalisiertem Zustand existieren. Das inkorporierte Kulturkapital ist körpergebunden, benötigt einen Verinnerlichungsprozess und Zeit. Es hinterlässt seine Spuren beispielsweise bei der Sprechweise einer bestimmten Klasse, ist mit seiner Trägerin bzw. seinem Träger verbunden und kann auch weitervererbt werden. Das objektiviertem Kulturkapital ist übertragbar und besteht in materieller Form wie zum Beispiel Bücher, Gemälde oder PC. Das institutionalisierte Kulturkapital wird in Form von Titeln objektiviert. Schulische und akademische Titel sind Zeugnis für kulturelle Kompetenz und verleihen einer Person institutionelle Anerkennung.

Das Sozialkapital besteht aus „Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen.“<sup>75</sup> Wie groß das Sozialkapital ist, ist abhängig von Größe des Netzes von Beziehungen und vom Umfang aller Kapitalarten der Personen, mit denen man in Interaktion steht. Gegenseitige Anerkennung und Beziehungsarbeit sind notwendig für die Erhaltung bzw. dem Ausbau des Sozialkapitals. Ein berühmter Familienname oder Adelstitel sind Beispiele für vererbtes Sozialkapital.

Das ökonomische Kapital „ist unmittelbar und direkt in Geld konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in der Form des Eigentumsrechts.“<sup>76</sup> Die Kapitalumwandlungen können mithilfe von Transformationsarbeit stattfinden.

Für die Umwandlung von ökonomischem Kapital in soziales Kapital benötigt man „eine scheinbar kostenlose Verausgabung von Zeit, Aufmerksamkeit, Sorge und

---

<sup>75</sup> Bourdieu 1983: 191

<sup>76</sup> Bourdieu 1983: 185

Mühe“<sup>77</sup>. Für die Umwandlung von ökonomischem Kapital in kulturelles Kapital ist Zeit notwendig. Zeit, die durch ökonomisches Kapital ermöglicht wird. Bourdieu stellt fest, dass vor allem die frei verfügbare Zeit der Mutter in einer Familie eine wichtige Rolle für die Weitergabe von Kulturkapital spielt, da der spätere Eintritt ins Erwerbsleben mit höherer Bildung einhergeht. Das ist nur dann möglich, wenn genügend ökonomisches Kapital vorhanden ist.

Bourdieu schreibt weiters, dass die Übertragung von kulturellem Kapital sich heimlich vollzieht und durch das Schulsystem bestätigt wird. Schulische oder akademische Titel werden somit „zur Vorbedingung für den legitimen Zugang zu einer immer größeren Zahl von Positionen, insbesondere herrschenden Positionen (...). Das Unterrichtssystem - ein Reproduktionssystem mit besonderer Fähigkeit zur Verschleierung der eigenen Funktion - gewinnt dabei an Bedeutung, und der Markt für soziale Titel, die zum Eintritt in begehrte Positionen berechtigt, vereinheitlicht sich.“<sup>78</sup>

Die Schulbildung hängt seiner Meinung nach zu stark von sozialer Herkunft ab. Kultur und Bildung sind nicht zu den Ärmern der Gesellschaft durchgedrungen, kritisiert er. Für Bourdieu ist der Machtkampf gegen Autorität ein ständiger Begleiter. Beziehungen, Wandlungsprozesse und Strukturen müssen seiner Meinung nach offengelegt werden, um gesellschaftliche Verhältnisse genauer betrachten zu können. Der gesellschaftliche Raum ist seiner Meinung nach veränderbar, jedoch mit enormem Kraftaufwand verbunden, da der Zusammenhang zwischen Lebensstilen und Klassen zu groß ist. Auch das Verständnis für Kunst und Kultur hängt von der sozialen Herkunft und Schulbildung ab: So haben Menschen in einer Kunstgalerie einen anderen Lebensstil und Geschmack als Menschen auf einem Volksfest. Diese sozialen Unterschiede manifestieren sich laut Bourdieu in allen Lebensbereichen: Essen, Essgewohnheiten, Syntax, richtige Aussprache, Kleidung, Wohnung, Sport, Liebe, Religion und der Hang zur Selbstdarstellung.<sup>79</sup>

Schulische oder akademische Titel sind nur ein Teil des kulturellen Kapitals. Inkorporiertes und objektiviertes Kapital sind weitere Kulturkapitalarten und werden

---

<sup>77</sup> Bourdieu 1983: 197

<sup>78</sup> Bourdieu 1983: 198

<sup>79</sup> vgl. Hessischer Rundfunk 1983: Interview mit Pierre Bourdieu

in den meisten Fällen vererbt. So haben Haushalte mit einem großen Bücherbestand ganz andere Startbedingungen für Kulturkapital als Haushalte, in denen Bücher kaum oder wenig gelesen werden. Auch das Sozialkapital wird in den meisten Fällen vererbt, da das Netzwerk von Beziehungen oft weitergegeben wird.

In einem Interview sagt Bourdieu: „Die Korrelation zwischen der Position der Eltern und dem Schulerfolg, also dem sozialen Erfolg, ist sehr stark. In Frankreich und anderen europäischen Ländern mit unentgeltlichen höheren Schulen ist der Erfolg vor allem kulturell bestimmt, d.h., er steht in Relation mit dem kulturellen Kapital einer Familie, der Bildung der Eltern und ihrer Kultur im engeren Sinn: was sie wissen, was sie lesen, den Büchern im Haushalt etc. (...) In vielen Gesellschaften gibt es immer mehr Schulen für das Großbürgertum - die es übrigens ja immer gegeben hat - wo man Sport macht, reitet, und ökonomisches Kapital in schulisches umwandelt. Diese Schulen vervielfältigen sich in allen Ländern. (...) Heute gibt es eine internationale Elite mit internationalen Gymnasien.“<sup>80</sup>

Bourdieu's Kapitalsorten zeigen, dass Ungleichheiten in verschiedenen Formen auftreten können und nicht nur auf Einkommen, Vermögen oder Schulbildung beschränkt sind. Da die drei oben genannten Faktoren leicht erfasst werden können, spielen diese aber die wichtigste Rolle in dieser Arbeit.

---

<sup>80</sup> Kneih's 1998: *Transkript eines Gesprächs mit Pierre Bourdieu*

## 3 Historische Entwicklung von Bildung und Einkommen

In diesem Kapitel geht es um die historische Entwicklung von Bildung und Einkommensungleichheit. Dieses Kapitel soll die Basis für die Beantwortung der ersten beiden Forschungsfragen bilden, da es die Wechselwirkungen zwischen Bildung, Einkommen und Gender Pay Gap aus historischer Sicht betrachtet.

### 3.1 Entwicklung des Bildungsniveaus

---

Das Bildungsniveau in Österreich ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Besaßen 1971 noch rund 58% der 25- bis 64-Jährigen als höchsten Bildungsabschluss die Pflichtschule, waren es 2016 nur mehr 18%. Große Zuwächse gab es vor allem bei den Maturantinnen und Maturanten: Hier hat sich der Anteil seit 1971 mehr als verdoppelt. Der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss hat sich seit 1971 sogar verfünffacht von knapp 3% auf 15% im Jahr 2016. In den letzten Jahrzehnten haben vor allem Frauen bezüglich ihres Bildungsstandes deutlich aufgeholt. 1971 verfügten noch 70,4% der Frauen zwischen 25 und 64 Jahren lediglich über einen Pflichtschulabschluss; 2016 waren es nur noch 21,5%. Allerdings besteht hier noch immer ein deutlicher Geschlechtsunterschied: Bei Männern zwischen 25 und 64 Jahren hatten 2016 nur 15,2% keinen über den Pflichtschulabschluss hinausgehenden Abschluss.<sup>81</sup>

In Abbildung 2 wird die Entwicklung des Bildungsniveaus der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren von 1981 bis 2015 dargestellt. Der Bevölkerungsanteil der Personen mit der Pflichtschule als höchste abgeschlossene Ausbildung ist stark zurückgegangen: 1981 betrug der Anteil noch 46%, 1991 bereits nur mehr 34,2%, 2001 26,2% und seit 2011 stagniert der Anteil bei etwa 19%. Der Anteil der Personen mit einem Lehrabschluss betrug 1981 31% und stieg bis 2001 auf 39,4% und sinkt seither. 2015 betrug der Anteil 34,3%.

---

<sup>81</sup> Statistik Austria 2018: *Entwicklung des Bildungsstandes*

Der Anteil der Personen mit einem Abschluss einer mittleren bzw. höheren Schule betrug 1981 noch 18,4%, 2015 waren es bereits 30%. Ein genauerer Blick auf die Zahlen zeigt, dass es hier Unterschiede zwischen mittleren und höheren Schulen gibt. Der Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss der berufsbildenden mittleren Schulen hat sich zwischen 1981 und 2015 von 11,2% auf 15,1% erhöht. Der Anteil der Personen mit einem Abschluss einer allgemein bildenden höheren Schule erhöhte sich zwischen 1981 und 2015 leicht von 4% auf 5,7%. Den größten Zuwachs hat der Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss einer berufsbildenden höheren Schule, der zwischen 1981 und 2015 von 3,2% auf 8,4% stieg. Der Anteil der Bevölkerung mit einem Hochschulabschluss betrug 1981 4,5%. Davon waren 6,1% männlich und 3,1% weiblich. Es gab in diesem Jahr also doppelt so viele Männer im Alter von 25 bis 64 Jahren mit einem Hochschulabschluss als Frauen. Im Jahr 2001, also 20 Jahre später, beträgt der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss bereits 9,9%, davon 10% männlich und 9,8% weiblich. Weitere 10 Jahre später, im Jahr 2011, beträgt der Anteil von Hochschulabsolventen 13,9%, der Anteil der Absolventinnen bereits 15,4%.<sup>82</sup>

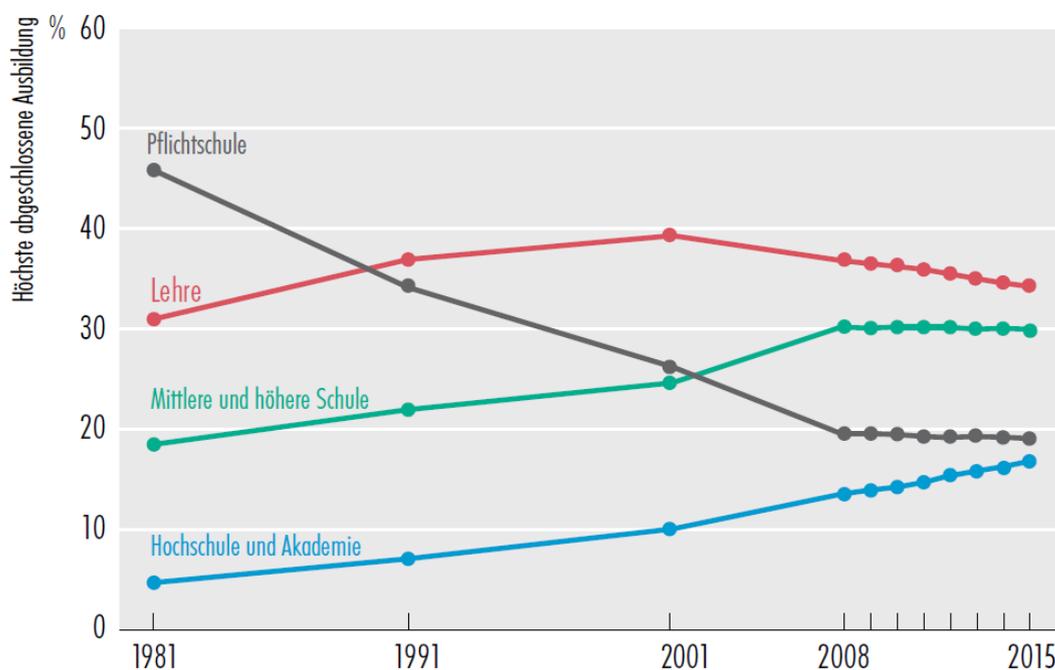


Abbildung 2: Entwicklung des Bildungsniveaus der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren von 1981 bis 2015

Quelle: Statistik Austria 2018: 101, Abb. 1

<sup>82</sup> vgl. Statistik Austria 2018: 101

Immer mehr Menschen haben Bildungsabschlüsse von Hochschulen, mittleren und höheren Schulen, während der Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss sich seit 1981 von 46% auf 19% im Jahr 2015 reduziert hat. Das entspricht einem Rückgang von 27 Prozentpunkten.

Betrachtet man die Graphen in Abbildung 2 stellt man fest, dass die Anteile der verschiedenen Abschlüsse 1981 noch sehr weit auseinanderlagen: 46% der Personen haben einen Pflichtschulabschluss als höchste abgeschlossene Ausbildung, 31% der Personen haben einen Lehrabschluss, 18,4% der Personen einen Abschluss einer mittleren bzw. höheren Schule und nur 4,5% der Personen haben einen Hochschulabschluss. Die Spannweite der Anteile beträgt 41,5.

2015 beträgt die Spannweite der Anteile nur mehr 17,6, da die Anteile sich zueinander entwickelt haben. Das liegt vor allem am hohen Anteil mit 16,7% von Personen mit Hochschulabschluss und am niedrigen Anteil mit 19% von Personen mit Pflichtschulabschluss. Der Anteil von Personen mit Lehrabschluss beträgt 34,3% und der Anteil der Personen mit einem mittleren und höheren Schulabschluss beträgt 30%.

Betrachtet man Abbildung 3, die das Bildungsniveau der Bevölkerung im Alter von 25 bis 34 Jahren nach Geschlecht von 1981 bis 2015 darstellt, ergeben sich weitere Schlüsse. Wichtig ist auch hier darauf hinzuweisen, dass es sich nur um Personen zwischen 25 und 34 Jahren, also um die jüngere Generation, handelt und nicht mehr um Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 64 Jahren (siehe Abbildung 2). Auch hier ist eine Annäherung der verschiedenen Graphen hin zur Mitte sichtbar und es stellt sich heraus, dass die Veränderungen im Bildungsniveau je nach Geschlecht sich unterschiedlich entwickelt haben.

Der große Rückgang der Personen im Alter von 25 bis 34 Jahren mit Pflichtschulabschluss ist vor allem auf Frauen zurückzuführen. Deren Anteil ging von über 40% im Jahr 1981 auf 17% im Jahr 2015 zurück und liegt nun nur mehr knapp unter dem Anteil der Männer. Einen Zuwachs verzeichneten auch Abschlüsse einer mittleren und höheren Schule, das gilt für Frauen und Männer. Vor allem aber Hochschulabschlüsse verzeichneten den größten Anstieg bei Frauen. In dieser Altersgruppe haben anteilmäßig bereits Ende der 1980er Jahre mehr Frauen als Männer einen Hochschulabschluss. Seit 2001 steigt dieser Anteil ra-

pide und 2015 hatte knapp jede vierte Frau in dieser Altersgruppe einen Hochschulabschluss; bei Männern liegt dieser Anteil bei knapp 18%. Der Unterschied beträgt ca. 7 Prozentpunkte. Die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt es bei der Lehre. Bereits 1981 betrug der Unterschied circa 20 Prozentpunkte und dies blieb bis etwa 2001. Danach wurde der Unterschied kleiner und beträgt 2015 nur mehr circa 10 Prozentpunkte.

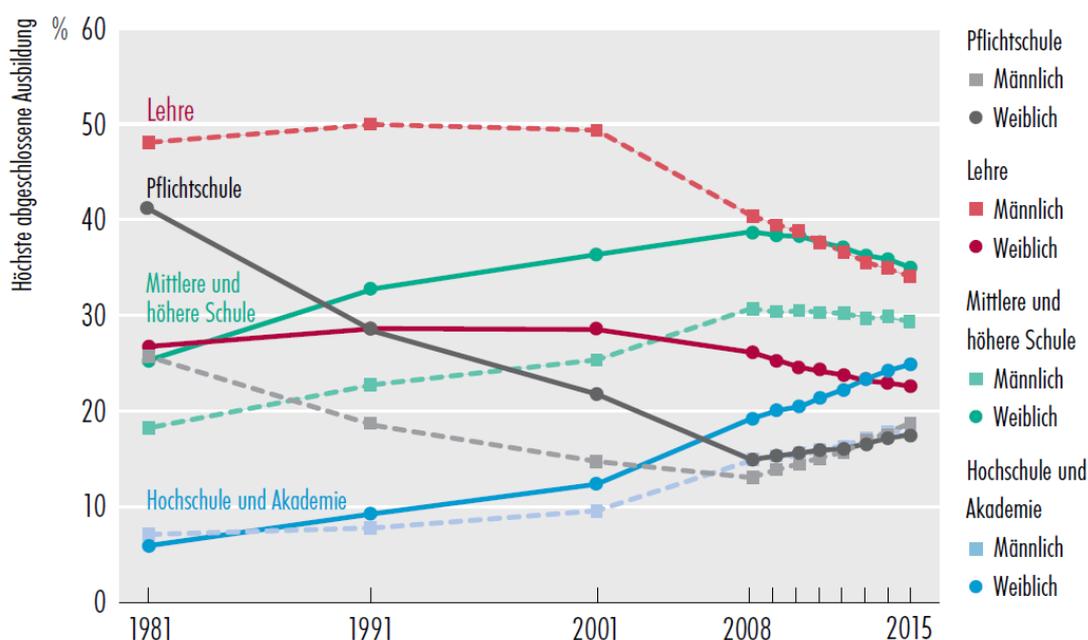


Abbildung 3: Bildungsniveau der Bevölkerung im Alter von 25 bis 34 Jahren nach Geschlecht von 1981 bis 2015

Quelle: Statistik Austria 2018: 101, Abb. 2

Ein genauer Blick auf die bisher zusammengefassten mittleren und höheren Schulen zeigt Unterschiede bezüglich Geschlecht und Schultyp, wie man in Abbildung 4 sieht. Der Anteil von 25-jährigen Frauen mit einem Abschluss einer höheren Schule hat sich von ca. 6% im Jahr 1955 auf knapp 28% im Jahr 2015 erhöht. Auch bei Männern gab es eine Erhöhung bei Abschlüssen von höheren Schulen: Der Anteil von 25-jährigen Männern hat sich im Jahr 1955 von 10% auf knapp 25% im Jahr 2015 erhöht. Im Jahr 1990 haben erstmals mehr Frauen als Männer im Alter von 25 Jahren einen Abschluss einer höheren Schule. Diese große Zunahme bei höheren Schulen ist vor allem auf die hohe Steigung seit 2010 zurückzuführen. Mittlere Schulen erlebten bis Anfang der 1990er Jahre vor allem bei Frauen einen Boom, der seitdem aber wieder rückläufig ist und die Anteile liegen für beide Geschlechter 2015 leicht unter dem ursprünglichen Wert

vom Jahr 1955. Im Jahr 1966 ist bei Männern erstmals ein höherer Anteil von höheren Schulen als von mittleren Schulen festzustellen. Bei Frauen findet diese Umkehrung erst sieben Jahre später statt.

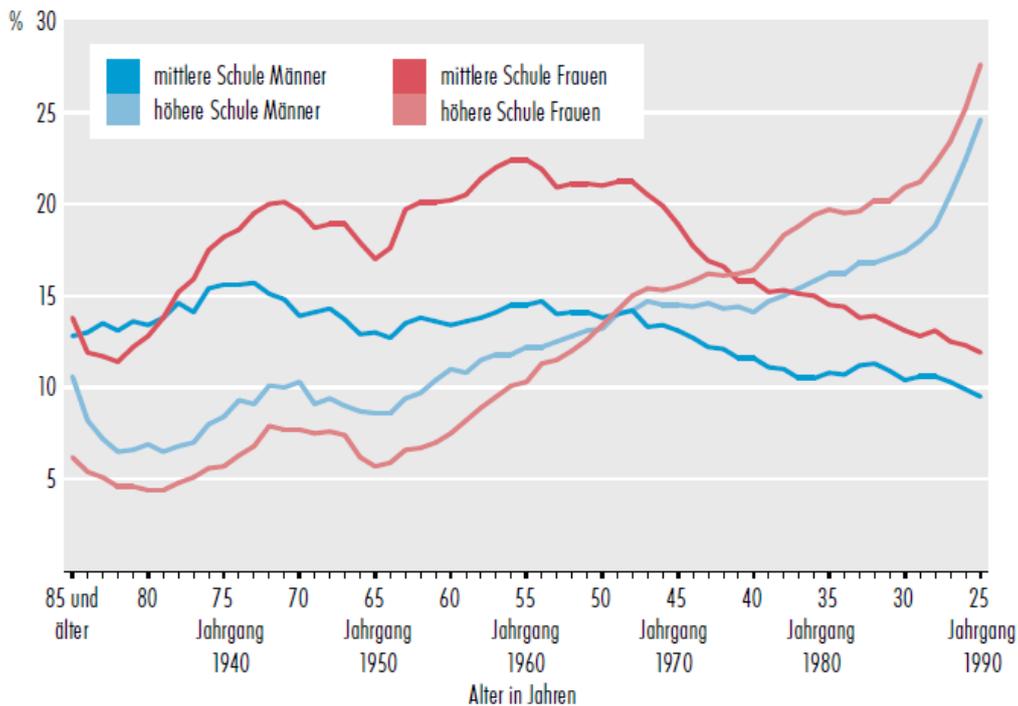


Abbildung 4: Bevölkerung mit einer mittleren bzw. höheren Schule als höchstem Abschluss nach Alter

Quelle: Statistik Austria 2018: 107, Abb. 12

In Abbildung 5 wird die Bevölkerung mit Hochschule oder Akademie als höchstem Abschluss nach Alter und Geschlecht dargestellt. Aufpassen muss man hier bei der Interpretation der jüngsten Jahrgänge, da sich hier Studentinnen und Studenten noch in Ausbildung befinden können. Bei der älteren Generation bis Jahrgang 1945 haben fast mehr als doppelt so viele Männer als Frauen einen Hochschulabschluss. Innerhalb von 10 Jahren schrumpfte dieser Unterschied und im Jahr 1980 haben erstmals mehr Frauen als Männer im Alter von 25 Jahren einen Hochschulabschluss. Seither liegt der Anteil der Frauen immer über dem der Männer und seit 2005 haben diese Unterschiede rapide zugenommen. Zwei Gründe führt die Statistik Austria für den Zuwachs von Frauen mit Hochschulabschluss an: die Einführung der Studienbeihilfe 1963 und die Umwandlung der Lehrerbildungsanstalten in pädagogische Akademien.<sup>83</sup>

<sup>83</sup> vgl. Statistik Austria 2018: 106

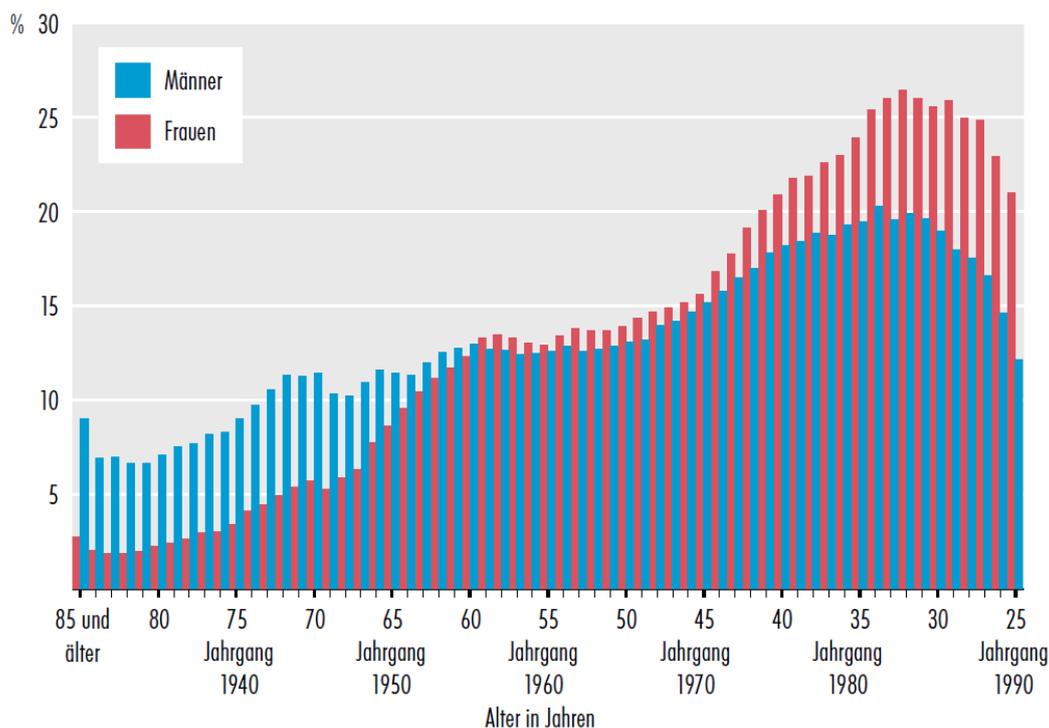


Abbildung 5: Bevölkerung mit Hochschule oder Akademie als höchstem Abschluss nach Alter

Quelle: Statistik Austria 2018: 107, Abb. 13

## 3.2 Entwicklung der Einkommen

In diesem Kapitel wurden die Entwicklung der Einkommen aus verschiedenen Perspektiven betrachtet: die Entwicklung der Reallöhne, der Bruttojahreseinkommen, der Lohnquote und die steigende Einkommensungleichheit anhand der Entwicklung verschiedener Quantile von Geschlecht bzw. sozialer Stellung.

### 3.2.1 Entwicklung der Realeinkommen

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Reallöhne bis zur Jahrtausendwende über die Verteilung hinweg mit gleicher Rate anstiegen. Seit 2000 stagnieren die mittleren Einkommen, das Realeinkommen der niedrigen Einkommen hat abgenommen und das Realeinkommen über dem Median hat zugelegt. In den letzten 10 Jahren sind vor allem die Preise von Lebensmitteln, Energie und Mieten überproportional gestiegen und treffen vor allem untere Einkommenschichten stark. Die Autoren schreiben: „Die Reallohnentwicklung wird daher am

unteren Ende zu positiv dargestellt, am oberen Ende hätten die niedrigeren Inflationsraten sogar noch stärkere Zuwächse der Konsummöglichkeiten zur Folge.“<sup>84</sup>

In Abbildung 6 wird die Entwicklung der Reallöhne seit 1991 in Veränderungsraten dargestellt. Unterteilt werden die Graphen in die Reallöhne des Medians, des 25. und 75. Perzentils. Mit Daten vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger wurde die Einkommensverteilung seit 1991 nachgezeichnet. Bei Männern ist bis 1999 ein Anstieg der Reallöhne festzustellen, danach eine Stagnation und seit 2003 driften die verschiedenen Graphen auseinander. Vor allem die Veränderungsraten der Einkommen des 25. Perzentils haben seit 2008 stark abgenommen. Bei Frauen tritt die Spreizung der verschiedenen Graphen bereits ein paar Jahre früher ein. Die Reallöhne des 25. Perzentils stagnieren, während der Median moderat zulegen konnte und das 75. Perzentil sogar große Steigungen aufweist.

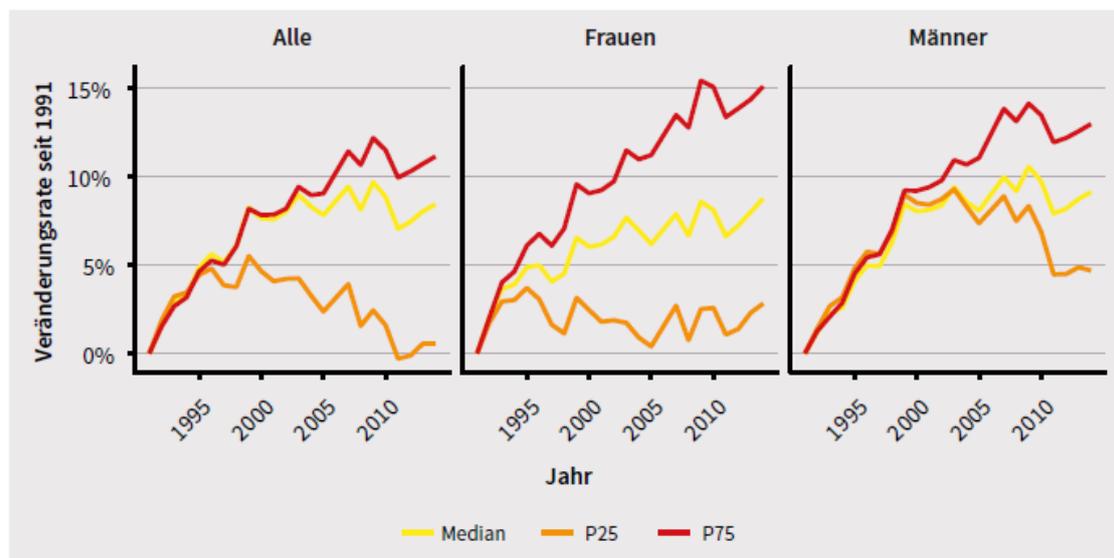
Nominell sind die Unterschiede aber nach wie vor sehr groß: So betrug im Jahr 2014 die Differenz der Bruttoeinkommen von männlichen und weiblichen Angestellten knapp 2 000 €. Insgesamt ist ein Auseinanderdriften der verschiedenen Graphen festzustellen; vor allem niedrige Löhne haben sich unterdurchschnittlich entwickelt, hohe Löhne hingegen überdurchschnittlich. Nicht berücksichtigt wurden hierbei der Anstieg der Teilzeitbeschäftigten und befristete Beschäftigungsverhältnisse.<sup>85</sup>

Für das 75. Perzentil der Reallöhne gab es für alle den größten Zugewinn mit etwa 11% seit 1991. Für Frauen beträgt dieser Zugewinn 15%, für Männer etwa 13%. Der Median hat für alle ca. 8% zugelegt, das gilt für Männer als auch für Frauen. Nur das 25. Perzentil konnte kaum zulegen und erreichte 2014 in etwa den Wert von 1991, obwohl es bis 1998 knapp 6% zulegen konnte. Das 25. Perzentil bei Frauen hat seit 1991 Werte zwischen 0 und 4% angenommen; bei Männern ist seit 2003 eine Abnahme von fast 9% im Jahr 2003 auf knapp 5% im Jahr 2014 festzustellen.

---

<sup>84</sup> Altzinger et al. 2016: 257

<sup>85</sup> vgl. Altzinger et al. 2016: 258



Quelle: Hauptverband (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Abbildung 6: Entwicklung der Reallöhne von 1991 bis 2014

Quelle: Altzinger et al. 2016: 258

Da bisher die Entwicklung der Reallöhne von allen Frauen bzw. Männern abgebildet wird, lohnt sich ein genauer Blick in die Altersgruppen. In Tabelle 1 wird speziell die Gruppe von jungen Erwachsenen zwischen 20 und 24 Jahren bzw. zwischen 25 und 29 Jahren in den Jahren 1991, 2000 und 2014 betrachtet und deren absolute und relative Differenz zu 2014 berechnet.

Die Mediane haben sich zwischen 1991 und 2014 leicht zum Positiven verändert. So hat der Median der Reallöhne von 20- bis 24-Jährigen um 1,4% zur vorigen Generation in diesem Alter zugelegt, bei 25- bis 29-Jährigen beträgt diese Zunahme sogar 4,2%. Stark abgenommen haben vor allem die niedrigen Löhne: Das 25. Perzentil hat für 20- bis 24-Jährige zwischen 1991 und 2014 8,1% Verluste erlitten. Davon waren Frauen mit -10,4% betroffen, Männer mit -7,1%. Bei den 25- bis 29-Jährigen gab es für Frauen sogar eine leichte Zunahme von 2,7%, für Männer eine leichte Abnahme von 3,1%. Hohe Löhne am 75. Perzentil hingegen konnten ihre Löhne innerhalb einer Generation für 20- bis 24-Jährige um 5% erhöhen. Für 25- bis 29-Jährige gibt es auch ein Plus von 4,4% zur vorigen Generation, allerdings sind hier Geschlechtsunterschiede zu erkennen. Während das 75. Perzentil bei Frauen 9,1% zur vorigen Generation zulegen konnte, gelang das bei Männern nur 3,4%. Rechnet man diese Zahlen auf ein ganzes Jahr hoch, hat das 25. Perzentil der 20- bis 24-Jährigen fast ein ganzes Monatseinkommen

verloren, der Median hat ein knappes Fünftel des Monatseinkommens dazugewonnen und jene Personen am 75. Perzentil sogar zwei Drittel eines Monatseinkommens. Bei 25- bis 29-Jährigen hat das 25. Perzentil ein knappes Drittel des Monatseinkommens verloren, der Median und das 75. Perzentil haben etwa ein halbes Monatseinkommen dazugewonnen. Vor allem 25- bis 29-jährige Frauen konnten im Vergleich zur vorigen Generation zulegen: Das 25. Perzentil konnte ein Drittel eines Monatseinkommens dazugewinnen, der Median sogar 110% eines Monatseinkommens und das 75. Perzentil sogar 120%.

Tabelle 1: Entwicklung der Reallöhne nach Altersgruppen in den Jahren 1991, 2000 und 2014

	Jahr	Geschlecht	Absolute Differenz pro Monat (in EUR) im Vergleich zu 2014			Relative Differenz im Vergleich zu 2014			Absolute Differenz pro Jahr im Vergleich zu Monatslohn 2014		
			P25	Median	P75	P25	Median	P75	P25	Median	P75
20 - 24 Jahre	1991	Alle	-117,6	27,8	127,9	-8,1%	1,4%	5,1%	-90%	17%	65%
	2000	Alle	-207,5	-94,9	-15,4	-14,3%	-4,8%	-0,6%	-150%	-55%	-7%
	1991	Frauen	-133,1	34,1	110,8	-10,4%	1,9%	5,0%	-113%	24%	63%
	2000	Frauen	-223,7	-77,2	-25,4	-17,5%	-4,4%	-1,1%	-178%	-50%	-14%
	1991	Männer	-119,3	97,8	143,7	-7,1%	4,4%	5,3%	-79%	55%	67%
	2000	Männer	-220,7	-32,3	10,0	-13,1%	-1,4%	0,4%	-139%	-17%	4%
25 - 29 Jahre	1991	Alle	-43,3	99,7	131,7	-2,6%	4,2%	4,4%	-30%	53%	55%
	2000	Alle	-141,4	-60,0	-30,3	-8,4%	-2,6%	-1,0%	-93%	-30%	-12%
	1991	Frauen	38,0	174,3	247,1	2,7%	8,4%	9,1%	33%	110%	120%
	2000	Frauen	-58,4	21,9	19,9	-4,1%	1,1%	0,7%	-47%	13%	9%
	1991	Männer	-59,7	80,6	108,8	-3,1%	3,1%	3,4%	-36%	39%	43%
	2000	Männer	-220,3	-98,1	-70,0	-11,3%	-3,8%	-2,2%	-122%	-44%	-26%

Quelle: Statistische Handbücher – Hauptverband der Sozialversicherungsträger (Daten), INEQ (Berechnung & Illustration)

Quelle: Altzinger et al. 2016: 259

Bisher wurden Vergleiche zwischen 1991 und 2014 angestellt, was vor allem an der großen Dynamik zwischen 1991 und 2000 liegt. Seit 2000 haben fast alle Einkommen unter dem Median große Verluste erlitten, während die Reallöhne des 75. Perzentils stagnieren.

In Abbildung 7 werden Veränderungen der Nominal- und Reallöhne in Österreich von 2008 bis 2018 gegenüber dem Vorjahr abgebildet. Reallohnverluste gab es in den Jahren 2010, 2011 und 2017. Obwohl im Jahr 2018 die Nominallöhne um 2,5% stiegen, betrug die Zunahme der Reallöhne nur 0,4% gegenüber dem Vorjahr.



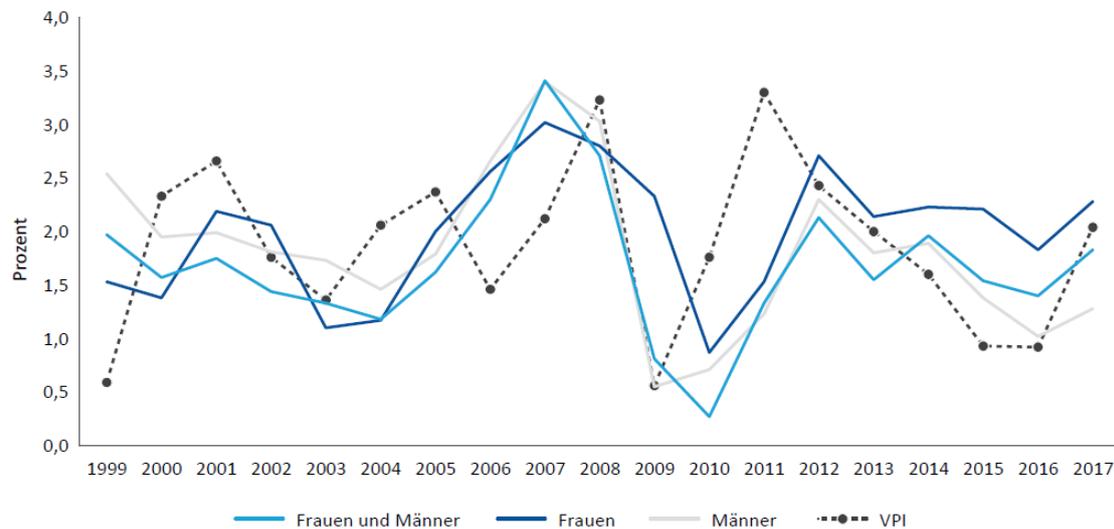
Abbildung 7: Veränderung der Nominal- und Reallöhne in Österreich von 2008 bis 2018 gegenüber dem Vorjahr

### 3.2.2 Entwicklung der Bruttojahreseinkommen

Die Entwicklung der Bruttojahreseinkommen wird in diesem Kapitel aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet: Geschlecht, Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, Vergleich von hohen und niedrigen Einkommen und soziale Stellung werden berücksichtigt. Die Daten dazu stammen aus dem Allgemeinen Einkommensbericht 2018, der vom Rechnungshof erstellt und veröffentlicht wird. Das Medianbruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen hat sich von 1998 bis 2017 von 20 040 € auf 27 545 € erhöht. Dem Nominalanstieg von 37,5% in dieser Zeitspanne steht allerdings eine Preissteigerung von 42% gegenüber. Das Medianbruttojahreseinkommen im Jahr 2017 lag somit unter dem Basiswert des Jahres 1998.<sup>86</sup> Das mittlere Einkommen der Frauen ist in dieser Zeit von 14 551 € auf 21 178 € gestiegen, das mittlere Einkommen der Männer von 24 006 € auf 33 776 €.

<sup>86</sup> vgl. Rechnungshof 2018: 43

In Abbildung 8 werden die jährlichen Veränderungsraten des Verbraucherpreisindex und der mittleren Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht von 1999 bis 2017 dargestellt.



Ohne Lehrlinge.

Quelle: Statistik Austria, 2018. Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996.

Abbildung 8: Jährliche Veränderungsraten des Verbraucherpreisindex und der mittleren Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht von 1999 bis 2017

Quelle: Rechnungshof 2018: 48

Dieser Abbildung nach hatten Frauen in den Jahren 2001, 2002, 2005 und ab 2009 höhere Veränderungsraten der mittleren Bruttojahreseinkommen als Männer. Dies darf allerdings nicht darüber wegtäuschen, dass der Median des Bruttojahreseinkommen der Frauen im Jahr 1998 nur etwa 60,6% des Medianeinkommens der Männer betrug. Im Jahr 2017, fast 20 Jahre später, beträgt dieser Wert nach wie vor nur 62,7%.<sup>87</sup>

In Tabelle 2 wird die Entwicklung der mittleren Brutto- und Nettojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht von 1998 bis 2017 dargestellt. So hatten Männer und Frauen im Jahr 1998 im Schnitt ein Bruttojahreseinkommen von 20 040 €, 2017 waren es 27 545 €. Bei Frauen gab es zwischen 1998 und 2017 einen Nominalanstieg von 46%, bei Männern 41%. Im Jahr 2017 betrug das mittlere Bruttojahreseinkommen von Männern 33 776 €, von Frauen

<sup>87</sup> vgl. Rechnungshof 2018: 47

21 178 €. Die Differenz beträgt knapp 12 600€. Betrachtet man die Nettojahreseinkommen, verkleinert sich die Geschlechterdifferenz aufgrund der progressiven Besteuerung von Einkommen. Vor allem niedrige Einkommen profitieren davon. Frauen und Männer hatten im Jahr 1998 im Schnitt ein Nettojahreseinkommen von 14 686 €, 2017 waren es 20 821 €. Bei Frauen gab es zwischen 1998 und 2017 einen Nominalanstieg von 50%, bei Männern betrug dieser 43%. Das mittlere Nettojahreseinkommen betrug 2017 bei Frauen 16 931 €, bei Männern 24 564 €. Die Differenz beträgt etwa 7 600 €.

Tabelle 2: Entwicklung der mittleren Jahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht 1998 bis 2017

Geschlecht	1998	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Bruttojahreseinkommen</b>										
Frauen und Männer	20.040	24.449	24.516	24.843	25.373	25.767	26.273	26.678	27.051	27.545
Frauen	14.551	18.112	18.270	18.549	19.052	19.460	19.894	20.334	20.706	21.178
Männer	24.006	30.102	30.316	30.690	31.396	31.961	32.564	33.012	33.350	33.776
<b>Nettojahreseinkommen</b>										
Frauen und Männer	14.686	18.333	18.366	18.529	18.842	19.057	19.344	19.558	20.543	20.821
Frauen	11.283	14.658	14.768	14.938	15.221	15.461	15.733	15.986	16.623	16.931
Männer	17.139	21.684	21.786	21.984	22.374	22.673	23.003	23.235	24.339	24.564

Ohne Lehrlinge.

Quelle: Statistik Austria, 2018. Lohnsteuer- und HV-Daten.

Quelle: Rechnungshof 2018: 48

In Tabelle 3 wird die Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Voll- und Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht von 2004 bis 2017 dargestellt. Der Rechnungshof stellt fest, dass das mittlere Bruttojahreseinkommen von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten von 2004 bis 2017 um 37,1% stieg. Dies ist deutlich mehr als bei den Einkommen aller unselbstständig Erwerbstätigen, die im selben Zeitraum um nur 25,4% stiegen.

Die ganzjährig Vollzeitbeschäftigten hatten im Jahr 2004 ein Bruttojahreseinkommen von 30 269 €, 2017 waren es 41 510 €. 2004 verdienten vollzeitbeschäftigte Frauen im Schnitt 25 500 €, Männer hingegen 32 885 €. 2017 verdienten Frauen 36 985 € und Männer 43 838 €. Die Geschlechterdifferenz stieg in diesem Zeitraum von 6 853 € auf 7 385 €, was angesichts der steigenden Einkommen nicht verwunderlich ist. Vergleicht man die Anteile, verdienten im Jahr 2004 Frauen

etwa 78% des Männergehalts, 2017 stieg dieser Anteil auf 84%. Der Einkommensunterschied bezüglich der Geschlechter ging also bei ganzjährig Vollzeitbeschäftigten leicht zurück. Allerdings geben die Studienautorinnen und -autoren zu bedenken, dass rund zwei Drittel aller Frauen hier nicht berücksichtigt wurden, da sie nicht das ganze Jahr oder Teilzeit beschäftigt waren.

Ganzjährig teilzeitbeschäftigte Frauen und Männer hatten im Jahr 2004 im Schnitt ein Bruttojahreseinkommen von 12 907 €. Frauen verdienten im Schnitt 12 858 €, Männer 13 432 €. Im Jahr 2009 hatten teilzeitbeschäftigte Frauen mit 15 286 € ein höheres mittleres Bruttojahreseinkommen als Männer mit 14 702 €. Im Jahr 2017 hatten Teilzeitbeschäftigte im Schnitt ein Bruttojahreseinkommen von 19 045 €, Frauen 19 086 € und Männer 18 753 €. Die Darstellung von Teilzeitbeschäftigten ist allerdings mit Vorsicht zu genießen, da das Ausmaß der Arbeitszeit dazu fehlt und die Struktur der Teilzeitbeschäftigung hier nicht berücksichtigt wird.

Tabelle 3: Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Voll- und Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht 2004 bis 2017

Geschlecht	2004	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Vollzeit</b>										
Frauen und Männer	30.269	34.945	35.474	36.273	37.317	38.270	38.956	39.812	40.632	41.510
Frauen	25.500	30.227	30.775	31.598	32.540	33.428	34.092	35.023	36.120	36.985
Männer	32.885	37.510	38.056	38.776	39.848	40.858	41.556	42.364	42.964	43.838
<b>Teilzeit</b>										
Frauen und Männer	12.907	15.232	15.537	16.092	16.597	17.125	17.592	18.107	18.326	19.045
Frauen	12.858	15.286	15.633	16.184	16.728	17.221	17.689	18.184	18.437	19.086
Männer	13.432	14.702	14.696	15.238	15.418	16.357	16.872	17.527	17.560	18.753

Ohne Lehrlinge.

Quelle: Statistik Austria, 2018. Lohnsteuer- und HV-Daten.

Quelle: Rechnungshof 2018: 49

In Tabelle 4 werden die inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen von unselbstständig Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) mithilfe von Quantilen über den Zeitraum 1998 bis 2017 verglichen. Während beim 90%-Quantil von 1998 bis 2017 inflationsbereinigt ein leichter Anstieg von 4% zu verzeichnen war, sank das 10%-Quantil um 31%. Auch die Medianeinkommen haben kleinen Verlust von 3% erlitten.

Tabelle 4: Entwicklung der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen von 1998 bis 2017 (Basis 1998)

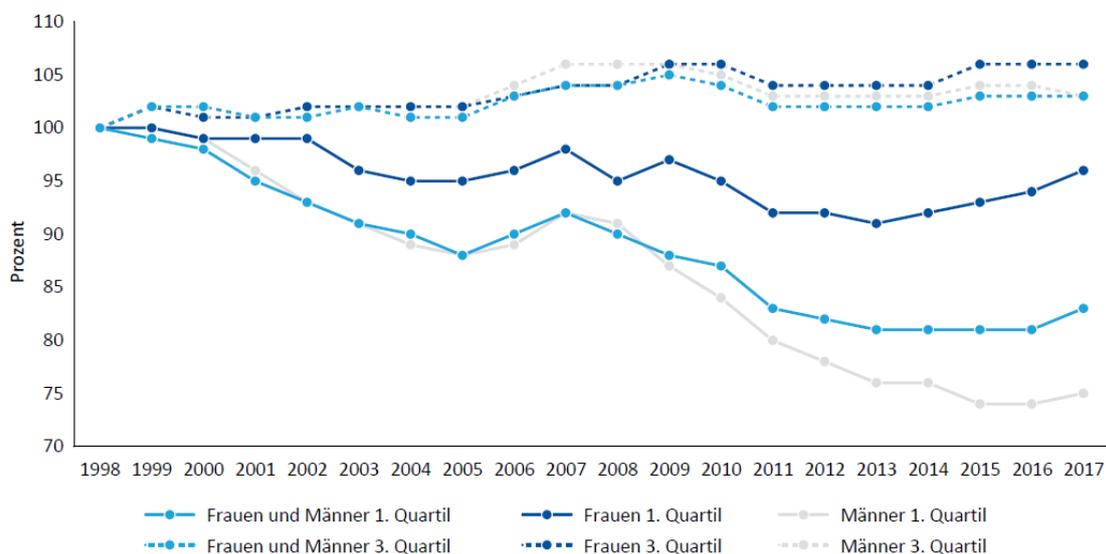
Verteilungsmaße	1998	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Frauen und Männer</b>														
10%-Quantil	100	82	83	86	80	77	74	69	67	65	65	65	66	69
Median	100	98	99	100	99	100	98	96	96	96	96	96	97	97
90%-Quantil	100	102	104	105	105	107	106	104	104	104	103	104	105	104
<b>Frauen</b>														
10%-Quantil	100	95	96	98	91	91	89	85	84	83	83	84	85	90
Median	100	98	99	100	100	102	101	99	99	99	100	101	102	102
90%-Quantil	100	103	105	107	107	110	109	107	107	107	107	108	109	109
<b>Männer</b>														
10%-Quantil	100	68	71	74	69	63	60	52	50	48	47	46	46	49
Median	100	100	101	103	102	102	101	99	99	99	99	100	100	99
90%-Quantil	100	102	104	105	106	107	106	104	104	103	103	104	104	103

Quelle: Rechnungshof 2018: 57

Betrachtet man Frauen- und Männereinkommen getrennt, sind große Unterschiede festzustellen. Bei Frauen nahm das 10. Perzentil seit 1998 10% ab, der Median legte um 2% zu und das 90. Perzentil konnte knapp 10% zulegen. Bei Männern nahm das 10. Perzentil seit 1998 um über 51% ab, der Median blieb fast gleich mit einem Verlust von 1% und das 90. Perzentil konnte leicht mit 3% zulegen. Die großen Verluste von niedrigen Einkommen der Männer könnte auf einen großen Lohndruck im Niedriglohnbereich deuten.

In Abbildung 9 wird die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht von 1998 bis 2017 dargestellt. Mit hohen Einkommen wird hier das 3. Quartil bezeichnet, niedrige Einkommen das 1. Quartil. Während hohe Einkommen bei beiden Geschlechtern in diesem Zeitraum gestiegen sind, verhält es sich bei niedrigen Gehältern genau andersrum: Im Jahr 2017 lag das 1. Quartil von Frauen und Männern bei nur mehr 83% des Wertes von 1998. Bei Frauen betrug

dieser Wert 96%, bei Männern lag der Wert mit 75% sogar weit darunter. Starke Verluste der niedrigen Einkommen gab es bis 2005, danach einen leichten Anstieg bis 2007 und seither sinken sie weiter. Seit 2013 ist bei Frauen ein Aufwärtstrend zu beobachten, bei Männern erst seit 2016.



Ohne Lehrlinge.

Quelle: Statistik Austria, 2018. Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996.

Abbildung 9: Inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach Geschlecht von 1998 bis 2017

Quelle: Rechnungshof 2018: 59

Es lohnt sich auch die sozialen Stellungen genauer zu betrachten, wie Tabelle 5 zeigt. Hier wurden Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte inkl. Vertragsbedienstete und Beamtinnen und Beamte unterschieden. Während Arbeiterinnen seit 1998 einen Einkommensrückgang von 16% beim Median des Bruttojahreseinkommens verzeichnen, sind es bei Arbeitern nur 7%. Nominell wuchsen die Einkommen der Arbeiterinnen von 1998 bis 2017 von 9 700 € auf 11 570 €. Das entspricht einem durchschnittlichen Wachstum von knapp 1% pro Jahr. Bei Arbeitern stieg der Median des Bruttojahreseinkommens um knapp 1,5% pro Jahr, von 19 900 € im Jahr 1998 auf 26 239 € im Jahr 2017.<sup>88</sup> Dieser Geschlechtsunterschied ist bei Angestellten nicht so stark ausgeprägt, Frauen konnten seit 1998 ihr Medianbruttojahreseinkommen sogar um 5% erhöhen, bei Männern betrug das Wachstum nur 1%. Bei Beamtinnen und Beamten gab es in den letzten 20

<sup>88</sup> vgl. Rechnungshof 2018: 55f

Jahren einen großen Zuwachs beim Einkommen mit 30% bei Frauen bzw. 27% bei Männern. Beamtinnen und Beamten hatten ein jährliches Wachstum von 3,3% bzw. 3,2% und kamen 2017 auf ein Medianbruttojahreseinkommen von 55 870 € bei Frauen bzw. 57 026 € bei Männern.

Tabelle 5: Entwicklung der inflationsbereinigten mittleren Bruttojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen nach sozialer Stellung und Geschlecht von 1998 bis 2017 (Basis 1998)

Geschlecht	1998	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>ArbeiterInnen</b>														
Frauen	100	88	87	89	87	87	87	84	82	82	82	82	83	84
Männer	100	96	96	99	99	97	96	94	94	93	93	93	93	93
<b>Angestellte (inkl. Vertragsbedienstete)</b>														
Frauen	100	99	100	101	101	103	102	100	101	101	102	103	104	105
Männer	100	99	101	102	102	102	101	100	100	100	100	101	101	101
<b>BeamtInnen</b>														
Frauen	100	113	116	118	121	126	126	124	125	125	125	127	130	130
Männer	100	116	121	122	124	127	127	124	125	124	123	126	128	127

Ohne Lehrlinge.

Quelle: Statistik Austria, 2018. Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996.

Quelle: Rechnungshof 2018: 55

### 3.2.3 Entwicklung der Lohnquote

Die Lohnquote ist ein wichtiger Indikator, wie Einkommen auf die Faktoren Arbeit und Kapital verteilt werden. Die unbereinigte Lohnquote gibt den Anteil der unselbstständig Erwerbstätigen in Relation zum Volkseinkommen wieder. Die bereinigte Lohnquote berücksichtigt die Veränderungen in der Struktur der Erwerbstätigen.<sup>89</sup> Die Lohnquote wird aus den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt und ist ein wichtiger Bestimmungsindikator für die funktionale Einkommensverteilung. Die Lohnquote sinkt, wenn die Zunahme der Reallöhne unter dem Produktivitätswachstum liegt. Langfristig gesehen ist in Österreich die Lohnquote gesunken.<sup>90</sup>

<sup>89</sup> vgl. Mayrhuber et al. 2015: 5

<sup>90</sup> vgl. Glocker et al. 2014: 251ff

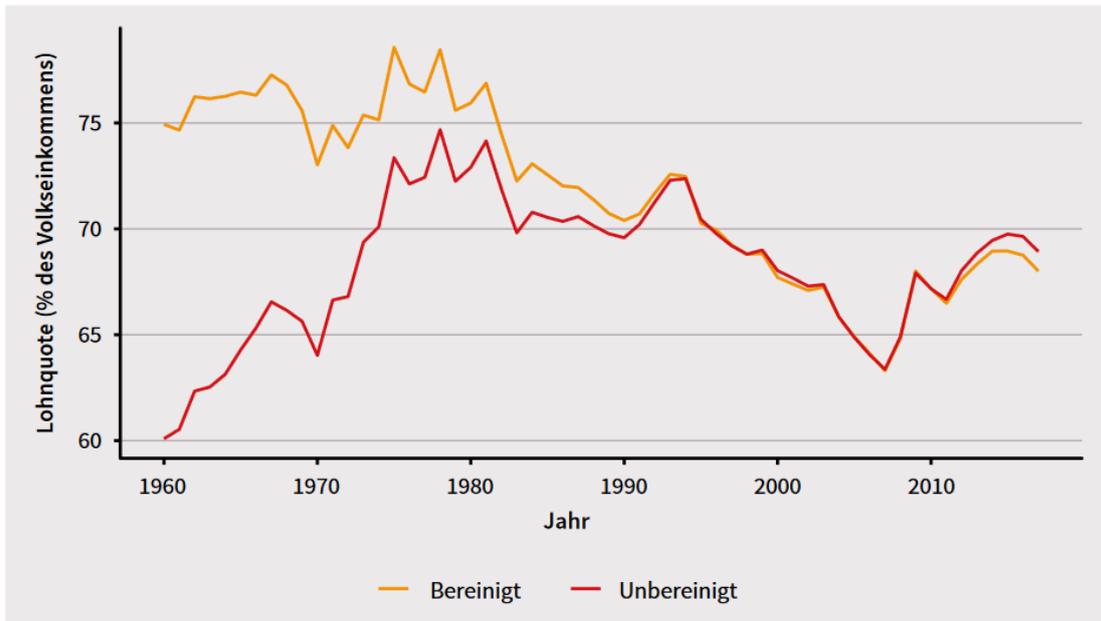


Abbildung 10: Entwicklung der Lohnquote Österreichs von 1960 bis 2015

Quelle: Altzinger et al. 2016: 234

Abbildung 10 zeigt die bereinigte bzw. unbereinigte Lohnquote von 1960 bis 2015. Von 1960 bis 1980 blieb die bereinigte Lohnquote konstant auf sehr hohem Niveau. Dies ist den Autoren zufolge dem Anstieg der unselbstständig Beschäftigten in der Industrie und der hohen Wachstumsraten zu verdanken; auch der Aufbau des Wohlfahrtsstaates und eine relativ stabile Einkommensverteilung prägten den Begriff der goldenen 60er Jahre.

Von 1980 bis 2007 sank die bereinigte Lohnquote. Gründe dafür sind technischer Fortschritt, die Auswirkungen der Globalisierung auf Finanz-, Güter- und Arbeitsmarkt und der Anstieg der Erträge in der Finanzbranche.

Der sprunghafte Anstieg zwischen 2008 und 2009 ist auf den Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen zurückzuführen, eine Folge der Finanzkrise. Der Anstieg der Lohnquote seit 2011 ist auf die rückläufige Ertragsentwicklung der Unternehmen zurückzuführen. Seit 2014 sinkt die Lohnquote wieder.

Die Nettolohnquote gibt die Verteilung des Nettovolkseinkommens auf die Faktoren Arbeit und Kapital wieder. Wären Arbeit und Kapital gleich hoch belastet, entspräche die Brutto- auch der Nettolohnquote. Ist die Bruttolohnquote jedoch höher als die Nettolohnquote, dann ist der Faktor Arbeit stärker belastet, wie das auch in Österreich der Fall, siehe Abbildung 11.

**Entwicklung der Brutto- und Nettolohnquote, unbereinigt  
in % des Volkseinkommens**

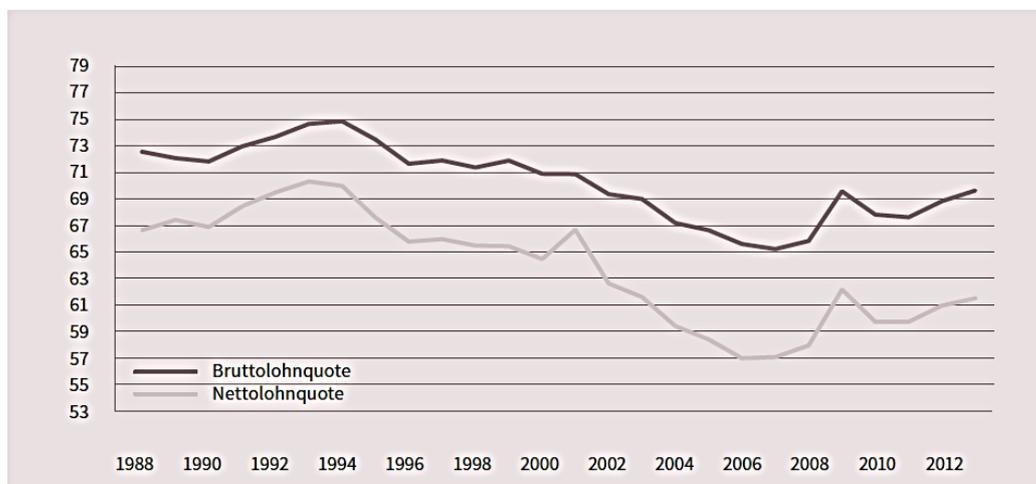


Abbildung 11: Entwicklung der Brutto- und Lohnquote von 1988 bis 2012

Quelle: Glocker et al. 2014: 255

Der Abstand zwischen den beiden Lohnquoten hat sich in den letzten Jahrzehnten vergrößert. Zwischen 1990 und 1996 betrug der Abstand zwischen Brutto- und Nettolohnquote etwa 5 bis 6 Prozentpunkte. Nur zehn Jahre später, 2006, betrug der Abstand beträchtliche 9 Prozentpunkte. Im Jahr 2012 betrug die unbereinigte Nettolohnquote etwa 61%, die Bruttolohnquote hingegen fast 70%. Die sprunghaften Anstiege der Nettolohnquote sind übrigens auf die Einkommensteuerreformen im Jahr 2000 und 2009 zurückzuführen. Ursachen für den Rückgang der Lohnquote sind laut Steiner der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Teilzeitbeschäftigung, prekäre Beschäftigungsformen, die zu niedrigen Lohnsteigerungen, das überproportionale Wachstum der Vermögenseinkünfte und die Internationalisierung der Wirtschaft. Die OECD sieht weitere Ursachen in der schwächer werdenden Rolle der Gewerkschaft und dem Abbau des arbeitsrechtlichen Schutzes.<sup>91</sup>

Mayrhuber et al. nennen weitere Ursachen für die fallende Lohnquote. So ersetzen neue Technologien eher gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen und der Bedarf an höher qualifizierten Arbeitskräften kann den Rückgang der Geringqualifizierten nicht aufwiegen. Mit der Globalisierung kam es zu einer Zunahme des internationalen Handels und einer zunehmenden Mobilität von Kapital und Arbeit.

<sup>91</sup> vgl. Steiner 2012: 51

Speziell in Österreich erfolgte aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Ländern in Osteuropa der Rückgang der Lohnquote in den letzten 20 Jahren schneller als in vielen anderen westeuropäischen Ländern.<sup>92</sup>

Eine weitere Ursache sehen die ForscherInnen des WIFO in der zunehmenden Finanzialisierung, die immer größer und wichtiger werdende Finanztätigkeiten und Finanzinstitutionen mit sich bringt. Diese umfassen vor allem steigende Verschuldungsquoten der Haushalte und Unternehmen und eine steigende Einflussnahme der Kapitaleigner an den Gewinnen der Unternehmen. So haben Aktionäre und Kapitaleigner eine stärkere Position, wenn es um Lohnverhandlungen geht als ArbeitnehmerInnen. Obwohl sich seit den 1980er Jahren der Anteil der ArbeitnehmerInnen an allen Erwerbstätigen erhöht hat, sind in den meisten europäischen Ländern die bereinigten Lohnquoten gefallen. So stellen Glocker et al. fest, dass in den letzten 30 Jahren die Reallohnentwicklungen deutlich hinter dem Produktivitätswachstum zurückgeblieben sind.

### **3.2.4 Steigende Einkommensungleichheit**

Eng geknüpft an die sinkende Lohnquote ist die steigende Einkommensungleichheit. So stellen Guger und Marterbauer fest, dass in den letzten drei Jahrzehnten die Ungleichheit der Einkommensverteilung zwischen den unselbstständig Beschäftigten stark zugenommen hat. Sie beziehen sich dabei auf Daten der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Lohnstatistik. In nur zwei Phasen wurde die Verteilung der Bruttobezüge gleichmäßiger: in den 1970er Jahren aufgrund des Arbeitskräftemangels und 1991/92, als die Gewerkschaften eine Anhebung der Mindestlöhne erreichten.<sup>93</sup>

Vor allem die Verteilung an den Rändern trug zu dieser Ungleichheit bei, siehe Tabelle 6. So stiegen die Bezüge der höheren Einkommen stark an, während die Bezüge der niedrigen Einkommen stagnierten oder sogar zurückfielen. So hatte das erste Quintil, sprich die untersten 20%, 1995 noch einen Anteil von 2,9% des Gesamteinkommens. 2012 waren das nur mehr 1,9%. Auch das zweite Quintil verlor von 1995 bis 2012 1,9 Prozentpunkte, das dritte Quintil verlor 0,9 Prozentpunkte. Nur das vierte und fünfte Quintil konnten Wachstum verzeichnen.

---

<sup>92</sup> vgl. Mayrhuber et al. 2015: 13

<sup>93</sup> vgl. Guger und Marterbauer 2005: 615

Tabelle 6: Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen nach Quintilen von 1995 bis 2012

Anteile in %

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1. Quintil	2,9	2,5	2,2	2,2	2,2	2,1	2,0	2,0	1,9	1,9
2. Quintil	10,9	10,2	9,5	9,5	9,4	9,4	9,2	9,2	9,1	9,0
3. Quintil	17,7	17,4	17,2	17,1	17,0	17,0	16,9	16,8	16,9	16,8
4. Quintil	24,1	24,2	24,5	24,5	24,4	24,4	24,5	24,6	24,6	24,6
5. Quintil	44,4	45,7	46,5	46,7	46,9	47,1	47,4	47,4	47,5	47,6

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.- <sup>1)</sup> Quintilsgrenzen für 2012 (Bruttojahresbezüge): 1. Quintil: 1.904 €, 2. Quintil: 10.011 €, 3. Quintil: 10.437 €, 4. Quintil: 29.014 €, 5. Quintil: 49.246 €, Durchschnittsjahreseinkommen: 20.123 €.

Quelle: Mayrhober et al. 2015: 29

Förster nennt als wichtigen Grund für die steigende Einkommensungleichheit die Verteilung der Bruttoeinkommen aus Arbeit, Kapital und aus Ersparnissen: „Zusammengenommen stieg die Ungleichheit all dieser Bruttoeinkommen wesentlich stärker als die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen. Innerhalb dieser Elemente wiederum spielen Bruttolöhne und -gehälter die herausragendste Rolle, (...) Dies war generell darauf zurückzuführen, dass Spitzenverdienste stärker zugenommen haben als niedrige Löhne, aber auch stärker als Durchschnittslöhne.“<sup>94</sup>

Weitere Faktoren für diese Entwicklungen sind laut Förster der demografische Wandel und die Änderungen in den Steuer- und Transfersystemen. Der Trend zu kleineren Haushalten und die damit verloren gehenden Einspareffekte erklären aber nur einen Teil der Entwicklung der Einkommensverteilung. Steuern und öffentliche Geldtransfers haben einen Umverteilungseffekt, der in den letzten Jahren jedoch zurückgegangen ist. Der Einkommensbericht 2018 vergleicht die Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen und kommt zum Schluss, „dass die Einkommensschere seit 1998 generell auseinandergeht. Während die inflationsbereinigten hohen Einkommen leicht stiegen, fielen die niedrigen Einkommen sehr stark ab. Ob sich das im Jahr 2017 zu beobachtende leichte Schließen der Lücke als Trendwende interpretieren lässt, oder es wie bereits 2007 ein Ausreißerjahr bleibt, wird sich in den folgenden Jahren zeigen.“<sup>95</sup>

<sup>94</sup> Förster 2008: 98

<sup>95</sup> Rechnungshof 2018: 57

## 4 Aktuelle Datenlage von Bildung

Dieses Kapitel soll Bildung in Österreich genauer betrachten: Der aktuelle Bildungsstand der Bevölkerung, Bildungsmobilität und Bildungshomogenität werden erörtert.

### 4.1 Bildungsstand der Bevölkerung

---

Der aktuelle Bildungsstand der Bevölkerung ist wichtig für weiterführende Analysen. Denn Bildung „trägt sowohl gesellschaftlich als auch auf individueller Ebene zum wirtschaftlichen Potenzial bei und gibt somit Hinweise auf die weitere Entwicklung des Wohlstands einer Gesellschaft. Ein hoher Bildungsstand steigert die Chancen eines Landes, aus dem technologischen Wandel und der zunehmenden Internationalisierung Nutzen zu ziehen und wirkt sich auch positiv auf die sozialen Bedingungen aus. Auf der individuellen Ebene gehen höhere Qualifikationen durchschnittlich mit besseren Beschäftigungschancen, höheren Einkommen und geringeren Arbeitslosigkeitsrisiken sowie mit besserer Gesundheit, zufriedenerer Lebensführung und höherer sozialer Teilhabe einher.“<sup>96</sup>, schreiben Vogtenhuber et al. im Nationalen Bildungsbericht 2015.

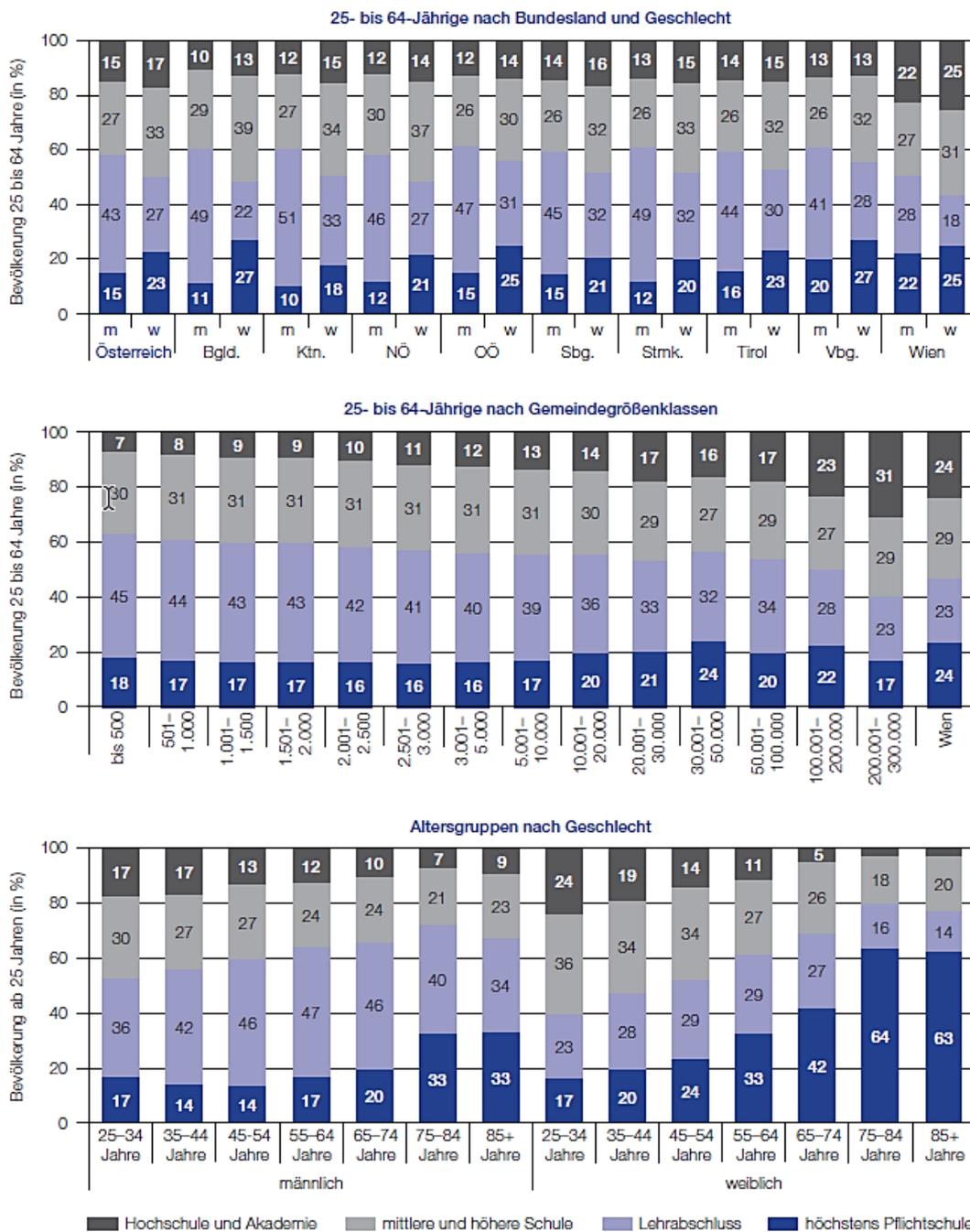
Der Bildungsstand der Bevölkerung im Haupterwerbsalter zwischen 25 und 64 Jahren im Jahr 2013 nach Bundesland und Geschlecht, nach Gemeindegrößen und nach Altersgruppen und Geschlecht wird in Abbildung 12 dargestellt.

Im Haupterwerbshalter haben 17% der Frauen und 15% der Männer einen Hochschulabschluss. Höchstens Pflichtschule abgeschlossen haben in Österreich 23% der Frauen und 15% der Männer. Eine mittlere bzw. höhere Schule haben 33% der Frauen und 27% der Männer in Österreich abgeschlossen. Das dreht sich bei Lehrabschlüssen: Österreichweit haben 43% der Männer im Haupterwerbsalter einen Lehrabschluss, bei Frauen nur 27%. Das Bundesland mit den meisten Hochschulabschlüssen ist Wien mit 22% der Männer bzw. 25% der Frauen. Im Burgenland trifft das nur auf 10% der Männer und 13% der Frauen zu. Hier sind große regionale Unterschiede festzustellen.

---

<sup>96</sup> Vogtenhuber et al. 2016b: 208

Auffällig ist auch, dass in allen Bundesländern über 40% der Männer einen Lehrabschluss erworben haben; in Kärnten trifft das sogar auf 51% der Männer zu. Die größte Differenz besteht hier im Bundesland Burgenland, wo fast jeder zweite Mann im Haupterwerbsalter einen Lehrabschluss hat, aber nur 22% der Frauen. Österreichweit haben 33% der Frauen und 27% der Männer einen Abschluss von mittleren und höheren Schulen.



Quelle, Berechnung und Darstellung: Statistik Austria (Bildungsstandregister).

Abbildung 12: Bildungsstand der Bevölkerung 2013

Quelle: Vogtenhuber et al. 2016b: 209

Allgemein gilt: je größer die Gemeinde, desto größer der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss. Auffallend ist die sehr hohe Anteil von Personen mit Hochschulabschluss in großen Gemeinden mit über 200 000 Personen. Das trifft nämlich nur auf eine Stadt in Österreich 2013 zu: Graz. In Wien weisen 24% der Personen im Haupterwerbsalter einen Hochschulabschluss auf, in kleinen Gemeinden bis zu 2 500 Einwohnern haben dies wiederum nur bis zu 10% der Personen.

Die Studienautoren schreiben: „Dass das Bildungsniveau trotz Bildungsvererbung in den vergangenen Jahrzehnten großen Veränderungen unterworfen war, wird bei Betrachtung der Abbildung nach Altersgruppen und Geschlecht evident. Der größte Beitrag zur Steigerung des Bildungsniveaus der Bevölkerung geht von der gestiegenen Bildungspartizipation der Frauen aus. In den Altersgruppen zwischen 25 und 54 Jahren liegen die Frauen beim Anteil an Hochschul- und Akademieabschlüssen jeweils vor den Männern. Besonders bei den Altersgruppen über 65 Jahren zeigt sich noch ein deutlicher Vorsprung der Männer.“<sup>97</sup>

Fast jede vierte Frau im Alter zwischen 25 und 34 Jahren hat einen Hochschulabschluss. Für Frauen zwischen 35 und 44 Jahren trifft das auf etwa jede fünfte Frau zu. Auch bei Männern gibt es eine Zunahme von Hochschulabschlüssen, wenn auch viel kleiner als bei Frauen und in den ersten beiden Altersgruppen bleibt der Anteil mit 17% konstant. Auch der Anteil von Personen mit Abschlüssen von mittleren und höheren Schulen hat zugenommen.

Der Anteil von Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss wird sowohl bei Männern als auch bei Frauen kleiner und beträgt in der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren bei beiden Geschlechtern 17%. Bei Frauen ist dieser Rückgang jedoch viel größer als bei Männern: 42% der Frauen zwischen 65 und 74 Jahren bzw. 64% der Frauen zwischen 75 und 84 Jahren haben einen Pflichtschulabschluss. Bei Männern betragen diese Anteile lediglich 20% bzw. 33%.

Auch der Anteil der Personen mit Lehrabschluss verringert sich: Hier ist der Rückgang vor allem bei Männern ausgeprägter als bei Frauen. In der Alterskohorte von 65 bis 74 Jahren beträgt der Anteil bei Männern noch 46%, bei Frauen nur 27%. In der Klasse zwischen 25 bis 34 Jahren beträgt der Anteil bei den Männern

---

<sup>97</sup> Vogtenhuber et al. 2016b: 208f

nur mehr 36%, das ist ein Rückgang von 10 Prozentpunkten. Bei Frauen beträgt der Anteil 23%, also einen Rückgang von 4 Prozentpunkten.

In der Alterskohorte von 25 bis 34 Jahre haben 60% der Frauen eine mittlere bzw. höhere Schule besucht oder einen Hochschulabschluss. Bei den über 85-jährigen Frauen beträgt dieser Anteil nur 23%, bei Frauen zwischen 65 und 74 Jahren 31%. Bei Männern haben zwischen 25 und 34 Jahren 47% eine mittlere bzw. höhere Schule besucht oder einen Hochschulabschluss. Bei den über 85-jährigen Männern betrug dieser Anteil noch 32%, bei Männern zwischen 65 und 74 Jahren 34%.

Die Studienautoren schreiben: „In Österreich und in allen Vergleichsländern sowie im Durchschnitt der EU-27 halten die Bildungsexpansion und der Trend zur Höherqualifizierung der Bevölkerungen relativ konstant an. In Österreich haben mittlerweile (2014) rund 84 % der 25- bis 64-Jährigen einen Schultyp der höheren Sekundarstufe abgeschlossen, also zumindest eine Lehre, eine AHS oder BMHS absolviert. (...) Österreich bildet international eine Ausnahme, denn hier haben junge Frauen und Männer gleich hohe – und im Ländervergleich die höchsten – Sekundarstufenabschlussraten. Allgemein haben die jungen Frauen stark aufgeholt. (...) In Österreich zeigen sich die Bildungsprobleme der Burschen bzw. jungen Männer weniger in den Abschlussraten als im hohen Anteil leseschwacher männlicher Jugendlicher (...). Im Hinblick auf den Qualifikationserwerb wirken die Integration in das duale System der Lehrausbildung sowie die niederschweligen Angebote der überbetrieblichen Ausbildung kompensatorisch.“<sup>98</sup>

## 4.2 Bildungsmobilität

---

Linsinger und Zöchling schreiben in ihrem Artikel „Chancengleichheit: Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt“ für das Nachrichtenmagazin profil: „Wenn Anfang dieser Woche drei Kinder geboren werden - Marie, Kevin und Bülent -, dann würde selbst der unseriöseste Wettanbieter keine brauchbaren Quoten stellen. Der Weg der Kinder ist zu deutlich vorgezeichnet. Maries Eltern sind Akademiker in Wien. Also wird Marie studieren und mindestens doppelt so viel verdienen wie Kevin. Dessen Eltern sind über die Pflichtschule nicht hinausgekommen,

---

<sup>98</sup> Vogenhuber et al. 2016b: 210

damit ist Kevins Zukunft klar: Hauptschule, höchstens eine Lehre. Er wird sechs Jahre früher sterben als Maries Bruder (ebenfalls Akademiker). Besonders schlecht hat es Bülent in der Geburtslotterie erwischt: türkische Eltern, Hilfsarbeiter, die am Land leben. Bülent kann froh sein, wenn er den Pflichtschulabschluss schafft - und er wird drei Mal so oft arbeitslos sein wie Marie. Marie, Kevin und Bülent sind erfunden, ihre Biografien aber Realität: Bereits im Moment der Geburt ist weitgehend festgelegt, wer einmal aufs Gymnasium gehen oder die Universität besuchen, ein höheres Einkommen, eine höhere Lebenserwartung haben wird - und wer nicht. Die Idee, dass alle, die sich anstrengen, den Aufstieg schaffen, ist Illusion. Bildung wird nach wie vor vererbt. Der Status der Eltern ist entscheidend für den Bildungsweg der Kinder - und die Schule verstärkt diesen Startvorteil, anstatt ihn auszugleichen.<sup>99</sup> Die Autorinnen kritisieren, dass nur 5% der Kinder, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss haben, einen Hochschulabschluss erreichen und zählen einige Punkte auf, warum die Bildungsmobilität in Österreich so gering ist.

1. Der Begabungsschwindel: Es gehe nicht um die echten Begabungen eines Kindes, sondern um kulturelle und soziale Bedingungen. Kinder aus ärmeren Verhältnissen werden aufgrund von Vorurteilen (seitens der Lehrerschaft bzw. auch der Eltern) von höherer Bildung ferngehalten.
2. Das Elitenprivileg: Lange war Bildung nur einem kleinen Teil der Bevölkerung möglich. Erst mit der Alleinregierung Bruno Kreisky gab es Anreize, Kinder aus bildungsfernen Schichten zu höherer Bildung zu verhelfen. Wichtige Erneuerungen aus dieser Zeit sind die kostenlose Aufnahmeprüfung ins Gymnasium, die Schülerfreifahrt und kostenlose Schulbücher.
3. Hilfsarbeiterkinder: „Von allen 15- bis 34-Jährigen, deren Eltern lediglich Pflichtschulabschluss haben, schaffen 14 Prozent der Nicht-Migranten ebenfalls nur die Pflichtschule - bei der Gruppe mit Migrationshintergrund schnellst dieser Wert hingegen auf 53 Prozent.“<sup>100</sup> Kinder aus armen Haushalten werden tendenziell schlechter benotet und ihre Sprachen werden auch nicht als Fach in der Schule angeboten.

---

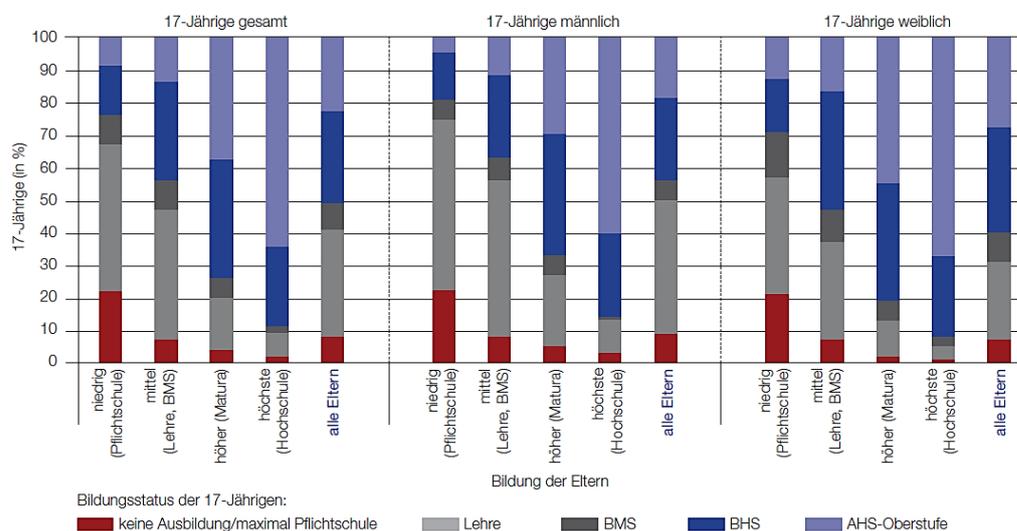
<sup>99</sup> Linsinger und Zöchling 2013: *Chancengleichheit: Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt*

<sup>100</sup> Linsinger und Zöchling 2013: *Chancengleichheit: Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt*

- Lehrerinnen und Lehrer: Das aktuelle Schulsystem hat keine Strukturen, die Kinder aus bildungsfernen Familien unterstützen. Diese Kinder würden mehr Anleitung und Coaches benötigen, die sie individuell unterstützen können. Neuere didaktische Konzepte, wie Freiarbeit oder Projektarbeit setzen viel Eigenverantwortung voraus und das helfe vor allem Kindern aus bildungsnahen Familien.

„Das formale Bildungsniveau der Eltern ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Bildungsaspiration der Kinder und das Bildungsniveau, das sie in ihrer Bildungslaufbahn erreichen können. In Österreich wirkt die Bildungsherkunft so stark, dass in diesem Zusammenhang häufig von einer Bildungsvererbung gesprochen wird. Die intergenerationale Bildungsmobilität ist als besonders niedrig einzustufen, im internationalen Vergleich schneidet Österreich hier schlecht ab.“<sup>101</sup>, schreiben Oberwimmer et al. im Nationalen Bildungsbericht 2015.

In Abbildung 13 wird der Bildungsstatus von 17-Jährigen im Zeitraum 2012 bis 2014 nach Schultyp und Elternbildung dargestellt. Da die Schulstatistiken keine sozioökonomischen Merkmale beinhalten, wird auf Daten des Mikrozensus zurückgegriffen, die die Statistik Austria zur Verfügung stellt.



Anmerkung: Tabelle D3.a.

Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus der Jahre 2012–2014). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abbildung 13: Bildungsstatus von 17-Jährigen nach Schultyp und Elternbildung (2012-2014)

Quelle: Oberwimmer et al. 2016: 141

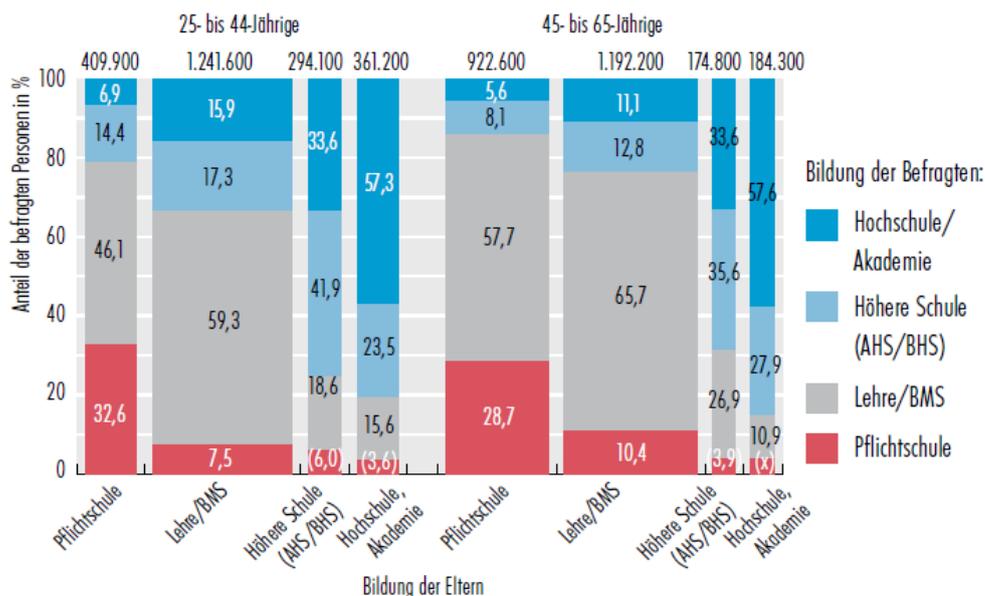
<sup>101</sup> Oberwimmer et al. 2016: 140

Das Alter von 17 Jahren wurde nicht willkürlich gewählt, sondern aus zwei Gründen: Mit 17 Jahren wohnen etwa 95% der Jugendlichen noch im gemeinsamen Haushalt mit ihren Eltern und haben in etwa ihren Bildungsweg nach der Sekundarstufe I bereits gewählt. Im Alter von 15 oder 16 Jahren wäre der Anteil von Personen mit niedriger Bildungsherkunft höher.

Dass Bildung vererbt wird, wird in Abbildung 13 noch einmal bestätigt: Mehr als jeder fünfte 17-Jährige, dessen Eltern einen niedrigen Schulabschluss haben, erwirbt auch maximal einen Pflichtschulabschluss. Fast 90% der 17-Jährigen, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, besuchen eine höhere Schule. Die größte intergenerationale Bildungsmobilität findet wie bereits erwähnt bei Frauen statt. Mehr als jede zweite weibliche 17-Jährige, deren Eltern einen mittleren Schulabschluss vorweisen, besucht eine BHS oder eine AHS-Oberstufe. Wenn die Eltern eine höhere Schule abgeschlossen haben, beträgt der Anteil der 17-jährigen in höheren Schulen sogar 80%. Auch die hohe Selektivität der AHS-Oberstufe wird deutlich: Knapp 40% der 17-Jährigen, deren Eltern eine höhere Schule abgeschlossen haben, besuchen die AHS-Oberstufe. Bei 17-Jährigen, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, sind es über 60%. Bei 17-Jährigen, deren Eltern maximal eine Pflichtschule abgeschlossen haben, sind es nur 10%.

Der intergenerationelle Bildungsvergleich in Abbildung 14 zeigt, welchen Bildungsabschluss 25- bis 44-Jährige bzw. 45- bis 65-Jährige im Jahr 2016/17 selber haben und welchen Bildungsstand ihre Eltern hatten. Die Bildungsmobilität in Österreich zwischen den Generationen ist wenig ausgeprägt. Nach wie vor ist die soziale Herkunft der Eltern entscheidend für den Bildungsweg der Kinder. Hat mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss, so hatten 57,6% der 45- bis 65-Jährigen auch einen Hochschulabschluss bzw. 57,3% der 25- bis 44-Jährigen. Hatten die Eltern einen Pflichtschulabschluss, verringert sich der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss auf 5,6% bei 45- bis 65-Jährigen bzw. auf 6,9% der 25- bis 44-Jährigen.

## Aktuelle Datenlage von Bildung



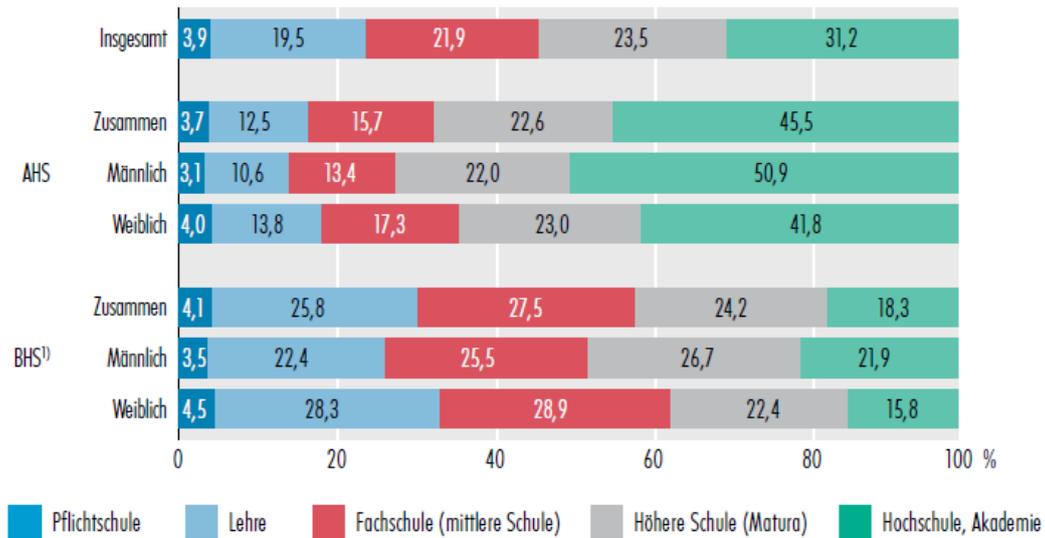
Q: STATISTIK AUSTRIA, Erwachsenenbildungserhebung 2016/17 (AES). – Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind ungewichtet weniger als 20 Personen vorhanden, wird geklammert ( ); Werte mit weniger als ungewichtet 5 Personen werden nicht ausgewiesen (x).

Abbildung 14: Intergenerationeller Bildungsvergleich

Quelle: Statistik Austria 2018: 105, Abb. 9

Einen Anstieg zwischen den Generationen gab es bei Personen mit Hochschulabschluss oder einem Abschluss einer höheren Schule, wenn deren Eltern eine Lehre oder Pflichtschule absolviert haben. Bedenklich ist die Vererbung des Pflichtschulabschlusses, die zwischen den Generationen von 28,7% auf 32,6% weiter zugelegt hat. Die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen hat sich zwischen den Generationen etwa verdoppelt und höhere Schulen konnten fast 70% zulegen, während die Lehre bzw. berufsbildende mittlere Schulen nur leicht zulegten. Die Anzahl der Personen mit Pflichtschulabschluss konnte mehr als halbiert werden.

An höheren Schulen und Universitäten ist die Bildungsmobilität besonders schwach ausgeprägt. 16,7% der Eltern aller 18- bis 20-Jährigen in Österreich haben einen Hochschulabschluss. Wenn man dies auf 18- bis 20-jährige Maturantinnen und Maturanten einschränkt, so steigt der Anteil der Eltern mit Hochschulabschluss auf 31,2%. In der AHS sind es sogar 45,5%, in den BHS wiederum nur 18,3%. Die AHS ist sozial undurchlässiger und dadurch elitärer als die BHS, wie man in Abbildung 15 sehen kann. Vor allem Schülerinnen und Schüler, deren Eltern eine Lehre oder Fachschule abgeschlossen haben, besuchen eher eine BHS (53,3%) als eine AHS (28,2%).

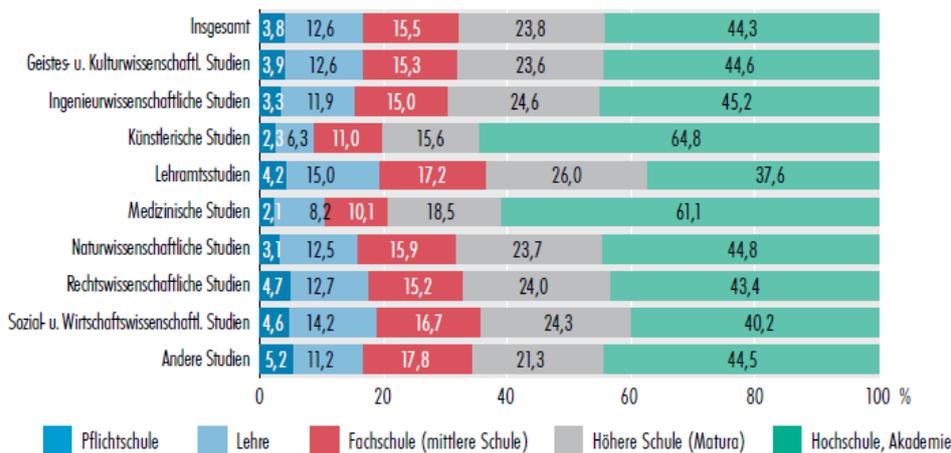


Q: STATISTIK AUSTRIA, Bildungsstandregister, Abgestimmte Erwerbsstatistik 2014. Als „Bildung der Eltern“ wird die höchste Bildung bezeichnet, die zumindest ein Elternteil abgeschlossen hat. – 1) Inkl. Aufbaulehrgänge und Schulen für Berufstätige, inkl. lehrer- u. erzieherbildende höhere Schulen, ohne Kollegs.

Abbildung 15: Bildung der Eltern von 18- bis 20-jährigen Masantinnen und Masanten 2014/15

Quelle: Statistik Austria 2017: 133, Abb. 2

In Abbildung 16 werden Bachelor- und Diplomstudien im ersten Semester an öffentlichen Universitäten nach Bildung der Eltern dargestellt.



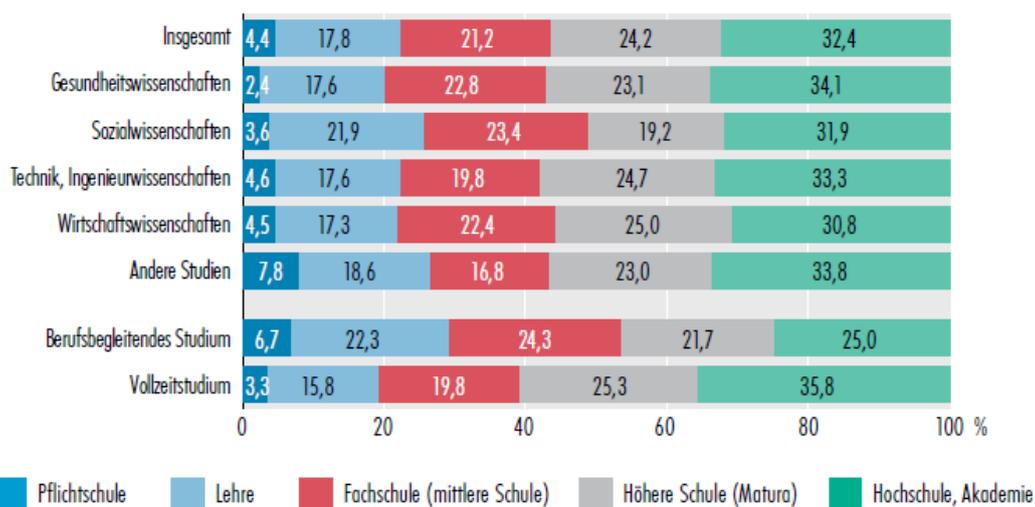
Q: STATISTIK AUSTRIA, Hochschulstatistik 2015/16. – Ohne Gaststudierende aus Mobilitätsprogrammen. Als „Bildung der Eltern“ wird die höchste Bildung bezeichnet, die zumindest ein Elternteil der oder des Studierenden abgeschlossen hat.

Abbildung 16: Bachelor- und Diplomstudien im ersten Semester an öffentlichen Universitäten nach Bildung der Eltern 2015/16

Quelle: Statistik Austria 2017 133, Abb. 3

Etwa 65% der Studierenden von künstlerischen Studien im ersten Semester im Wintersemester 2015/16 haben zumindest einen Elternteil mit Hochschulabschluss. Ähnlich hoch ist der Anteil auch bei medizinischen Studien mit 61,1%. Den geringsten Anteil mit 37,6% haben Lehramtsstudien. Insgesamt haben 44,3% der Studierenden im ersten Semester an öffentlichen Universitäten zumindest einen Elternteil mit Hochschulabschluss.

In Abbildung 17 werden Bachelorstudien im ersten Semester an Fachhochschulen nach Bildung der Eltern dargestellt. An den Fachhochschulen haben etwa 33% der Studierenden von technisch-ingenieurwissenschaftlichen Studien im Wintersemester 2015/16 zumindest einen Elternteil mit Hochschulabschluss. Die soziale Durchlässigkeit an Fachhochschulen besser als an Universitäten. Große Unterschiede gibt es an den Fachhochschulen zwischen berufsbegleitenden Studien und Vollzeitstudien. Bei berufsbegleitenden Studien gibt es einen viel höheren Anteil von Studierenden mit Eltern, die keine Matura abgeschlossen haben.



Q: STATISTIK AUSTRIA, Hochschulstatistik 2015/16. – Ohne Gaststudierende aus Mobilitätsprogrammen. Als „Bildung der Eltern“ wird die höchste Bildung bezeichnet, die zumindest ein Elternteil der oder des Studierenden abgeschlossen hat.

Abbildung 17: Bachelorstudien im ersten Semester an Fachhochschulen nach Bildung der Eltern 2015/16

Quelle: Statistik Austria 2017: 133, Abb. 4

Altzinger et al. haben in einem Beitrag für die Statistischen Nachrichten mit Daten der EU-SILC-Befragung 2011 die soziale Mobilität von Bildung über zwei Generationen in Österreich untersucht. Sie schreiben: „Die vorliegende Untersuchung

zeigt auch, dass die Persistenz von Bildung und ökonomischer Situation bei Personen mit Migrationshintergrund besonders stark ausgeprägt ist. Zentral dafür sind die geringen Aufstiegsmöglichkeiten von Personen mit Migrationshintergrund in Bezug auf das Bildungsniveau. (...) Dies bedeutet, dass die Bildungsmobilität bei Personen mit Migrationshintergrund wesentlich geringer ist als bei jenen ohne Migrationshintergrund. Somit besteht für diese Personen ein doppeltes Risiko: Zusätzlich zu den schwierigen finanziellen Verhältnissen des Elternhauses haben die betroffenen Kinder nur relativ geringe Aufstiegsmöglichkeiten in der Bildungshierarchie, womit bestehende soziale und ökonomische Probleme verfestigt werden. (...) Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass sowohl das Bildungsniveau als auch der finanzielle Hintergrund der Eltern mit dem Besuch einer vorschulischen Betreuungseinrichtung stark positiv korrelieren. (...) Weiters zeigt sich, dass Personen mit vorschulischer Erziehung überdurchschnittlich häufig eine AHS besuchen und darüber hinaus in allen Alterskohorten - sowohl bei Männern als auch bei Frauen - signifikant höhere Bildungsniveaus aufweisen, womit auch höhere Einkommen verbunden sind.“<sup>102</sup>

Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist eine Kumulation sozioökonomischer Risiken festzustellen. Die Risiken sind nichtdeutsche Alltagssprache, bildungsferner Haushalt und/oder niedriger Berufsstatus der Eltern. Auf ein Drittel der Volksschulkinder trifft mindestens eines dieser Risiken zu. „7 % der Schüler/innen weisen zwei oder mehr Herkunftsrisiken auf, 1 % gehört allen drei Risikogruppen an. Mehrfachzugehörigkeit zu Risikogruppen ist im dünn besiedelten ländlichen Raum wesentlich seltener als im dicht besiedelten Umfeld, wo 12 % der Kinder mehrere Bildungsrisiken tragen, darunter 3 % alle drei Risiken.“<sup>103</sup>

Etwa jede fünfte Person, die in Österreich lebt, hat Migrationshintergrund. 15% davon gehören der ersten Generation an, also Personen, die selbst und deren Eltern im Ausland geboren wurden, und 5% der zweiten Generation, die bereits in Österreich geboren wurden. In Wien ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 44% am höchsten, gefolgt von Vorarlberg mit 25% und Salzburg mit 21%. In den restlichen Bundesländern liegt der Anteil zwischen 10 und 18%. In Ballungsräumen ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

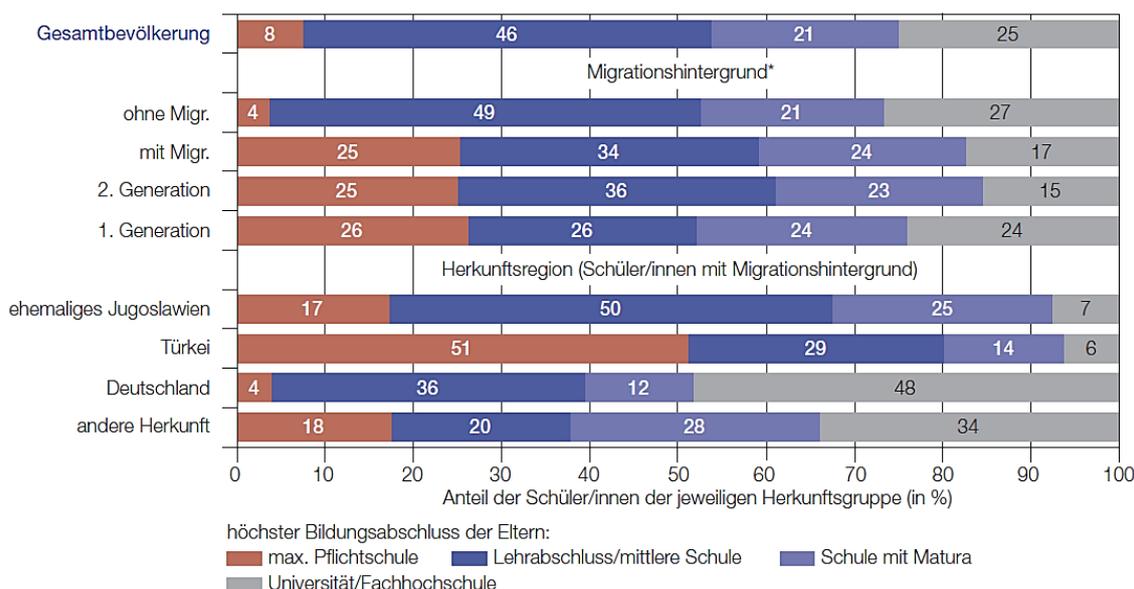
---

<sup>102</sup> Altzinger et al. 2013: 61

<sup>103</sup> Vogtenhuber et al. 2016a: 30

höher und erfordert daher andere pädagogische Rahmenbedingungen als eine Schule in einer dünn besiedelten Gegend.<sup>104</sup> Bei der Überprüfung der Bildungsstandards in der Volksschule wurden auch Daten zur familiären Herkunft und zum Sprachgebrauch erhoben. Durch das Ansteigen des Bildungsniveaus sinkt der Anteil der Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss in der Gesamtbevölkerung auf 8% im Jahr 2013. Bei einheimischen Kindern haben nur 4% der Kinder Eltern mit Pflichtschulabschluss, bei 49% haben die Eltern einen Lehrabschluss oder eine mittlere Schule und bei 48% mindestens eine Matura abgeschlossen.

Bei Kindern mit Migrationshintergrund hat jedes vierte Kind Eltern mit Pflichtschulabschluss, 34% haben Eltern mit Lehrabschluss, 24% haben eine Schule mit Matura abgeschlossen und 17% einen Hochschulabschluss, wie man in Abbildung 18 ablesen kann.



Anmerkung: Anteil fehlender Werte höchster Bildungsabschluss: 7,6 %. \*exkl. Schüler/innen, deren Eltern in Deutschland geboren sind. Migrationshintergrund ist in der BIST-Ü dann gegeben, wenn beide Elternteile außerhalb von Österreich und Deutschland geboren wurden. Fehlt die Angabe zum Geburtsland eines Elternteils, wird auf Basis der anderen Angabe entschieden.

Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-M4).

Abbildung 18: SchülerInnen der 4. Schulstufe nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern und Migrationshintergrund 2013

Quelle: Vogtenhuber 2016a: 29, Abb. A2.a

Interessant ist auch der Vergleich zwischen erster und zweiter Generation, da hier ein Trend zur Lehre zu beobachten ist. Der Anteil der Eltern mit Pflichtschul-

<sup>104</sup> vgl. Vogtenhuber et al. 2016a: 26f

abschluss bleibt quasi unverändert von 26 auf 25%, der Anteil der Eltern mit Lehrabschluss erhöht sich enorm von 26 auf 36%, der Anteil der Eltern mit mindestens Maturaabschluss verringert sich von 48 auf 38%. Auch ein Blick auf die Herkunftsregionen offenbart große Unterschiede. So hat fast jedes zweite Kind mit türkischem Migrationshintergrund Eltern mit max. Pflichtschulabschluss. Das Gegenteil trifft auf Kinder mit deutschem Migrationshintergrund zu: Hier haben 48% der Kinder Eltern mit einem Hochschulabschluss.

Die Studie „Bildung auf einen Blick 2018: OECD-Indikatoren“ enthält Informationen zu den verschiedenen Bildungssystemen, gibt Empfehlungen zum Aufbau, zur Finanzierung und Leistung der Bildungssysteme. In Österreich lag der Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter (25 bis 64 Jahren) im Jahr 2017 bei 32%, der OECD-Schnitt liegt bei 37%. Allerdings werden Schulabschlüsse der BHS als tertiäre Kurzausbildung mitgezählt und über einen Hochschulabschluss verfügen in Österreich nur 17%, der OECD-Schnitt liegt bei 30%. Die Ausgaben pro Schüler betragen 2015 von der Volksschule bis zur Hochschule etwa 12 000 € und waren somit weit höher als der OECD-Schnitt von etwa 8 500 €. Die Bildungsausgaben, gemessen am BIP, betragen in Österreich 4,9% und lagen nur wenig unter dem OECD-Schnitt von 5%.<sup>105</sup> Auch die UNICEF veröffentlichte 2018 eine Studie „An Unfair Start. Inequality in Children’s Education in Rich Countries“, welche die Ungleichbehandlung von Kindern in der Bildung aufzeigt. „Unser Bericht zeigt, dass Staaten ihren Kindern das Beste aus beiden Welten bieten können: Sie können hervorragende Bildungsstandards erreichen bei gleichzeitiger relativ geringer Ungleichheit. Aber alle reichen Länder können und müssen viel mehr für Kinder aus benachteiligten Familien tun, da sie am ehesten den Anschluss verlieren.“<sup>106</sup>, fordert Priscilla Idele, Direktorin von UNICEF Innocenti.

### 4.3 Bildungshomogamie

---

Bildungshomogamie schafft immer mehr Haushalte, in denen beide entweder gering qualifiziert oder beide hoch qualifiziert sind. Mau formuliert es spitz: „Heirateten Chefs früher ihre Sekretärinnen und Ärzte ihre Sprechstundenhilfen über

<sup>105</sup> vgl. ORF 2018: *Bildungsstudie: Zahlen und Schlaglichter*

<sup>106</sup> UNICEF Österreich 2018: *Presseaussendung. Neue UNICEF Studie*

Schichtgrenzen hinweg, lässt sich heute ein Trend zu Bildungshomogamie beobachten. Immer mehr Paare haben einen ähnlichen Bildungs- und Sozialstatus, wodurch die Gelegenheiten seltener werden, bei denen man andere Milieus kennen lernt und versteht, wie sie ticken und was sie bewegt. Im Grunde entstehen auf diese Weise jene Parallelgesellschaften, die in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund vermieden werden sollen.“<sup>107</sup>

In den USA wurden hunderttausende Paare zwischen 1960 und 2005 untersucht und man stellte fest, dass die veränderte Paarungsplanung zur Einkommensungleichheit in Haushalten beiträgt. Ihren Ergebnissen zufolge müsste der Gini-Koeffizient im Jahr 2005 von 0,43 auf 0,34 korrigiert werden, wenn die Heiratsmuster zufällig wären. Sozialer Aufstieg durch eine Heirat wird immer seltener und das verringert allgemein Aufstiegschancen. Man darf jedoch nicht außer Acht lassen, dass der Anteil von höher gebildeten Frauen in den letzten Jahrzehnten sehr stark gestiegen ist und es dementsprechend für Männer auch leichter geworden ist, Frauen mit demselben Bildungsgrad kennenzulernen. Dieser Trend führt allerdings dazu, dass sich höhere Gehälter, die oft von Akademikerinnen und Akademikern bezogen werden, auch auf Haushaltsebene konzentrieren und somit Einkommensungleichheiten sich weiter verschärfen.<sup>108</sup>

In Österreich haben Augustin et al. 2015 untersucht, welchen Einfluss verschiedene Bildungskombinationen der Paare auf die österreichische Vermögensverteilung haben, da „in rund 70% der Paarhaushalte in Österreich beide Partner den gleichen Bildungsgrad haben.“<sup>109</sup> In Tabelle 7 werden diese Ergebnisse dargestellt, die auf den Daten des HFCS 2010 basieren. Alle Paarhaushalte haben ein Durchschnittsnettovermögen von etwa 382 000 €, der Median beträgt 170 278 €. Das Bildungsniveau wurde in „Pflichtschule“, „Lehre/Matura“ und „Universität“ geteilt. Abgesehen vom Bildungsabschluss „Pflichtschule & Lehre/Matura“ im Vergleich zu „beide Pflichtschule“ gilt: Je höher der Bildungsabschluss, umso höher ist auch das Nettovermögen. Dass die letzte Zeile mit dem Bildungsabschluss „Pflichtschule & Universität“ in eckiger Klammer geschrieben wurde,

---

<sup>107</sup> ORF 2012: *Lebenschancen*

<sup>108</sup> vgl. The National Bureau of Economic Research 2014: *Marry Your Like: Assortative Mating and Income Inequality*

<sup>109</sup> vgl. Augustin et al. 2015: 385

liegt an der niedrigen Anzahl von sechs Haushalten mit dieser Bildungskombination, davon war ein Haushalt mit einem Nettovermögen von etwa 1,7 Mio. € dabei. Diese Zeile ist daher nicht aussagekräftig. Den höchsten Median haben Paare, die beide einen Universitätsabschluss haben, nämlich 245 806 €, das sind 144% des Medians aller Paarhaushalte. Danach folgt die Kombination „Lehre/Matura & Universität“ mit einem Nettovermögen von 196 747 €, das entspricht 116% des Medians aller Paarhaushalte. Den niedrigsten Median haben Paarhaushalte mit der Bildungskombination „Pflichtschule & Lehre/Matura“ mit 95 792 €, das entspricht 56% des Medians.

Tabelle 7: Nettovermögen nach Bildungskombinationen der Paare in Euro im Jahr 2010

	Durchschnitt	% vom Gesamtdurchschnitt	Median	% vom Median	N
Alle Paarhaushalte	381.854	100,0	170.278	100,0	1.242
<b>Beide Pflichtschule</b>	<b>227.705</b>	59,6	107.117	62,9	84
Pflichtschule & Lehre/Matura	225.880	59,2	95.792	56,3	249
<b>Beide Lehre/Matura</b>	<b>411.556</b>	107,8	188.686	110,8	697
Lehre/Matura & Universität	477.866	125,1	196.747	115,5	123
<b>Beide Universität</b>	<b>543.750</b>	142,4	245.806	144,4	83
[Pflichtschule & Universität	594.700	155,7	331.156	194,5	6]

Quelle: Augustin et al. 2015: 395, Daten: HFCS Daten mit Berechnungen unter Verwendung der Haushaltsgewichte, N = 1 242

Dass Bildungshomogamie Auswirkungen auf die Vermögensakkumulation hat, erklären die Autorinnen so: „Wenn zwei Personen mit Universitätsabschluss zusammenleben (...) sind auch potenziell beide besser über Investitionsmöglichkeiten informiert bzw. können sich darüber austauschen und haben beide häufig selber gut ausgebildete, vermögende Eltern. (...) Das hier zur Verfügung stehende soziale Kapital besteht aus nicht finanziellen Ressourcen, die unter anderem mit der Arbeitsmarktpartizipation, dem Zugang zu Informationen, Wissen und Fähigkeiten verbunden sind und gleichzeitig den Zugang zu Netzwerken beeinflusst. Dieses soziale Kapital ist jedoch segregiert, was bedeutet, dass die höheren sozialen Klassen in einer größeren Bandbreite an Netzwerken eingebettet sind. (...) Aufgrund der Ähnlichkeit der PartnerInnen teilen diese nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern [sic!] gegebenenfalls auch arbeitsbezogenes Wissen

und Ressourcen sowie den Zugang zu Netzwerken. (...) Der Zugang zu Netzwerken und Informationen ergibt sich aus dem sozialen Kapital und stellt eine zentrale Größe für die Akkumulation von Vermögen dar.“<sup>110</sup> Die Autorinnen warnen, dass diese Ungleichheiten über Generationen hinweg vertieft und Bildungschancen dadurch immer ungleicher verteilt werden. Sie empfehlen daher die Eindämmung von geographischer Segregation (z. B. eine Erweiterung des sozialen Wohnbaus), höhere Mobilität bei Bildung (z. B. kostenlose Vorschule) und Einkommen und Erbschaftssteuern.

---

<sup>110</sup> Augustin et al. 2015: 395f

## 5 Einkommensverteilung

Dieses Kapitel widmet sich der Einkommensungleichheit in Österreich, deren Entwicklung und deren Charakteristika. Zu Beginn werden einige Begriffe definiert, die in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.

Beim Einkommen handelt sich um eine Flussgröße, die in einer Zeiteinheit, wie zum Beispiel pro Jahr oder pro Monat gemessen wird. Man unterscheidet zwei Konzepte bei der Einkommensverteilung: die funktionale und personelle Einkommensverteilung.

Die funktionale Einkommensverteilung betrachtet, „wie groß der Anteil des Volkseinkommens ist, der vom Faktor Arbeit beansprucht wird im Gegensatz zu dem Anteil, der den Kapitaleignern zufließt.“<sup>111</sup>

Die personelle Einkommensverteilung ist die „Verteilung der Einkommen zwischen Personen und Haushalten, ist facettenreicher als die funktionale Einkommensverteilung und dadurch schwieriger zu beschreiben.“<sup>112</sup> Die Bezugsgrößen können sowohl einzelne Personen als auch Haushalte umfassen und hängen von der Fragestellung ab.

Eine weitere wichtige Größe in diesem Zusammenhang ist das Volkseinkommen, auch Sozialprodukt genannt. Hier werden alle Einkommen summiert: unselbstständige wie auch selbstständige Tätigkeiten, Vermögenseinkommen, Miet-, Zins- und Pachteinkommen.<sup>113</sup>

ArbeitnehmerInnenentgelte berücksichtigen Geld- und Sachleistungen der unselbstständig Beschäftigten und beinhalten neben Bruttolöhnen und -gehältern auch Sozialbeiträge der ArbeitgeberInnen.

Weitere wichtige Größen sind das Primär- und Sekundäreinkommen. Die Primäreinkommen umfassen Bruttolöhne und Bruttokapitaleinkünfte. Sekundäreinkommen hingegen umfassen das tatsächlich verfügbare Einkommen. Bei den verfügb-

---

<sup>111</sup> Stein 2013: 2

<sup>112</sup> ebd.

<sup>113</sup> vgl. Glocker et al. 2014: 250

baren Haushaltseinkommen werden die direkten Steuern von den Primäreinkommen abgezogen und andere Leistungen wie Familienbeihilfe, Arbeitslosengeld etc. hinzugefügt.

Über die Verteilung der Einkommen ist schon immer mehr bekannt gewesen als über die Verteilung der Vermögen. Dies war jedoch auf Einkommen aus Arbeit beschränkt, da Kapitaleinkommen oft ausgeblendet wurden. Forschungsergebnisse zur Verteilung von Kapitaleinkommen wurden erst mithilfe der HFCS-Daten möglich. Der HFCS ist die Abkürzung für Household Finance and Consumption Survey und ist „die erste Erhebung, die eine umfassende wissenschaftliche Analyse der finanziellen Situation privater Haushalte gemäß internationalen Standards ermöglicht.“<sup>114</sup> Das Projekt wurde in Österreich von der Österreichischen Nationalbank in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank (EZB) realisiert. Die ersten Daten wurden April 2013 veröffentlicht.

Durch die Umverteilungen des Sozialstaats sind die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich in Österreich nicht ganz so groß wie in anderen Ländern. Doch auch hier öffnet sich die Einkommensschere zusehends, wie Studien zeigen.

Folgende Studien wurden primär zur Analyse der Einkommensungleichheit in Österreich herangezogen:

- Humer, S. , Moser, M. , Schnetzer, M. , Ertl, M. , Kilic, A. (2014a): Einkommensverteilung in Österreich. Eine komparative Analyse von Mikrodatensätzen. Herausgegeben von der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Mayrhuber, C. , Glocker, C. , Horvath, T. , Rocha-Akis, S. (2015): Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich. WIFO-Beitrag zum Sozialbericht 2014-2015.

Es wurden diese beiden Studien ausgewählt, da sie zum einen sehr aktuell sind und zum anderen, weil sie viele verschiedene Datensätze verwenden und so Datenlücken schließen konnten, die bisher nicht genauer betrachtet werden konnten. Der Rechnungshof veröffentlicht gemeinsam mit der Statistik Austria alle

---

<sup>114</sup> ÖNB (o.J.): *Household Finance and Consumption Survey*

zwei Jahre (zuletzt 2018) den allgemeinen Einkommensbericht, der die durchschnittlichen Einkommen, getrennt nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen für die letzten zwei Jahre beinhaltet. Hier fehlen jedoch wichtige Daten, die bei der Studie von Humer et al. aufgegriffen werden.

## 5.1 Aktuelle Datenlage zu Einkommen

---

Marterbauer und Schürz stellen fest: „Unterschiede in der Entlohnung können wenigstens theoretisch aufgrund von unterschiedlichen Anstrengungen und Leistungen begründet werden, auch wenn praktisch die wachsende Kluft zwischen Spitzengehältern von Managern und Durchschnittsbezügen von Arbeitnehmern kaum zu rechtfertigen ist.“<sup>115</sup> Laut dem Wirtschaftsmagazin *trend* war Wolfgang Leitner, Vorstandsvorsitzender der Andritz AG, 2015 mit 3,7 Mio. € der bestbezahlte Manager Österreichs.<sup>116</sup> Das mittlere Bruttojahreseinkommen von unselbstständig Erwerbstätigen ohne Lehrlinge betrug laut Statistik Austria 26 273 € im Jahr 2015.<sup>117</sup> Leitner hat 2015 somit das fast 140-fache eines Durchschnittserwerbstätigen verdient.

Diese Ungleichmäßigkeiten sind in den USA noch viel ausgeprägter: So haben Chefs großer US-Konzerne 2015 laut einer Studie des Gewerkschaftsverbands AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations) im Schnitt das 335-fache eines Arbeiters derselben Firma verdient. Richard Trumka, Präsident der AFL-CIO, kritisiert die Einkommensungleichheit stark: 1980 betrug das Chefgehalt etwa das 40-fache der Belegschaft; 1990 war es schon das 100-fache.<sup>118</sup> Diese Ungleichheit macht selbst vor den US-Präsidentenwahlen im Jahr 2016 nicht Halt: Bernie Sanders unterlag Hilary Clinton bei der Vorwahl, obwohl er im Wahlkampf ein zentrales Thema hatte, das viele Emotionen bei vor allem jungen WählerInnen hervorrief: die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. So setzt sich der selbsternannte demokratische Sozialist für einen bundesweiten Mindestlohn, einer höheren Besteuerung von Reichtum,

---

<sup>115</sup> Marterbauer und Schürz 2008: 153

<sup>116</sup> vgl. *trend.at* 2016: *So viel verdienen Österreichs Top-Manager*

<sup>117</sup> vgl. Statistik Austria 2016: *Jährliche Personeneinkommen*

<sup>118</sup> vgl. *kurier.at* 2016: *US-Konzernchefs verdienen 335 Mal mehr als Arbeiter*

eine Reform des Finanzsystems und für eine gleichere Einkommensverteilung ein.<sup>119</sup>

Humer et al. haben in ihrer Analyse das Einkommenskonzept der Canberra Group verwendet, um die verschiedenen Datensätze besser vergleichen zu können. So werden Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Einkommen aus Vermögen unterschieden. Bei Einkommen aus Erwerbstätigkeit wird wiederum in Einkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit unterteilt.

### **5.1.1 Verteilung der Einkommen aus Erwerbstätigkeit**

Das WIFO stellt fest, dass „die Entwicklung und Verteilung der Löhne und Gehälter in Österreich (...) sowohl von der Anzahl und der Struktur der Beschäftigungen als auch von der Entlohnungshöhe bestimmt wird. Hier wiederum ist die Struktur des Arbeitskräfteangebotes wie auch die Arbeitskräftenachfrage bestimmend. (...) Das Arbeitskräfteangebot ist gekennzeichnet durch die Zunahme des Anteils der über 45-jährigen Erwerbspersonen und vom Rückgang des Anteils der Jüngeren.“<sup>120</sup> Laut ForscherInnen des WIFO fordert die Berufswelt formal immer höhere Bildungsabschlüsse bei gleichzeitiger Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Sie stellen fest: „Diese Entwicklung verschlechtert die Einkommenschancen jener, die schwächer am Arbeitsmarkt integriert sind und häufiger arbeitslos sind.“<sup>121</sup>

Zum Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit zählen auch Urlaubszahlungen, Abfindungen, Aufsichtsratsvergütungen, Provisionszahlungen und vieles mehr. Bei den selbstständig Erwerbstätigen setzt sich das Einkommen aus Gewinn oder Verlust der EigentümerInnen von Personengesellschaften und den geschätzten Werten von selbsterzeugten Waren und Dienstleistungen zusammen. Die Statistiken fokussieren sich wegen des Datenumfanges auf Löhne und Gehälter von ArbeitnehmerInnen und Gewinne oder Verluste der UnternehmerInnen.

---

<sup>119</sup> vgl. faz.net 2016: *Bernie Sanders. Das will der „demokratische Sozialist“*

<sup>120</sup> Mayrhuber et al. 2015: 18

<sup>121</sup> Mayrhuber et al. 2015: 18

## Einkommen aus unselbstständiger Arbeit

Tabelle 8 stellt die Verteilung der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit dar im Jahr 2009. So beträgt der Median für Bruttolöhne laut Berechnungen für LST, SILC und HFCS zwischen 21 500 und 24 500 €. Die Berechnungen für INT unterscheiden sich hier durch den Abzug der Sozialversicherungsbeiträge. Die für Einkommen typische rechtsschiefe Verteilung ist ersichtlich, da das Durchschnittseinkommen in allen Fällen höher ist als der Median.

Tabelle 8: Verteilung der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit

IC 1a	Individuen				Haushalte	
	LST	INT	SILC	HFCS	SILC	HFCS
<b>Bevölkerung</b>						
Fälle (Tsd.)	3.983	4.008	3.617	3.043	2.367	2.293
Partizipation	0,56	0,57	0,51	0,43	0,66	0,64
<b>Lagemaße</b>						
Durchschnitt	27.667	23.594	28.893	26.487	44.973	38.755
Median	23.612	19.458	24.500	21.759	36.743	31.325
Durchschnitt/Median	1,17	1,21	1,18	1,22	1,22	1,24
<b>Quantile</b>						
P10	2.334	2.280	6.509	7.824	10.450	10.731
P25	9.840	8.781	14.237	14.247	22.197	19.005
P75	36.811	30.492	36.400	32.542	58.633	49.854
P90	54.827	46.148	53.178	46.022	84.032	72.014
P95	70.246	61.557	67.200	60.489	106.731	92.535
P99	118.692	109.786	110.415	113.883	171.716	153.747
P75/P25	3,74	3,47	2,56	2,28	2,64	2,62
P90/Median	2,32	2,37	2,17	2,12	2,29	2,30
P90/P10	23,49	20,24	8,17	5,88	8,04	6,71
<b>Einkommensanteile</b>						
Top 10%	0,30	0,32	0,28	0,28	0,28	0,28
Top 5%	0,19	0,20	0,18	0,18	0,17	0,18
Top 1%	0,07	0,07	0,06	0,06	0,06	0,06
<b>Verteilungsmaße</b>						
Gini	0,45	0,46	0,39	0,37	0,40	0,39
Theil	0,38	0,38	0,27	0,25	0,28	0,26

Quelle: Humer et al. 2014a: 23

Das unterste Dezil zeigt sehr unterschiedliche Zahlen in den verschiedenen Datenquellen. Die Werte aus den Administrativdaten, nämlich LST und INT sind um ein Vielfaches niedriger als die Werte aus den Haushaltserhebungen SILC und HFCS. Die Autoren führen dafür zwei mögliche Begründungen an: Erstens sind in der LST auch Gehälter unter der Steuerfreibetragsgrenze von PraktikantInnen und FerialarbeiterInnen enthalten, und zweitens werden ärmere Haushalte in Befragungen oft untererfasst.

Das Bruttoeinkommen der unteren 10% betrug weniger als 2 334 €, während das reichste 1% über mehr als 118 692 € verdiente. So verfügten die Top 10% (die reichsten 10%) bei allen vier Berechnungen etwa 30% des Gesamteinkommens und die Top 5% etwa 20% des Gesamteinkommens. Die reichsten 25% verdienten im Schnitt das Zwei- bis Vierfache der unteren 25%, die reichsten 10% das bis zu 23-fache der unteren 10%. Der Gini-Koeffizient beträgt für LST und IT 0,45 bzw. 0,46. SILC und HFCS haben einen Gini-Koeffizienten von 0,39 bzw. 0,37. Die Haushalte, deren Berechnungen auf SILC und HFCS basieren, erhalten für die Einkommensanteile der Top 10%, Top 5% und Top 1% ähnliche Werte wie für die Individuen. Der Median beträgt je nach Berechnung zwischen 31 300 und 36 700 €, der Durchschnitt zwischen 38 700 und 45 000 €. Auch hier ist eine rechtsschiefe Verteilung festzustellen.

### Einkommen aus selbstständiger Arbeit

Tabelle 9 stellt die Verteilung der Einkommen aus selbstständiger Arbeit dar.

Tabelle 9: Verteilung der Einkommen aus selbstständiger Arbeit

IC 1b	Individuen			Haushalte	
	INT	SILC	HFCS	SILC	HFCS
<b>Bevölkerung</b>					
Fälle (Tsd.)	635	801	726	668	640
Partizipation	0,09	0,11	0,10	0,19	0,18
<b>Lagemaße</b>					
Durchschnitt	20.907	21.668	24.617	25.987	27.927
Median	7.561	13.200	14.122	15.188	16.380
Durchschnitt/Median	2,77	1,64	1,74	1,71	1,70
<b>Quantile</b>					
P10	810	603	1.899	773	2.000
P25	2.413	3.203	4.100	3.600	4.949
P75	18.956	27.000	29.658	32.800	35.205
P90	44.876	45.139	51.008	56.160	59.818
P95	76.311	71.173	81.072	92.007	89.724
P99	203.607	149.912	198.546	187.382	221.811
P75/P25	7,86	8,43	7,23	9,11	7,11
P90/Median	5,94	3,42	3,61	3,70	3,65
P90/P10	55,39	74,86	26,86	72,61	29,91
<b>Einkommensanteile</b>					
Top 10%	0,58	0,43	0,46	0,44	0,44
Top 5%	0,44	0,30	0,32	0,31	0,31
Top 1%	0,22	0,12	0,13	0,11	0,12
<b>Verteilungsmaße</b>					
Gini	0,71	0,60	0,59	0,60	0,59
Theil	1,15	0,69	0,67	0,69	0,65

Quelle: Humer et al. 2014a: 27

Die Autoren verweisen auch auf andere Untersuchungen, bei denen die Einkommen der Selbstständigen inklusive Einkommen aus unselbstständiger Arbeit analysiert wurden, da eine Zusammenführung beider Einkommen deutlich höhere Durchschnittswerte aufweist.

Interessant sind hier auch die Partizipationswerte: so hat jede 10. Person ein Einkommen aus selbstständiger Arbeit, bei den Haushalten hingegen ist es fast jeder 5. Haushalt. Auch das Verhältnis Durchschnitt/Median ist bei den Selbstständigen deutlich höher als bei den Unselbstständigen.

Bei den Quantilen gibt es wieder große Unterschiede zwischen den verschiedenen Datensätzen. Das unterste Dezil hat laut SILC weniger als 603 €, laut INT weniger als 810 € und laut HFCS weniger als 1 899 € verdient. Die Autoren führen das darauf zurück, dass lediglich in den SILC-Daten negative Einkommen zu finden sind. Bei den INT-Daten werden negative Einkommen zu „Nullfällen“ und bei den HFCS-Daten gab keine befragte Person Negativeinkommen an. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Quantil-Vergleiche: Während das P75/P25-Verhältnis zwischen 7,23 und 8,43 beträgt, beträgt das P90/P10-Verhältnis bereits zwischen 26,86 und 74,86.

Die Administrativdaten der Lohnsteuerstatistik weisen eine stärkere Konzentration bei den Top-Einkommen auf als die Befragungsdaten. So erhalten die Top 10% bei INT fast 60% des Gesamteinkommens, während es beim SILC bzw. beim HFCS nur 43 bzw. 46% sind. Auch bei den Top 1 % ist die Schwankungsbreite groß: bei INT nehmen sie 22%, beim SILC hingegen nur 12% des Gesamteinkommens ein.

### **5.1.2 Verteilung des Primäreinkommens**

Das Primäreinkommen setzt sich aus Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Vermögen und Produktion zusammen. Das Einkommen aus Produktion hingegen setzt sich aus Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit und Einkommen aus Haushaltsproduktion zusammen. In dieser Studie wurde die Haushaltsproduktion aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit ausgeklammert.

Da Vermögenseinkommen nur in den Haushaltsdaten des SILC und HFCS hinreichend abgedeckt werden, wurden hier nur Befragungsdaten verwendet. Kern

der Studie war herauszufinden, wie sich die Einkommensverteilung ändert, wenn auch Einkommen aus Vermögen dazugezählt werden. Daher haben die Autoren ein zusätzliches Einkommenskonzept eingeführt, das auch die Vermögenseinkommen der Haushalte miteinbezieht, die bereits Einkünfte aus Erwerbstätigkeit beziehen.

Tabelle 10: Vergleich Primäreinkommen der Erwerbstätigen und Einkommen aus Produktion

Verteilung der Primäreinkommen der Erwerbstätigen			Verteilung der Einkommen aus Produktion		
IC 6x	Haushalte		Haushalte		
	SILC	HFCS	SILC	HFCS	
<b>Bevölkerung</b>					
Fälle (Tsd.)	2.544	2.543	2.544	2.543	
Partizipation	0,71	0,71	0,71	0,71	
<b>Lagemaße</b>					
Durchschnitt	50.070	45.035	48.664	41.972	
Median	40.502	35.271	39.439	33.908	
Durchschnitt/Median	1,24	1,28	1,23	1,24	
<b>Quantile</b>					
P10	11.289	11.019	10.668	10.466	
P25	23.921	20.125	23.236	19.406	
P75	64.139	55.016	62.332	52.904	
P90	95.015	84.386	92.298	78.580	
P95	121.073	113.534	117.887	103.004	
P99	215.701	227.335	202.871	193.109	
P75/P25	2,68	2,73	2,68	2,73	
P90/Median	2,35	2,39	2,34	2,32	
P90/P10	8,42	7,66	8,65	7,51	
<b>Einkommensanteile</b>					
Top 10%	0,29	0,31	0,29	0,30	
Top 5%	0,18	0,21	0,18	0,19	
Top 1%	0,06	0,07	0,06	0,07	
<b>Verteilungsmaße</b>					
Gini	0,41	0,42	0,41	0,41	
Theil	0,30	0,32	0,30	0,29	

Quelle: Humer et al. 2014a: 35

In Tabelle 10 ist ein Vergleich zwischen der Verteilung der Primäreinkommen und der Verteilung der Einkommen aus Produktion abgebildet. Das Verhältnis Durchschnitt/Median hat sich im Vergleich vergrößert und deutet auf eine in Wirklichkeit ungleichere Verteilung hin. Ein Vergleich der Quantile bestätigt diese Annahme. So hat das reichste Prozent der Haushalte ein Einkommen von mindestens 215 701 bzw. 227 335 € in der neuen Berechnung. Bisher waren es 202 871 bzw. 193 109 €. Der Vergleich zeigt auch, dass sich Veränderungen

vor allem bei den oberen 10% ergeben haben. Vor allem beim HFCS sind große Unterschiede zu bemerken. Da sich der HFCS bei der Erhebung auf Vermögen fokussiert hat, sind diese Daten dem SILC hier überlegen.

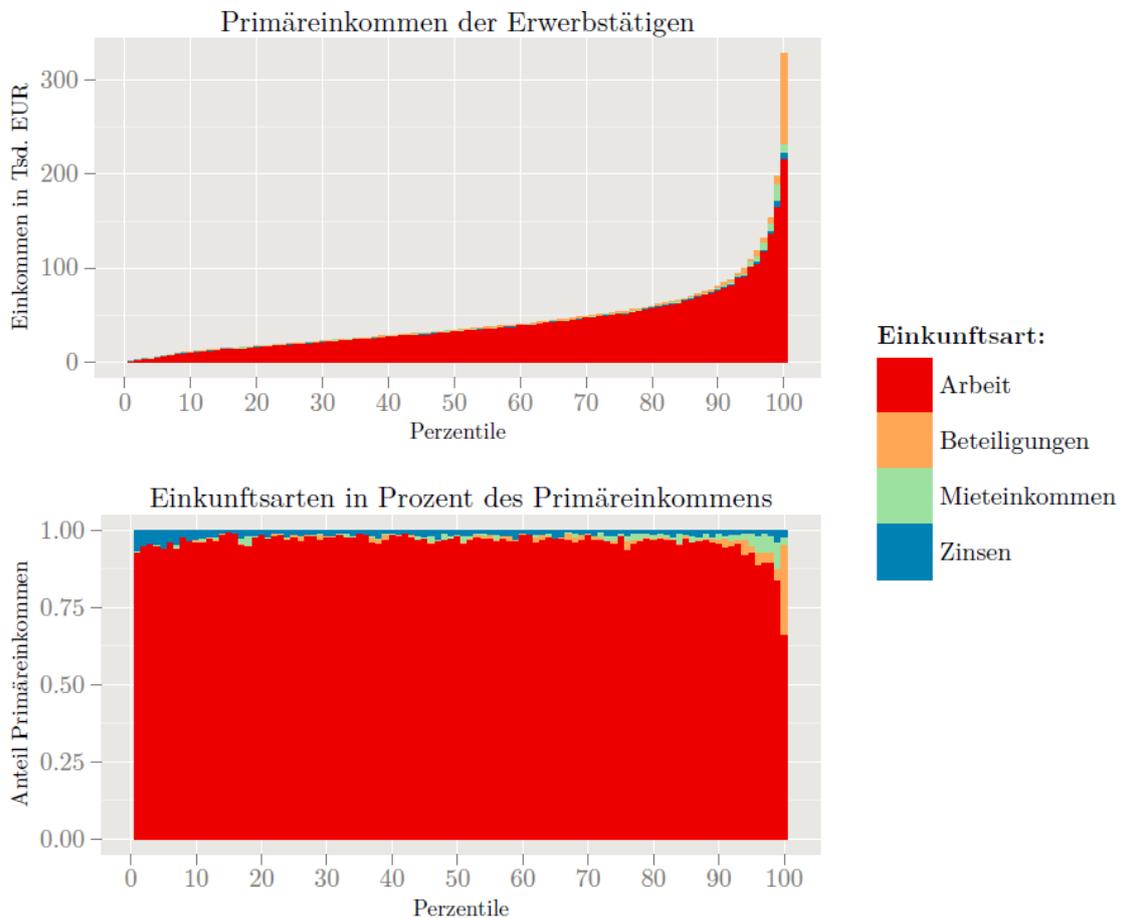


Abbildung 19: Zusammensetzung des Primäreinkommens aus Erwerbstätigkeit

Quelle: Humer et al. 2014a: 36

Abbildung 19 zeigt die Zusammensetzung des Primäreinkommens aus Erwerbstätigkeit. Die erste Abbildung zeigt das nach Höhe sortierte Durchschnittseinkommen der Primäreinkommen von Erwerbstätigen. Die zweite Abbildung bildet die Zusammensetzung von Haushaltseinkommen ab.

Hier erzielen die untersten 10% der Haushalte kurioserweise einen höheren Anteil der Zinsen am Primäreinkommen. Der Grund dafür: Es gibt Haushalte, deren größter Anteil am Gesamteinkommen aus Pensionen oder anderen öffentlichen Transfers besteht. Diese öffentlichen Transfers werden für die Berechnung des Primäreinkommens jedoch abgezogen und somit bleiben nur mehr geringe Einkünfte, wie zum Beispiel aus einer geringfügigen Beschäftigung oder aus einem

freien Dienstvertrag. Auch geringe Zinseinkommen machen sich hier bemerkbar; in den höheren Dezilen spielen sie aber keine große Rolle mehr.

Die Autoren stellen fest, dass Einkommen aus Vermögen erst ab dem neunten Dezil eine größere Rolle spielen. Das reichste Prozent erwirtschaftet etwa ein Drittel des gesamten Primäreinkommens aus Vermögen, das entspricht circa 100 000 € pro Jahr, also etwa 8 000 € pro Monat. Auch am oberen Rand der Verteilung ist eine ausgeprägte Heterogenität der Vermögenseinkommen ersichtlich, siehe Abbildung 20. Das reichste Prozent lukriert hohe Beiträge aus Unternehmensbeteiligungen, die Anteile aus Zins- und Mieteinkommen um ein Vielfaches übertreffen.

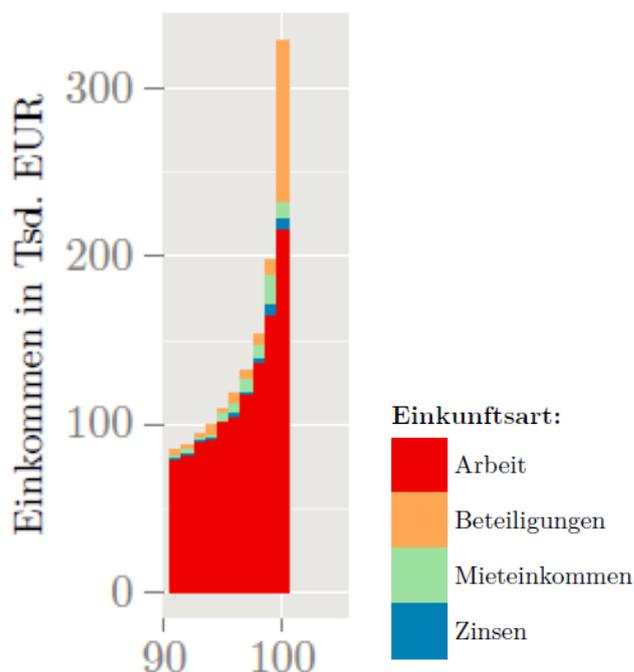


Abbildung 20: Primäreinkommen des 9. Dezils

Quelle: Humer et al. 2014a: 36

Die Autoren Humer et al. heben am Schluss ihrer Studie noch einmal hervor, wie wichtig Haushaltserhebungen wie SILC und HFCS sind, da herkömmliche Administrativdaten unterschiedliche Vermögensarten wie Unternehmensbeteiligungen oder Finanz- und Immobilienbesitz nicht abbilden. Neue Erkenntnisse lassen sich damit nun ableiten und bestätigen die Vermutung, dass Vermögenserträge für den Großteil der Bevölkerung nicht relevant sind.

Erst ab dem 9. Dezil stellen Vermögenseinkommen einen relevanten Beitrag zum Gesamteinkommen dar. Die Autoren kritisieren die hohe Besteuerung von Arbeit gegenüber Kapital, da Arbeit progressiv besteuert wird und Einkünfte aus Kapitalvermögen der Kapitalertragssteuer von 25% unterliegen. Mathias Moser, ein Studienautor, erklärt in einem Interview mit der Wiener Zeitung: "Wir sind überzeugt, dass dies eine konservative Berechnung ist, weil die sehr großen Vermögen im Land nach wie vor statistisch nur unzureichend erfasst sind."<sup>122</sup>

Auch Gerhard Zahler-Treiber von Attac Österreich kritisiert die Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen scharf: „Wer sein Geld für sich „arbeiten“ lassen kann, ist derzeit extrem begünstigt. Auch die höchsten leistungslosen Einkommen aus Zinsen, Dividenden sowie Aktien-Spekulationsgewinne sind mit 25% weit weniger besteuert wie mittlere Arbeitseinkommen. Sie sind zudem nicht sozialversicherungspflichtig“.<sup>123</sup>

Die Autoren stellen eine Besserstellung von vermögenden Haushalten gegenüber vermögensarmen Haushalten fest und fordern: „(...) im Sinne des horizontalen sowie vertikalen Leistungsfähigkeitsprinzips, sowie der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, ist eine Gleichstellung der Einkunftsarten im Steuersystem zu befürworten. Es ist aus dieser Perspektive nicht nachvollziehbar, weshalb Kapitalerträge gegenüber Arbeitseinkommen begünstigt werden.“<sup>124</sup>

Steiner geht noch weiter und fordert bessere Voraussetzungen für eine faire Verteilung der Erwerbseinkommen, um „das Auseinanderdriften der materiellen Lebenschancen zu verhindern.“<sup>125</sup> Dazu gehören seiner Meinung nach: Verringerung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Mindestlöhne, bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Verbesserung der Karrierechancen von Personen im Niedriglohnbereich.

---

<sup>122</sup> Göweil 2014: *Die totale Ungleichheit*

<sup>123</sup> Attac 2014: *Attac Presseaussendung*

<sup>124</sup> Humer et al. 2014a: 40

<sup>125</sup> Steiner 2012: 55

## 5.2 Verteilung nach Bildung und Geschlecht

In Abbildung 21 werden die mittleren Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten nach Bildung und Geschlecht 2017 dargestellt. Es gilt, außer bei Frauen, die eine höhere Schule abgeschlossen haben: Je höher die abgeschlossene Ausbildung, desto höher auch das mittlere Bruttojahreseinkommen. Das Durchschnittseinkommen erreichen Frauen mit Hochschulabschluss, Männer ab einem Fachschulabschluss.

Die geringsten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind bei Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen zu finden. Die größten Einkommensunterschiede gibt es bei einem Abschluss einer höheren Schule bzw. einer Hochschule.

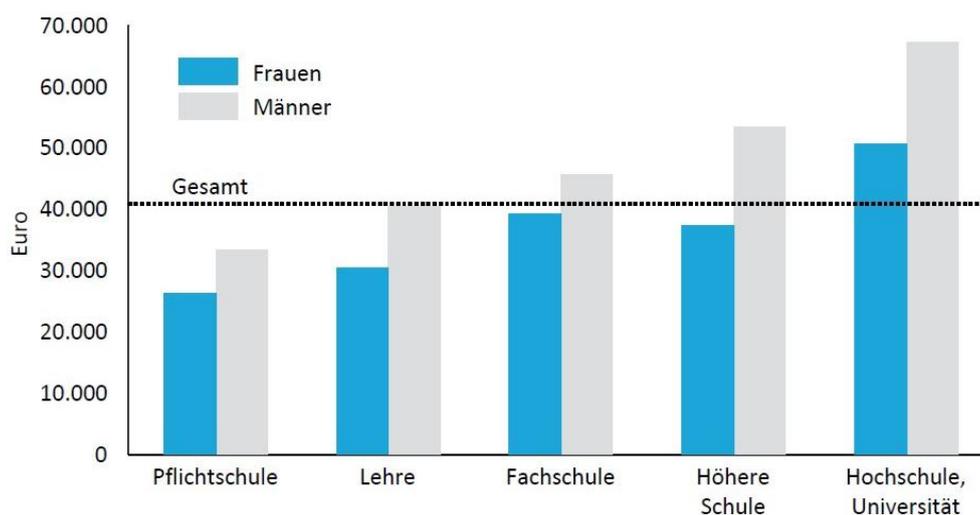


Abbildung 21: Mittlere Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten nach Bildung und Geschlecht 2017

Quelle: Rechnungshof 2018: 29, Datengrundlage: Statistik Austria 2018

Während Frauen nur mit einem Hochschul- oder Universitätsabschluss das mittlere Gesamtbruttojahreseinkommen übertreffen, erreichen dies Männer bereits ab einem Fachschulabschluss.

In Tabelle 11 werden die mittleren Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (unselbstständig Erwerbstätige ab 15 Jahren mit Wohnsitz in Österreich ohne Lehrlinge) nach Bildungsabschluss und Geschlecht 2017 dargestellt.

Tabelle 11: Mittlere Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten nach Bildungsabschluss und Geschlecht 2017

Funktion und Bildungsabschluss	Anzahl der Personen	Frauenanteil in %	Bruttojahreseinkommen			Frauenmedian in % des Männermedians
			Frauen und Männer	Frauen	Männer	
<b>Gesamt</b>	<b>2.047.300</b>	<b>33</b>	<b>41.638</b>	<b>36.786</b>	<b>44.114</b>	<b>83</b>
Pflichtschule	187.100	36	30.586	26.384	33.379	79
Lehre	886.400	19	38.498	30.405	40.493	75
Fachschule	214.300	51	42.003	39.278	45.783	86
Höhere Schule	353.100	41	45.175	37.306	53.422	70
Hochschule, Universität	406.400	47	59.609	50.772	67.362	75
<b>ArbeiterInnen</b>	<b>729.600</b>	<b>17</b>	<b>34.770</b>	<b>25.455</b>	<b>36.596</b>	<b>70</b>
Pflichtschule	141.100	34	29.694	24.828	32.071	77
Lehre	486.500	10	36.948	25.819	37.999	68
Fachschule	41.800	25	34.058	28.395	36.039	79
Höhere Schule	50.900	30	30.638	25.512	32.214	79
Hochschule, Universität	9.300	...	26.039	...	27.285	...
<b>Angestellte</b>	<b>930.000</b>	<b>40</b>	<b>47.446</b>	<b>37.955</b>	<b>56.321</b>	<b>67</b>
Pflichtschule	30.200	49	32.786	30.360	36.421	83
Lehre	294.500	(33)	40.976	(32.048)	47.853	(67)
Fachschule	117.900	58	43.575	39.609	50.392	79
Höhere Schule	236.600	41	48.124	37.193	58.954	63
Hochschule, Universität	250.900	38	60.935	48.955	68.951	71
<b>Vertragsbedienstete</b>	<b>230.100</b>	<b>57</b>	<b>41.685</b>	<b>40.360</b>	<b>43.895</b>	<b>92</b>
Pflichtschule	8.900	(53)	33.124	(29.646)	(36.754)	(81)
Lehre	60.900	29	36.191	31.108	38.843	80
Fachschule	34.400	74	39.639	39.472	40.212	98
Höhere Schule	34.600	66	41.682	40.694	44.184	92
Hochschule, Universität	91.300	66	51.264	46.478	64.310	72
<b>BeamtInnen</b>	<b>157.700</b>	<b>34</b>	<b>58.613</b>	<b>58.962</b>	<b>58.481</b>	<b>101</b>
Pflichtschule	6.800	...	49.068	...	49.958	...
Lehre	44.600	(10)	50.720	(46.512)	51.669	(90)
Fachschule	20.300	31	52.531	48.115	54.656	88
Höhere Schule	31.000	33	59.684	51.015	63.626	80
Hochschule, Universität	54.900	58	66.347	64.033	79.009	81

Unselbstständig Erwerbstätige ab 15 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Ohne Lehrlinge.

Quelle: Statistik Austria, 2018. Lohnsteuer-/HV-Daten und Mikrozensusdaten.

Quelle: Rechnungshof 2018: 141f, Datengrundlage: Statistik Austria 2018

In der Studie wird darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse teilweise zu hinterfragen sind: „Insgesamt haben aber nur 8 % aller ArbeiterInnen eine höhere Schule oder eine Hochschule/Universität abgeschlossen und die wenigen Personen mit Hochschul-/Universitätsabschluss unter den ArbeiterInnen sind möglicherweise in Jobs tätig, die nicht ihrem Qualifikationsniveau entsprechen. Daher

sind diese Ergebnisse einerseits aufgrund der relativ geringen Fallzahl und andererseits aufgrund der inhaltlichen Besonderheiten mit Vorsicht zu interpretieren.“<sup>126</sup>

Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass mit höherem Bildungsabschluss auch höhere Bruttojahreseinkommen einhergehen. Angestellte sind mit 930 000 Personen die größte Gruppe, gefolgt von 729 600 ArbeiterInnen, 230 100 Vertragsbediensteten und 157 700 BeamtInnen. Wichtig ist, hier noch einmal darauf zu verweisen, dass nur ganzjährig Vollzeitbeschäftigte erfasst wurden. Der Frauenanteil der Teilzeitbeschäftigten beträgt 82% (786 100 Personen), bei Vollzeitbeschäftigten nur 33% (682 300 Personen).

Bei Angestellten gibt es einen großen Einkommensunterschied zwischen den Bildungsabschlüssen einer höheren Schule und einer Hochschule bzw. einer Universität. So erhöht sich das mittlere Bruttojahreseinkommen von Frauen und Männern von 48 124 € auf 60 935 €. Betrachtet man Frauen und Männer getrennt, wird der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern noch deutlicher. Weibliche Angestellte mit einem höheren Schulabschluss verdienen im Schnitt 37 193 €, mit Hochschulabschluss 48 955 €. Männliche Angestellte mit einem höheren Schulabschluss verdienen 58 954 €, mit Hochschulabschluss sind es sogar 68 951 €. Bei Angestellten verdienen Männer mit dem Abschluss einer Fachschule (50 392 €) bereits mehr als Frauen mit einem Hochschulabschluss (48 955 €). Der Frauenmedian beträgt bei Angestellten mit Abschluss einer höheren Schule nur 63% des Männermedians. Hier ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern am größten. In der Studie verweist man auf die unterschiedlichen Schultypen. Viele Burschen besuchen höhere technische Lehranstalten, Mädchen hingegen besuchen eher humanberufliche Schulen, wie beispielsweise die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik. Auch bei ArbeiterInnen mit einem Lehrabschluss beträgt der Frauenmedian nur 68% des Männermedians. Auch hier verweist man auf „sogenannte Frauen- und Männerberufe (...), zwischen denen die Einkommensunterschiede stark ausgeprägt sind.“<sup>127</sup>

---

<sup>126</sup> Rechnungshof 2018: 141

<sup>127</sup> Rechnungshof 2018: 142

Wie erwartet sind die Geschlechtsunterschiede bei Vertragsbediensteten (92%) eher niedrig. Unter BeamtInnen verdienen Frauen sogar um 1% mehr als Männer. Aber auch hier sollte man die Zahlen mit Vorsicht genießen, denn der Frauenanteil ist mit 34% bei BeamtInnen eher niedrig.

Laut dem allgemeinen Einkommensbericht 2018 des Rechnungshofes betrug das mittlere Bruttojahreseinkommen von unselbstständig erwerbstätigen Frauen im Jahr 2017 nur 63% des mittleren Männereinkommens. In Zahlen ausgedrückt: Frauen erzielten ein mittleres Bruttojahreseinkommen von 21 178 €, Männer hingegen 33 776 €. Die Progressivbesteuerung in Österreich verringert diesen Einkommensnachteil auf 69% des Männereinkommens bei Nettoeinkommen, da niedrigere Einkommen niedriger besteuert werden.<sup>128</sup> Die Studienautoren schreiben, dass ein großer Teil dieser Einkommensdifferenz auf den hohen Anteil der Frauen in Teilzeitberufen zurückzuführen ist. Werden allerdings nur ganzjährig Vollzeitbeschäftigte miteinander verglichen, erreicht das Bruttojahreseinkommen der Frauen trotzdem nur 83% des mittleren Männereinkommens. Es bleibt also ein signifikanter Unterschied zwischen dem Einkommen von Männern und Frauen.

Auf diese Ungerechtigkeit macht auch der internationale Aktionstag „Equal Pay Day“ aufmerksam, der 2019 in Österreich am 26. Februar stattfand. In diesem Jahr haben Frauen (symbolisch) 58 Tage unbezahlt gearbeitet.<sup>129</sup>

In Abbildung 22 werden die unselbstständig Erwerbstätigen ohne Lehrlinge in vier Einkommensgruppen geteilt und ihre Balken nach Geschlecht eingefärbt. Es ist eindeutig zu erkennen, dass viele Frauen in der unteren Hälfte der Einkommensgruppen vertreten sind. Je höher die Einkommensgruppe, desto geringer ist der Frauenanteil. In der unteren Hälfte der Einkommensgruppen sind Frauen überdurchschnittlich vertreten. In den höheren Einkommensgruppen hingegen sinkt ihr Anteil rapide. Der Frauenanteil insgesamt beträgt 47%. Im niedrigsten Viertel der Einkommen sind 57% Frauen vertreten; im zweiniedrigsten Viertel sind es sogar 63%. Das höchste Viertel hat einen Frauenanteil von nur mehr 29%.

---

<sup>128</sup> vgl. Rechnungshof 2018: 78f

<sup>129</sup> vgl. Business and Professional Women Austria 2019: *EPD 2019 in Österreich*

## Einkommensverteilung

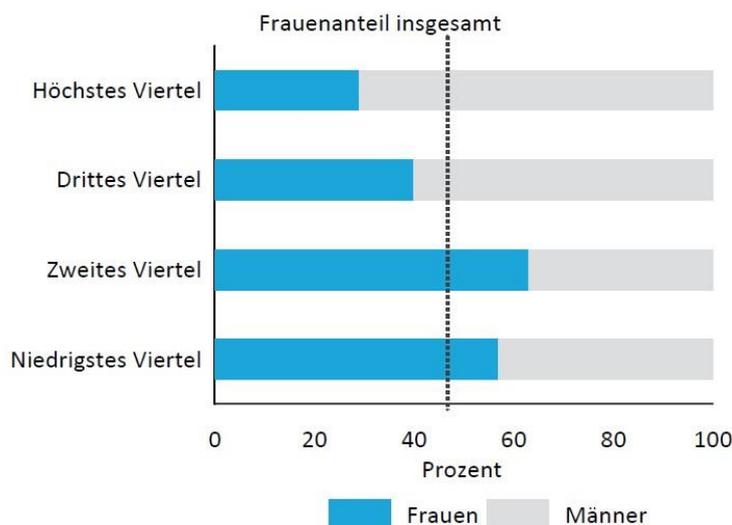


Abbildung 22: Unselbstständig Erwerbstätige nach Einkommensgruppen und Geschlecht 2017

Quelle: Rechnungshof 2018, Datengrundlage: Statistik Austria 2018

Die Studienautorinnen und -autoren haben auch die soziale Stellung genauer betrachtet und hierfür vier Gruppen gebildet: ArbeiterInnen, Angestellte, Vertragsbedienstete und BeamtInnen. Es gilt: Je höher die soziale Stellung, desto geringer die Geschlechtsunterschiede und desto höher auch die Einkommen.

Auch eine genauere Betrachtung der Branchen soll zeigen, wo weitere Unterschiede liegen. Laut dem Einkommensbericht 2018 sind die Branchen mit den höchsten mittleren Bruttojahreseinkommen die Energieversorgung, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und Information und Kommunikation. Die niedrigsten Einkommen hingegen gibt es in der Beherbergung und Gastronomie, Kunst, Unterhaltung und Erholung und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen wie zum Beispiel Gebäudereinigung und -betreuung.<sup>130</sup>

Die Einkommensungleichheit zwischen den Branchen korreliert auch mit der oben beschriebenen Geschlechterungleichheit. Die Branche mit dem höchsten Bruttojahreseinkommen 2017 war laut dem Einkommensbericht des Rechnungshofes die Energieversorgung mit 56 152 €. Der Frauenanteil beträgt hier nur 20%, der Anteil der Vollzeitarbeitenden ist mit 88% sehr hoch.

Die niedrigsten Einkommen hingegen gibt es in der Beherbergung und Gastronomie. Das Bruttojahreseinkommen betrug nur 11 395 €, der Frauenanteil beträgt

<sup>130</sup> vgl. Rechnungshof 2018: 108f

hier 58%, der Anteil der Vollzeitangestellten nur 56%. Auch im Gesundheits- und Sozialwesen mit einem Frauenanteil von 78% verdient man im Schnitt mit 23 338 € unterdurchschnittlich. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten liegt hier bei 37%.<sup>131</sup>

Auch die Kollektivvertragsabschlüsse im Jahr 2018 spiegeln wider, was bisher mit den bisher genannten Zahlen gezeigt wurde: Der Handelskollektivvertrag erhielt eine Erhöhung der Gehälter um mindestens 2,5% ab 1.1.2019 für etwa 400 000 Personen. Es gibt einen Rechtsanspruch auf die 4-Tage-Woche, auf Altersteilzeit und Bildungskarenz und höhere Anrechnungszeiträume von Karenzzeiten.<sup>132</sup> Der Handel ist geprägt von eher niedrigen Gehältern, niedrigen Qualifikationen und einer hohen Frauenquote. Im Einzelhandel ist die Hälfte der Beschäftigten geringfügig oder teilzeitangestellt. Einige der oben genannten Einigungen wie zum Beispiel Bildungskarenz und 4-Tage-Woche bleiben für den Großteil der Frauen wohl Illusion.<sup>133</sup>

Ganz anders sieht der Abschluss der Metaller-Kollektivvertrag Mitte November 2018 aus. Rückwirkend gibt es für die etwa 130 000 Beschäftigten rund 3,46% mehr Lohn. Es werden elfte und zwölfte Stunde am Tag mit 100% Zuschlag abgegolten, bei Arbeitszeiten von mehr als zehn Stunden gibt es eine bezahlte Pause von mindestens zehn Minuten. Auch der 150%-Zuschlag bei Sonn- und Feiertagsarbeit wurde dauerhaft verankert.<sup>134</sup>

Die Unterschiede zwischen den Branchen zeigen sich also nicht nur in den Einkommen, sondern auch in den Abschlüssen der Kollektivverträge.

---

<sup>131</sup> vgl. Rechnungshof 2018: 91ff

<sup>132</sup> vgl. Löffler 2018: *Nächtliche Einigung im Handel: Rechtsanspruch auf Vier-Tage-Woche kommt*

<sup>133</sup> vgl. Hausbichler 2018: *Frauenarbeit bleibt billiger*

<sup>134</sup> vgl. Hoepke und Schaffer 2018: *Einigung bei Metaller-KV: Im Schnitt gibt es plus 3,46 Prozent*

## 6 Vermögensverteilung

Dieses Kapitel handelt von Vermögensungleichheit, Superreichen, dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS), dessen Zielen, Zusammensetzung und Korrekturen. Anschließend werden die Ergebnisse der letzten Welle des HFCS zusammengefasst und ein abschließendes Fazit präsentiert.

Warum es überhaupt so wichtig ist, die Bestände und Konzentration privater Vermögen zu betrachten, begründen die Studienautoren Ferschli et al. so: „Ein präziser Wissenstand über die Bestände und Verteilung der privaten Vermögen einer Volkswirtschaft ist nicht nur Ausgangspunkt wirtschaftspolitischer Richtungsentscheidungen, sondern leistet auch einen wesentlichen Beitrag zum wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs, der so transparenter und objektiver geführt werden kann. Aus akademischer Sicht ist derartiges Wissen zentral für die Beurteilung und Diskussion unterschiedlicher ökonomischer Theorien und Modelle, während in praktischer Hinsicht pragmatische Fragen nach den sozialen Folgen der Vermögensungleichheit oder möglichen Steueraufkommen relevant erscheinen.“<sup>135</sup>

Wenn es um die Forschung zur Verteilung von Vermögen geht, unterscheidet man im Groben zwei wichtige Bereiche:

1. Verteilung und Konzentration von hohem Vermögen, die daraus resultierenden demokratiepolitischen und sozioökonomischen Effekte wie auch deren steuerpolitische Implikationen
2. Struktur von Vermögen mit dem Fokus auf die verschiedenen Arten von Vermögen<sup>136</sup>

Erhebungen über Vermögen erweisen sich als sehr schwierig. Schenk, ein Sozialexperte, glaubt, es gebe zu wenig Interesse, Reichtum zu erforschen. Er prangert an, dass Reiche auf Privatsphäre pochen dürfen, während Arme ihr Einkommen offenlegen müssen.<sup>137</sup>

---

<sup>135</sup> Ferschli et al. 2017: 5

<sup>136</sup> vgl. Humer et al. 2014b: 1

<sup>137</sup> vgl. Linsinger 2013: *Warum wir so wenig über Reichtum und Vermögen wissen*

Diese Geheimhaltung wird auch von Michael Hartmann, einem deutschen Elitenforscher, kritisiert. Hartmann unterscheidet sehr genau zwischen Elite und Reichtum, da diese Begriffe fälschlicherweise synonym verwendet werden. „Wenn jemand Millionär ist und sein Geld bloß auf dem Sparsbuch liegen lässt, gehört er nicht zur Elite. Wenn er es nutzt, um Einfluss zu nehmen, dann schon.“<sup>138</sup>

Bei der Reichtumskonferenz 2013 in Wien erklärt Hartmann, dass Reichtum und Macht zwar korrelieren, aber nicht jeder Mensch mit Macht auch reich sei. Das Problem liege allerdings woanders, denn über Reichtum werde kaum gesprochen und auch Reiche reden ungern über ihren Reichtum. Das spiegelt sich auch im Armuts- und Reichtumsbericht 2017 in Deutschland wider, der stolze 656 Seiten lang ist, aber dem Reichtum nur rund 45 Seiten widmet.<sup>139</sup>

Im Sozialbericht, der alle zwei Jahre vom Sozialministerium herausgegeben wird, steht 2017: „Österreich ist ein reiches Land. Die Pro-Kopf Einkommen sind höher als jemals zuvor in der Geschichte Österreichs und beträchtliche private Vermögen wurden seit Jahrzehnten kontinuierlich aufgebaut. Das darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass die Einkommen und Einkommenschancen sehr ungleich und die Vermögen extrem ungleich verteilt sind.“<sup>140</sup> Vor allem die besonders hohe Konzentration der Vermögen und die mangelnde Datenlage werden kritisiert.

Die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) hat mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht 2004 für Österreich geleistet, „dass in Österreich nicht nur Armut, sondern auch Reichtum offenkundig gleichzeitig zunehmen. Es konnte aufgezeigt werden, dass Verteilungsprozesse im Gang sind, welche auf der einen Seite eine wachsende Zahl von armutsgefährdeten Menschen produzieren, und auf der anderen Seite zu einem enormen Wachstum von Einkommen und Vermögen, insbesondere Geldvermögen, führen.“<sup>141</sup> 2008 erschien der zweite Armuts- und Reichtumsbericht.

---

<sup>138</sup> Cwiertnia 2018: *Interview mit Michael Hartmann*

<sup>139</sup> vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales Deutschland 2017: *Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*

<sup>140</sup> BMASK 2017: 5

<sup>141</sup> ÖGPP 2008: 3

Seit die Vermögenssteuer 1994 und die Erbschaftsteuer 2008 abgeschafft wurden, gibt es kaum Daten zu Reichtum. So plädiert sogar Erste-Group-Chef Andreas Treichl für beide Steuern. Eine Erbschaftsteuer sollte für mehr Chancengleichheit halten eine Gesellschaft in Schwung, denn: „Ich bin ein Vertreter der Leistungsgesellschaft, und erben ist keine Leistung.“<sup>142</sup> Treichl forderte Transparenz und prangerte die Steuerschlupflöcher an, die in den Panama Papers auftauchten und legte noch nach, denn: "Je reicher man ist, desto einfacher ist es, Steuern zu vermeiden."<sup>143</sup>

Dass mittlerweile sogar Millionäre selbst diese zunehmende Schere zwischen Arm und Reich erkannt haben, beweisen die „Patriotic Millionaires“, eine Gruppe von mehr als 200 Menschen in den USA, die entweder ein Jahreseinkommen von über 1 Million US-Dollar oder Vermögen von 5 Millionen US-Dollar besitzen. Sie sind für eine Anhebung des Mindestlohns, wollen den Einfluss von Korruption in der Politik bekämpfen und befürworten eine progressive Steuerstruktur. Sie glauben, dass die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit sowohl für die Gesellschaft als auch für die Wirtschaft schlecht ist. Vorsitzender der „Patriotic Millionaires“ ist Morris Pearl, ehemaliger Manager bei BlackRock, einer der größten Investmentfirmen der Welt.<sup>144</sup>

Die Vision der „Patriotischen Millionäre“:

1. Every American deserves as much political power as millionaires.
2. Every American who works full time should be able to afford their basic needs.
3. Millionaires and large corporations – who have benefitted most from our country's assets – should pay a larger percentage of the tab for running the country.<sup>145</sup>

Das sozioökonomische Panel (SOEP) ist ein Projekt zu Deutschlands größter Haushaltsumfrage und gehört zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Auch in Deutschland werden keine Vermögensteuern mehr erhoben und bei Kapitaleerträgen greift die pauschale Abgeltungsteuer. SOEP-Direktor Jürgen

---

<sup>142</sup> derstandard.at 2018: *Erste-Group-Chef Treichl: „Erben ist keine Leistung“*

<sup>143</sup> ebd.

<sup>144</sup> vgl. Patriotic Millionaires 2010: *Who we are*

<sup>145</sup> Patriotic Millionaires 2010: *Our Values*

Schupp fordert: „Um die Vermögensverteilung vernünftig analysieren zu können, brauchen wir eine neue Stichprobe im obersten Vermögenssegment.“<sup>146</sup> Derzeit müssen Forscherinnen und Forscher ökonometrische Schätzverfahren anwenden und Simulationen berechnen, die dann weniger aussagekräftig sind.

Bei Reichtum gibt es keine einheitlichen Definitionen. Man kann Armut über das Einkommen definieren (zum Beispiel gilt laut Eurostat-Definition jemand als armutsgefährdet, wenn dieser Person weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung stehen), bei Reichtum ist das jedoch schwierig. Da Vermögen ungleicher als Einkommen verteilt ist, ist eine Definition von Reichtum basierend auf Einkommen wie beispielsweise das oberste Einkommensprozent, willkürlich und nicht nachvollziehbar. Es gibt Reichenlisten, die allerdings auch nur auf Schätzungen basieren.

Der Großteil des Volksvermögens gehört in einer marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft den inländischen privaten Haushalten. Wichtig ist hier die Unterscheidung zwischen Inlandskonzept und Inländerkonzept: das Inlandskonzept berücksichtigt das Volksvermögen innerhalb eines Landes; das Inländerkonzept berücksichtigt das Vermögen der in einem Land Ansässigen. Das Volksvermögen nach dem Inländerkonzept besteht daher aus dem Eigentum des Staats, der Organisationen ohne Erwerbszweck, wie zum Beispiel Kirchen, Vereine oder Gewerkschaften, der privaten Haushalte und dem Nettoauslandsvermögen.<sup>147</sup>

Da die vorliegende Arbeit die Vermögensungleichheit zwischen privaten Haushalten vergleicht, ist es unerlässlich, die Komponenten von Vermögen genauer zu betrachten:

- Sachvermögen in Form von Grundeigentum in In- und Ausland
- Gebrauchsvermögen, wie zum Beispiel Gold, Schmuck, wertvolle Sammlungen, Hausrat und Kraftfahrzeuge
- Geldvermögen in Form von Forderungen gegenüber dem Staat, Unternehmen, Finanzinstitutionen und dem Ausland
- Beteiligungsvermögen von börsenmäßig gehandelten Aktien und Eigentumsrechte an Unternehmen und Finanzinstitutionen im In- und Ausland

---

<sup>146</sup> Losse 2017: *Warum wir so wenig über Reiche wissen*

<sup>147</sup> vgl. Frick und Grabka 2008: 152f

- Negatives Geldvermögen als Verbindlichkeiten, wie zum Beispiel Hypotheken oder Konsumentenkredite

Der Saldo aller oben genannten Komponenten bildet das Nettovermögen des Haushaltssektors.<sup>148</sup>

Zu den Funktionen von Vermögen zählen:

- 1) Einkommensfunktion: Durch Zinserträge kommt es zu weiterem Einkommenszuwachs.
- 2) Nutzungsfunktion: Sachvermögen kann selbst genutzt werden oder Freiheitsspielräume schaffen.
- 3) Sicherungsfunktion: Vermögen kann bei Bedarf aufgebraucht werden.
- 4) Machtfunktion: Große Vermögen verleihen wirtschaftliche und politische Macht.
- 5) Soziale Statuserhaltungsfunktion: Bewahrung eines hohen Status
- 6) Sozialisationsfunktion: Erziehung und Ausbildung von Kindern
- 7) Vererbungsfunktion: Vermögen kann vererbt oder verschenkt werden.<sup>149</sup>

Vermögen nimmt also viele verschiedene Funktionen ein, die mitunter ganz selbstverständlich sind. Die Einkommens- bzw. Nutzungsfunktion trifft bei Menschen zu, die zum Beispiel ihre Eigentumswohnung vermieten bzw. sie selbst nutzen. Die Sicherungsfunktion ist vor allem für Menschen wichtig, die eher ein niedriges Einkommen beziehen. Macht- und Statuserhaltungs- und Vererbungsfunktion ist wiederum eher für Reiche besonders wichtig. Leider wird die Machtfunktion in der ökonomischen Literatur vernachlässigt, kritisieren die Autoren Mooslechner und Schürz.<sup>150</sup>

In einem Interview spricht Bach, Verteilungsforscher am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung über Vermögen: „Global gesehen gibt es durch die Vermögenskonzentration Tendenzen zu Plutokratie und Refeudalisierung. (...) Aber Unternehmerfamilien - und dabei handelt es sich meist bei unseren Superrei-

---

<sup>148</sup> vgl. Frick und Grabka 2008: 153

<sup>149</sup> vgl. Frick und Grabka 2008: 154f

<sup>150</sup> vgl. Mooslechner und Schürz 2009: 276

chen - haben auch hierzulande enormen Einfluss auf die Politik. Sie haben direkten Zugang zu Kanzlerin, Ministerpräsidenten und Parteien. Ihre Verbände haben viel Geld, um Medienkampagnen zu führen.“<sup>151</sup>

Folgende Studien wurden primär zur Analyse der Vermögensungleichheit in Österreich herangezogen:

- Eckerstorfer, P. , Halak, J. , Kapeller, J. , Schütz, B. , Springholz, F. , Wildauer, R. (2013): Vermögen in Österreich. Bericht zum Forschungsprojekt „Reichtum im Wandel“.
- Ferschli, B. , Kapeller, J. , Schütz, B. , Wildauer, R. (2017): Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. ICAE Working Paper Series, No. 72.
- Humer, S. , Moser, M. , Schnetzer, M. , Ertl, M. , Kilic, A. (2014b): Sozioökonomische Charakteristika der Vermögensverteilung in Österreich. Eine Analyse des HFCS 2010. Herausgegeben von der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Die Studie von Ferschli et al. 2017 verwendet als Ausgangspunkt die Studie von Eckerstorfer et al. 2013 und erweitert die bisherige Annahme einer Pareto-Verteilung um den Aspekt selektiver Antwortverweigerungen.<sup>152</sup>

## 6.1 HFCS in Österreich

---

Analysen zu Vermögen sind erst seit dem Household Finance and Consumption Survey in Österreich wirklich möglich, denn die Datenqualität bei Vermögen ist im Gegensatz zu Einkommensdaten deutlich schlechter. Der HFCS wurde bereits auf Seite 39 kurz erklärt und wird in diesem Kapitel eine wichtige Rolle einnehmen. Erstmals wurden Daten zu Sach- und Finanzvermögen, Verbindlichkeiten und Ausgaben privater Haushalte erfasst. Die Daten des HFCS erklären „inwiefern sich die sozioökonomische Struktur von Haushalten an verschiedenen Positionen der Vermögensverteilung unterscheidet.“<sup>153</sup>

---

<sup>151</sup> Diekmann 2018: *Das verhöhnt die Chancengleichheit*

<sup>152</sup> vgl. Ferschli et al. 2017: 2

<sup>153</sup> Humer et al. 2014b: 2

Somit ist eine wissenschaftliche Analyse der finanziellen Situation privater Haushalte gemäß internationalen Standards nun erstmals möglich, denn der HFCS ist die bisher umfassendste Erhebung von Vermögen im europäischen Wirtschaftsraum. „Das Projekt wird in Österreich von der Österreichischen Nationalbank (OeNB) in enger Zusammenarbeit mit den anderen nationalen Zentralbanken des Eurosystems und der EZB realisiert. Das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) führte gemeinsam mit der OeNB alle drei Wellen der Befragung der privaten Haushalte durch. Die ersten beiden Wellen des euroraumweiten HFCS erfolgten in Österreich in den Jahren 2010/2011 und 2014/2015.“<sup>154</sup> Im Jänner 2019 wurden die ersten Ergebnisse der dritten Welle, die in den Jahren 2016/2017 stattfand, veröffentlicht.<sup>155</sup>

### 6.1.1 Ziele des HFCS

Ziel der Erhebung ist es, „Informationen zur Struktur der Vermögensbestandteile und Verbindlichkeiten der Haushalte im Eurowährungsgebiet zu erlangen. (...) Gerade für eine Zentralbank sind Daten zu den Finanzen und zu den Ausgaben der Haushalte unverzichtbar, da sie dazu beitragen, die wirtschaftliche Analyse in Bezug auf Geldpolitik und Finanzmarktstabilität zu verbessern. Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass nicht nur die Höhe der Haushaltsverschuldung im Aggregat – wie sie aus Makrodaten berechnet werden kann – für Stabilitätsrisiken wichtig ist, sondern die spezifische Belastung unterschiedlicher Einkommens-, Berufs- und Altersgruppen. (...) Im Euroraum liefert der HFCS vergleichbare Strukturinformationen über die privaten Haushalte, die auch der Weiterentwicklung von Prognosemodellen und Mikrosimulationen dienen.“<sup>156</sup>

Die befragten Haushalte der HFCS-Erhebung wurden zufällig ausgewählt. Die Teilnahme war freiwillig. Auf Basis privat genutzter Briefkästen wurde sichergestellt, dass alle Haushalte in Österreich eine positive Wahrscheinlichkeit haben, an der Befragung teilzunehmen. Die Interviewerinnen und Interviewer wurden intensiv geschult, um die computergestützten Interviews professionell durchführen zu können. Zudem gab es programmierte Konsistenzchecks, die während des

---

<sup>154</sup> ÖNB (o.J.): *Über die Erhebung*

<sup>155</sup> vgl. Fessler et al. 2017: Eurosystem Household Finance and Consumption Surveys 2017. First results for Austria

<sup>156</sup> ÖNB (o.J.): *Ziele der Erhebung*

Interviews die Angaben überprüft haben. Danach wurden stichprobenartig Haushalte telefonisch kontaktiert und das Interview geprüft. Die Haushaltsdaten wurden zusätzlich noch von Experten kontrolliert und bei Problemen wurden die Haushalte noch einmal kontaktiert und die erhobenen Informationen kontrolliert. War dies jedoch nicht möglich, wurden die Daten dieser Haushalte entfernt. Ziel der HFCS-Erhebung ist, „die komplette Haushaltsbilanz der Haushalte abzubilden, in der sowohl Flussgrößen (wie Einkommen und Konsum) als auch Bestandgrößen (wie Verschuldung und Vermögen) enthalten sind. Der Themenfokus der HFCS-Erhebung wird von keiner Erhebung in Österreich abgedeckt. Obschon unterschiedliche Einkommensarten von der EU-SILC-Erhebung erfasst werden, fehlen hier Informationen zu den Verbindlichkeiten und zum Vermögen. Des Weiteren werden im HFCS (...) alle Haushalte in Österreich in die Erhebung miteinbezogen. Somit ermöglichen die Informationen des HFCS in Österreich die komplette Haushaltsbilanz und das Netto-Vermögen zu untersuchen.“<sup>157</sup>

Der Fragebogen besteht aus einem gemeinsam beschlossenen, harmonisierten Teil, der für alle teilnehmenden Länder gleich ist, und aus einem national spezifischen Teil. Im gemeinsamen Teil wurden Fragen zum Sachvermögen und dessen Finanzierung, andere Verbindlichkeiten, Unternehmungen, Finanzvermögen, Schenkungen und Erbschaften, Konsum und Sparen beantwortet. Im national spezifischen Teil wurden Fragen zu einzelnen Haushaltsmitgliedern, zu deren demografischen Charakteristika, Beschäftigung, Altersvorsorge und Einkommen beantwortet.<sup>158</sup>

Wie in Abbildung 23 zu sehen ist, setzen sich die Vermögenspositionen der Haushalte aus Sach- und Finanzvermögen zusammen. Bei Sachvermögen sind das primär Immobilienvermögen und Fahrzeuge. Auch Wertgegenstände wie zum Beispiel Schmuck gehören dazu. Erst für Vermögende spielt Unternehmens-eigentum eine wichtige Rolle. Finanzvermögen beziehen sich vor allem auf Spar-einlagen, Girokonten und Investmentprodukte. Das Nettovermögen berechnet man dann aus der Differenz zwischen Bruttovermögen und Verschuldung.

---

<sup>157</sup> ÖNB (o.J.): *FAQ zum HFCS in Österreich*

<sup>158</sup> vgl. ÖNB (o.J.): *Inhalte der Erhebung*

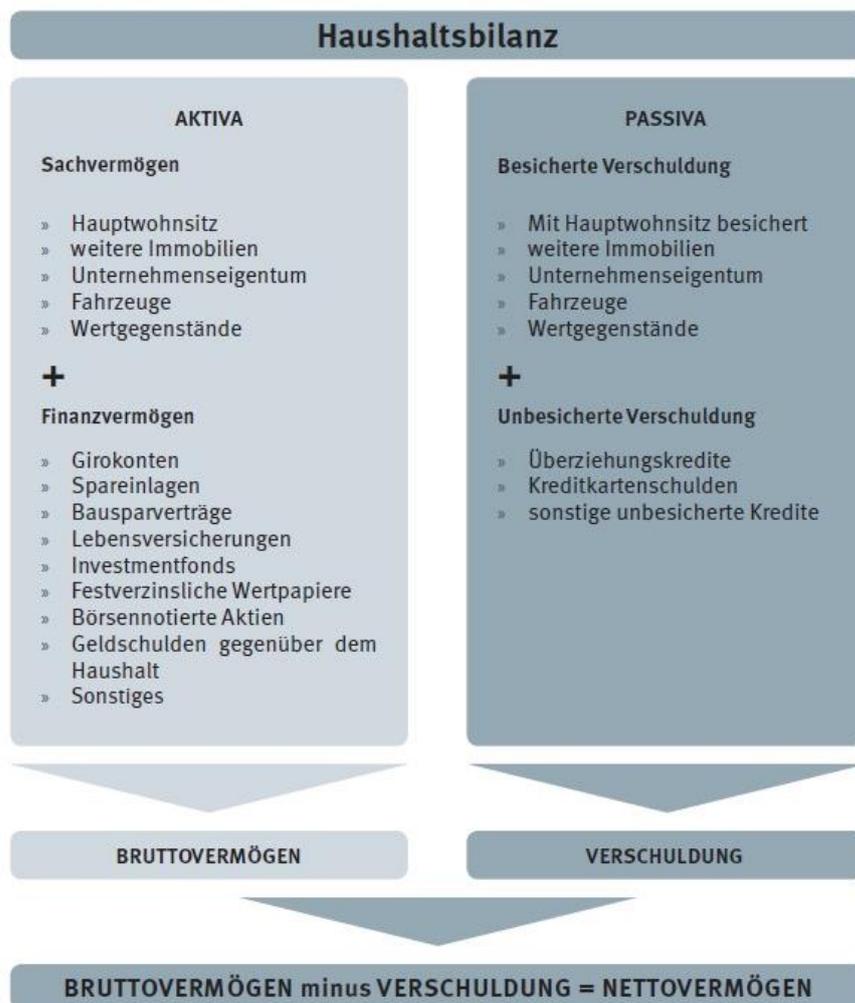


Abbildung 23: Vermögensbilanz der privaten Haushalte nach HFCS

Quelle: Andreasch et al. 2012: 255

Die Erhebungseinheit des HFCS ist ein Haushalt und der kann eine Person sein, aber auch eine „Gruppe von Personen, die gemeinsam in einem privaten Haushalt leben oder gemeinsam wirtschaften, also die Ausgaben des Lebensunterhalts gemeinsam tragen und darüber entscheiden.“<sup>159</sup>

Die Bruttostichprobe der ersten Welle im Jahr 2010/2011 betrug 4 436 Haushalte, wobei 2 380 erfolgreich interviewt wurden und somit die Nettostichprobe bilden. In der zweiten Welle im Zeitraum 2014/2015 betrug die Bruttostichprobe 6 308 Haushalte, die Nettostichprobe 2 997. In der dritten Welle betrug die Bruttostichprobe 6 280 Haushalte, es nahmen 3 072 Haushalte erfolgreich teil.<sup>160</sup> Laut EZB

<sup>159</sup> ÖNB 2016: 11

<sup>160</sup> vgl. ÖNB 2018: *Dokumentation*

werden voraussichtlich ab Herbst 2019 die Daten aller Euroraum-Länder aus der dritten Welle für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt.

Aufgrund des Anstiegs der selektiven Antwortverweigerungen bei der zweiten Welle der Erhebung wurde die Methode zur Schätzung des oberen Verteilungsrandes um den Aspekt selektiver Antwortverweigerungen (non-response bias) erweitert. Probleme bestehen in der unzureichenden Erfassung der sehr großen Vermögen und der selektiven Antwortverweigerungen. Besonders reiche Haushalte werden oft unterschätzt, haben aber einen großen Einfluss auf die Gesamtwerte. Für diese beiden Probleme wäre es möglich, die Stichprobe mit einem Oversampling-Verfahren zu bearbeiten, um das Verhältnis der Variablen in der Stichprobe der Grundgesamtheit anzupassen. In Österreich wurde dieses Verfahren zur besseren Erfassung der Reichen neben Griechenland und Malta nicht angewendet. Das Oversampling-Verfahren wurde nur regional für Wiener Haushalte angewendet, „da aus vorangegangenen Erhebungen bekannt ist, dass in Wien niedrigere Teilnahmeraten zu erwarten sind. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass genügend Wiener Haushalte an der Erhebung teilnehmen und eine entsprechende Präzision der Schätzer auch für Wien gewährleistet ist.“<sup>161</sup>.

Diese Unterschätzung der reichsten Haushalte versuchen Ferschli et al. 2017 in der Studie zu korrigieren und stützen sich dabei auf die Arbeit von Eckerstorfer et al. 2013, die in ihrer Arbeit für die Abbildung sehr reicher Haushalte die Pareto-Verteilung gewählt haben.<sup>162</sup>

---

<sup>161</sup> Fessler et al. 2010: 58

<sup>162</sup> Ferschli et al. 2017: 6

## 6.1.2 Korrekturen am HFCS

Die Pareto-Verteilung beschreibt ein Potenzgesetz, das in den Naturwissenschaften, aber auch sozialwissenschaftlichen Fragestellungen zur Anwendung kommt. Die Pareto-Verteilung wurde nach Vilfredo Pareto, einem italienischen Ökonomen benannt, und ist eine stetige Wahrscheinlichkeitsverteilung für stetige Zufallsvariablen. Sie liefert eine gute Näherung für das obere Ende der Verteilung und ist aufgrund „ihrer großen Bekanntheit im spezifischen Fachdiskurs ideal für eine möglichst breite Kommunikation und schnelle Verständlichkeit der erreichten Ergebnisse.“<sup>163</sup> Da aber genau das obere Ende der Verteilung großen Einfluss auf Schätzwerte hat, ist die Pareto-Verteilung für die ökonomische Verteilungsforschung ein wichtiges Instrument.

Die Datenkorrektur wird in Abbildung 24 bildlich erklärt: Mithilfe des Cramer-von-Mises Tests wird ein Ansatzpunkt bestimmt. Die Daten oberhalb dieses Punkts (bei Eckerstorfer et al. 2013 ab 4 Millionen Euro) werden entfernt und durch neu generierte Daten ersetzt, die mithilfe der Pareto-Verteilung erzeugt wurden.

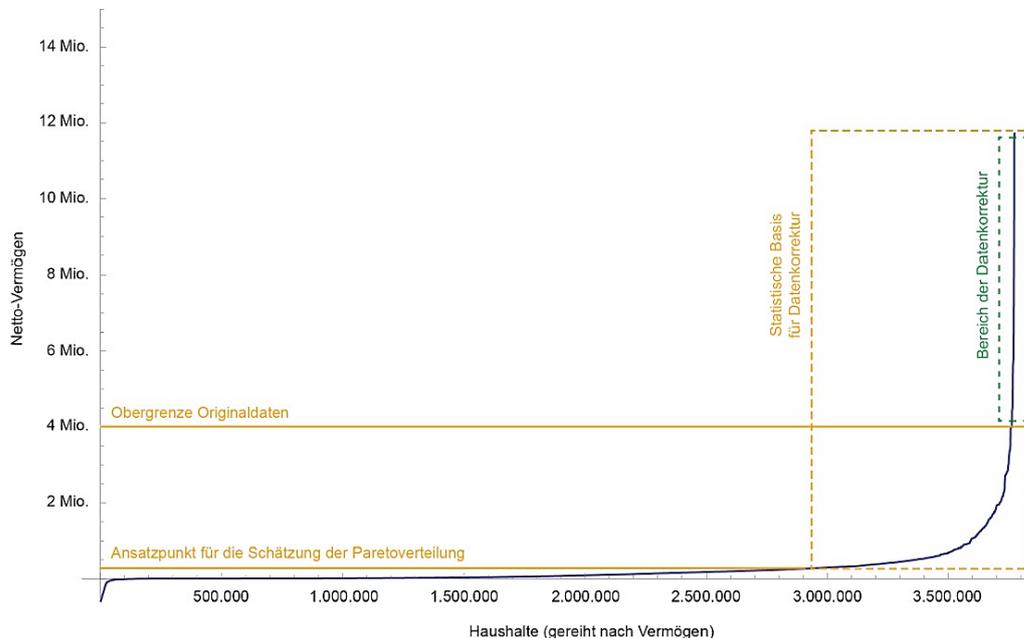


Abbildung 24: Veranschaulichung der Methode zur Daten-Korrektur

Quelle: Eckerstorfer et al. 2013: 21

<sup>163</sup> Eckerstorfer et al. 2013: 17

Bei Daten, die auf Umfragen basieren, können zwei typische Probleme auftreten: Zum einen können bzw. wollen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei gewissen Fragen keine Antwort geben (item non response), und zum anderen das Problem des non-response bias, bei dem Ergebnisse verzerrt werden, weil die Befragten andere Antworten geben als die, die nicht befragt wurden.

Dem Problem der partiellen Antwortausfälle (item non response) kann durch multiple Imputationen entgegengewirkt werden. Hier wird ein fehlender Wert mittels Imputation ersetzt, damit man diesen Datensatz aufgrund fehlender Angaben nicht löschen muss, sondern ihn weiterverwenden kann. Dabei reflektieren multiple Imputationen auch die Unsicherheit der imputierten Werte. Daher wird dieser Prozess für jede Beobachtung fünf Mal wiederholt. Diese Korrektur wurde in Eckerstorfer et al. 2013 zur ersten Welle angewendet.<sup>164</sup> Strukturelle Probleme, wie der Antwortausfall (non-response) oder das Problem, dass vermögende Haushalte im Zufallssampling aufgrund der geringen Anzahl unterrepräsentiert werden (non-observation), werden durch die Imputationen nicht korrigiert.<sup>165</sup>

Die Studie von Ferschli et al. 2017 zur zweiten Welle geht noch einen Schritt weiter und versucht auch das Problem des non-response bias zu berücksichtigen, da in der zweiten Welle die Antwortverweigerungsrate gestiegen ist. Mittels Monte-Carlo-Simulationen suchten die Studienautoren ein geeignetes Schätzverfahren und es stellte sich heraus, dass der QQ-Schätzer in Kombination mit einer Reichenliste die besten Ergebnisse liefert. Hierzu wurden die Daten der Trend-Reichenliste mit Bezugsjahr 2014 herangezogen.<sup>166</sup>

## 6.2 Aktuelle Datenlage zu Vermögen

---

Die Verteilung der Vermögen ist sehr schwierig zu erfassen. Vermögen kann durch Schenkungen, Erbschaften, Vermögens- und/oder Arbeitseinkommen aufgebaut werden. Vermögenseinkommen wiederum kann beispielsweise durch Vermietung, Kursgewinne, Zinsen oder Dividenden erfolgen. Beim Arbeitseinkommen unterscheidet man zwischen Unselbstständigen und Selbstständigen.

---

<sup>164</sup> vgl. Eckerstorfer et al. 2013: 8f

<sup>165</sup> vgl. Ferschli et al. 2017: 9

<sup>166</sup> vgl. Ferschli et al. 2017: 6, 22f

Im Jahr 2010 betrug das Gesamtvermögen der privaten Haushalte etwa 1 000 Milliarden Euro und damit etwa das 3,5-fache des BIP in Österreich.

Abbildung 25 beschreibt die Zusammensetzung der Nettovermögen nach Perzentilen. Die untersten 40 Prozent besitzen kaum nennenswerte Vermögen, die untersten 5 Prozent haben sogar ein negatives Nettovermögen aufgrund der Verschuldung. Ab dem 90. Perzentil wird die Zunahme des Nettovermögens exponentiell; Sachvermögen in Form von Immobilien, Betrieben oder Unternehmensbeteiligungen machen den Großteil des Vermögens aus.

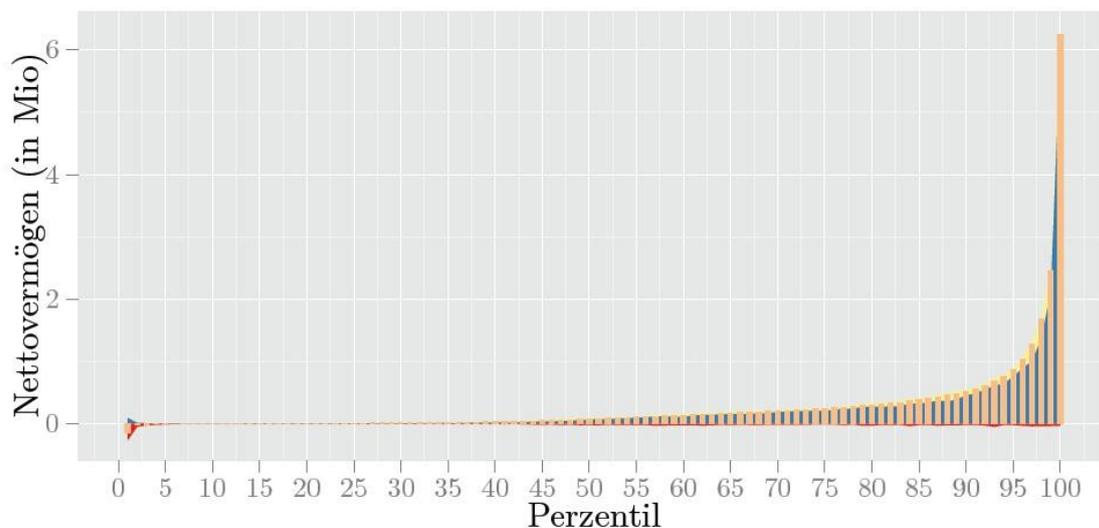


Abbildung 25: Durchschnitt der Vermögenskomponenten nach Perzentilen 2010

Blau: Sachvermögen, gelb: Finanzvermögen, rot: Verschuldung, orange: Nettovermögen, Quelle: Humer et al. 2014b: 8

Humer et al. finden heraus, dass der Anteil der Hausbesitzer im 5. und 6. Dezil ansteigt und sich im weiteren Verlauf bei etwa 90% einpendelt. Betriebsvermögen ist noch stärker konzentriert: Im 9. Dezil besitzen 15 Prozent und im 10. Dezil jeder zweite Haushalt Betriebsvermögen. Auch das Betriebsvermögen der Wirtschaftsklasse „Land- und Forstwirtschaft bzw. Fischerei“ ist sehr stark konzentriert: Vom 9. Dezil von 3,4% der Haushalte steigt der Anteil auf 27% im 10. Dezil. Insgesamt zeigen die Daten, „dass das Bildungsniveau stark mit Vermögen korreliert, was am Anstieg des Gesamtvermögens zu sehen ist. Ein Blick auf die einzelnen Vermögenskategorien zeigt, dass der Besitz von weiteren Immobilien,

aber auch das Halten riskanter Finanzvermögen deutlich mit dem Bildungsniveau ansteigt.“<sup>167</sup>

Selbstständige haben ein Vielfaches der Vermögen von unselbstständig Beschäftigten. Das ist erkennbar am Wert der Wohnsitzimmobilie, dem Besitz von weiteren Immobilien und beim Betriebsvermögen. Das mit Abstand größte Gesamtvermögen weisen Haushalte mit einer Landwirtschaft auf: hohe Werte beim eigenen Wohnsitz und hohe Betriebsvermögen und überdurchschnittlich hohes Finanzvermögen, das eher konservativ angelegt wird. Führungskräfte und akademische Berufe haben auch überdurchschnittliche Gesamtvermögen, weisen die höchsten Finanzvermögen auf und halten einen großen Teil davon in riskanten Anlagen.<sup>168</sup>

Insgesamt stellen der Immobilien- und Grundbesitz den Großteil des Vermögens privater Haushalte dar. Von 2010 bis 2016 stieg das Immobilienvermögen um fast ein Drittel und somit deutlich stärker als das Finanzvermögen. „Das Finanzvermögen der privaten Haushalte betrug Ende Juni 2016 rund 610 Mrd EUR. Das entspricht etwa dem Dreifachen des netto verfügbaren Einkommens. Das geschätzte Immobilienvermögen der Haushalte belief sich auf rund 781 Mrd EUR.“<sup>169</sup>

Fessler et al. haben sich 2009 in einer Studie mit dem Immobilienvermögen privater Haushalte beschäftigt und ein Intervall von 690 bis 880 Mrd. Euro für das gesamte Immobilienvermögen ermittelt. Der Anteil des Immobilienvermögens am Gesamtvermögen wird für Österreich zwischen 62% und 68% geschätzt.<sup>170</sup>

---

<sup>167</sup> Humer et al. 2014b: 14

<sup>168</sup> vgl. Humer et al. 2014b: 14

<sup>169</sup> ÖNB 2016: *Geringes Risiko ist für Österreichs Privathaushalte wichtiger als Erträge*

<sup>170</sup> Fessler 2009: 127

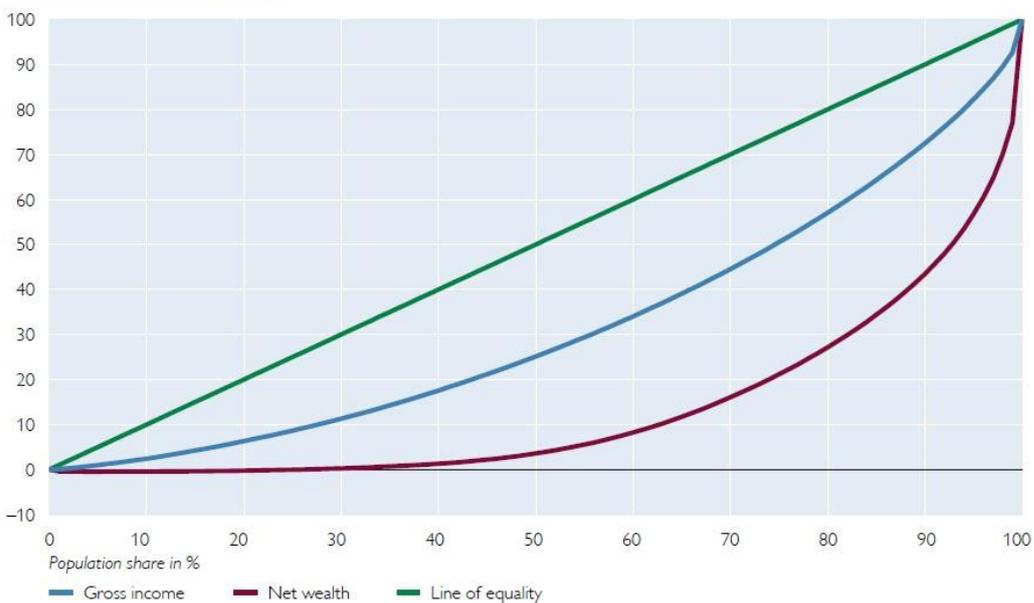
Erste Ergebnisse zur dritten Welle, die 2016/17 stattfand, wurden im Jänner 2019 präsentiert. Fessler et al. haben zehn Besonderheiten bei allen drei Wellen festgestellt, wobei einige eher allgemein sind und manche für Österreich charakteristisch.

### 1. Vermögen ist ungleicher verteilt als Einkommen.<sup>171</sup>

In Abbildung 26 werden die Lorenzkurven von Bruttoeinkommen blau und Nettovermögen rot dargestellt. Die Kurve des Nettovermögens ist sehr viel weiter von der Gleichverteilungsgeraden entfernt als die Kurve des Bruttoeinkommens. Daher ist Vermögen viel ungleicher verteilt als Einkommen. So haben die ärmsten 50% etwa 25% des Bruttoeinkommens, aber nur etwa 3% des Nettovermögens. Erkennbar sind auch die „Knicks“, die beim reichsten Prozent eine große Steigung aufweisen. Beim Nettovermögen ist dies noch ausgeprägter als beim Bruttoeinkommen und zeigt die starke Konzentration von Bruttoeinkommen bzw. die noch stärkere Konzentration von Nettovermögen auf.

#### Lorenz curves of gross income and net wealth

Gross income and net wealth shares in %



Source: HFCS Austria 2017, OeNB.

Abbildung 26: Lorenzkurven von Bruttoeinkommen und Nettovermögen 2017

Quelle: Fessler et al. 2019: 15

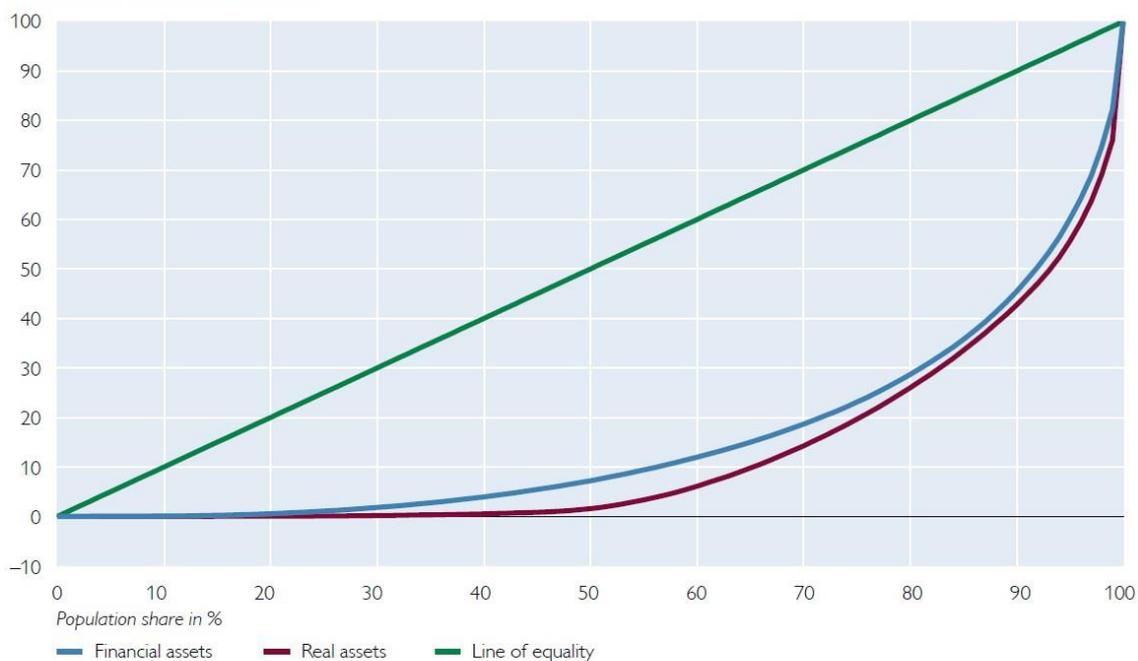
<sup>171</sup> vgl. Fessler et al. 2019: 14

## 2. Sachvermögen ist in Österreich etwa so ungleich verteilt wie Finanzvermögen. In vielen anderen Ländern ist Sachvermögen gleicher verteilt als Finanzvermögen.<sup>172</sup>

Wohneigentum ist in Österreich Hauptbestandteil von Sachvermögen. International gilt, dass Finanzvermögen ungleicher als Sachvermögen verteilt ist. Für Österreich gilt das jedoch nicht, wie in Abbildung 27 zu sehen ist, und kann darauf zurückgeführt werden, dass Wohneigentum vor allem in der oberen Hälfte der Vermögenden konzentriert ist und mehr als die Hälfte der Bevölkerung kein Wohneigentum besitzt. Die rote Kurve stellt Sachvermögen dar und verläuft immer unter der blauen Kurve, die Finanzvermögen darstellt. Große Unterschiede zwischen den beiden Kurven gibt es vor allem zwischen 40. und 70. Perzentil.

### Lorenz curves of financial assets and real assets

Financial assets and real asset shares in %



Source: HFCS Austria 2017, OeNB.

Abbildung 27: Lorenzkurven von Finanz- und Sachvermögen

Quelle: Fessler et al. 2019: 16

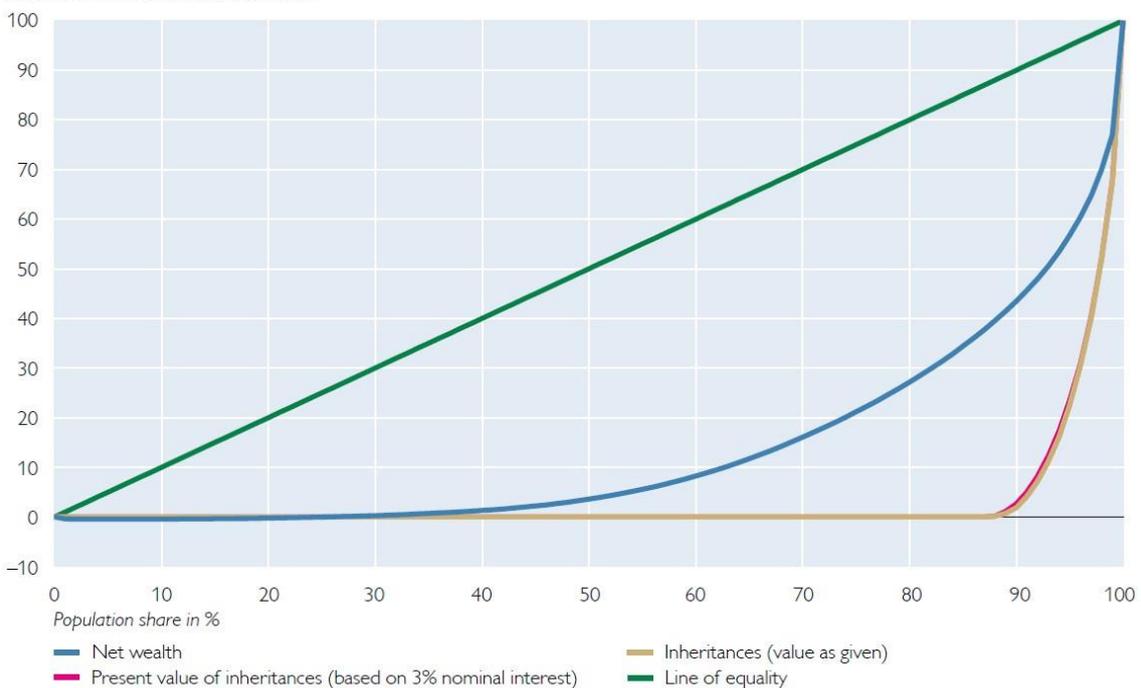
<sup>172</sup> vgl. Fessler et al. 2019: 15

### 3. In Österreich ist die Verteilung des vererbten Vermögens viel ungleicher als Vermögen allgemein verteilt.<sup>173</sup>

In Abbildung 28 werden Nettovermögen blau und Erbschaften (Werte wie sie angegeben wurden) gelb dargestellt. Die rosa Kurve ab dem 87. Perzentil stellt den aktuellen Wert der Erbschaften dar, basierend auf 3% nominaler Zinsen. Wie zu erkennen ist, sind Erbschaften viel ungleicher verteilt als Nettovermögen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass etwa 60% der Haushalte (noch) keine Erbschaft erhalten haben, während die restlichen 40% meist nur geringe Beträge geerbt haben. Erbschaften werden erst ab dem 90. Perzentil in der Abbildung erkennbar, dann aber verläuft die Kurve sehr steil. Fessler und Schürz (2015) zeigen zudem, dass die Zahl der Haushalte, die eine Erbschaft erhalten haben, bei Haushalten mit höherem Nettovermögen und Einkommen höher ist. Es trifft also hier durchaus die Redewendung „wer hat, dem wird gegeben“ zu.

#### Lorenz curves of inheritances and net wealth

*Inheritances and net wealth shares in %*



Source: HFCS Austria 2017, OeNB.

Abbildung 28: Lorenzkurven von Erbschaften und Nettovermögen

Quelle: Fessler et al. 2019: 16

<sup>173</sup> vgl. Fessler et al. 2019: 15

#### 4. In Österreich sind Haushalte mit sehr geringem Nettovermögen in allen Altersgruppen zu finden.<sup>174</sup>

In Abbildung 29 werden verschiedene Kurven zu vermögensarmen Haushalten nach Alter der Bezugsperson dargestellt. Die ärmsten 10% werden blau dargestellt, die ärmsten 20% rot und die ärmsten 30% grün. Obwohl der Anteil der Haushalte mit niedrigen Nettovermögen bei Haushalten mit jüngeren Bezugspersonen höher und bei Haushalten mit älteren Bezugspersonen niedriger wird, bleibt er über den gesamten Lebenszyklus hinweg bestehen. Vor allem der Anteil der ärmsten 20% ist im Alter zwischen 20 und 30 sehr hoch und bleibt ab 40 konstant hoch mit über 15%.

##### Households in lower percentiles by age of reference person

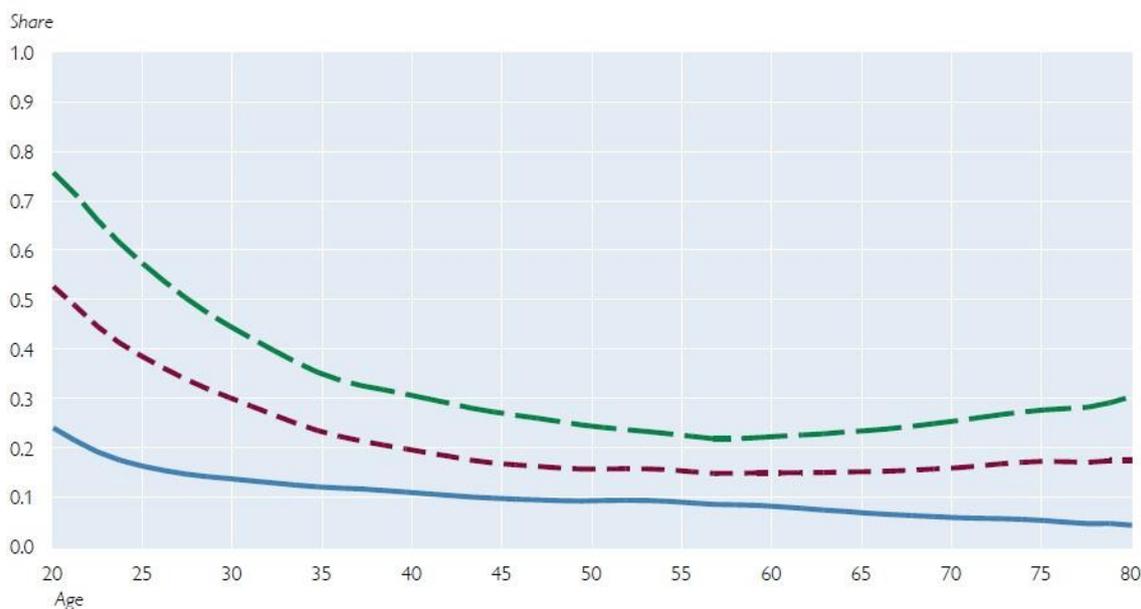


Abbildung 29: Vermögensarme Haushalte nach Alter der Bezugsperson

Quelle: Fessler et al. 2019: 17

#### 5. Im kurzen Zeitfenster von 2010 bis 2017, aus dem Daten verfügbar sind, blieb die Vermögensungleichheit in Österreich ziemlich stabil.<sup>175</sup>

Beim Vergleich der Daten, die aus den drei Wellen gewonnen werden konnten, blieb die Ungleichheit in Österreich relativ stabil. Die Autoren stellten eher Probleme mit der Berichterstattung fest, die Vermögenserhebungen im Allgemeinen

<sup>174</sup> vgl. Fessler et al. 2019: 17

<sup>175</sup> vgl. Fessler et al. 2019: 17

erleben. Ein hohes Maß an Unsicherheit ist vor allem am rechten Ende der Verteilung aufgrund der Schätzungen zu finden.

#### **6. Die Verteilung der Nettovermögen in Österreich zählt zu den ungleichsten Verteilungen in Europa.<sup>176</sup>**

In Österreich und Deutschland ist die Vermögensungleichheit sehr hoch. Betrachtet man jedoch nur das mittlere Nettovermögen der beiden Länder, ist diese plötzlich eher unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten. Dies ist dank des gut entwickelten Sozialstaates in beiden Ländern möglich: Staatliche Renten und Krankenversicherungen sowie andere Versicherungen bieten Ersatz für privates Vermögen. In Österreich spielt der soziale Wohnungsbau eine große Rolle, da etwa 12% aller Haushalte in Gemeindebauten oder Ähnliches leben und weitere 17% leben in Genossenschaftswohnungen, die auch vom Staat subventioniert werden. Die restlichen Wohnungen auf dem freien Markt unterliegen weiteren Gesetzen, wie beispielsweise dem Richtwertgesetz, das in Österreich die Neuvermietung von Altbauwohnungen regelt.

#### **7. In Österreich ist der Anteil der Haushalte mit risikobehafteten Vermögenswerten besonders gering; der Anteil derer, die in riskante Vermögenswerte investieren, steigt nicht mit dem Vermögen.<sup>177</sup>**

Österreichische Haushalte legen ihr Geld typischerweise auf Sparkonten oder Bausparern oder Ähnlichem an. Nur wenige Haushalte halten risikoreichere Vermögenswerte wie beispielsweise Investmentfonds, Aktien oder Anleihen. Der Anteil der Haushalte, die in risikoreichere Vermögenswerte investieren, steigt zwar mit dem Wohlstand, bleibt aber konstant niedrig. Auch das 90. Perzentil hält nur rund 20% Fonds, 10% Aktien und rund 8% Anleihen. Der Anteil riskanter Vermögenswerte vom Finanzvermögen bleibt bei einem Großteil der Haushalte zwischen 30 und 40%.

---

<sup>176</sup> Fessler et al. 2019: 18

<sup>177</sup> Fessler et al. 2019: 19

## **8. Der Anteil der Immobilieneigentümer ist in Österreich besonders gering und nimmt eher ab.<sup>178</sup>**

Der Anteil der Immobilieneigentümer wird in der dritten Welle des HFCS auf etwa 46% geschätzt, in der ersten Welle 2010 waren es noch 48%. In der Eurozone ist das der zweitniedrigste Anteil der Immobilieneigentümer. Charakteristisch in Österreich ist die große Anzahl an Mietwohnungen, die eine relativ einfache Haushaltsbildung ermöglichen ohne Kaufzwang. Daher gibt es auch viele junge Einpersonenhaushalte und eine geringe Anzahl an Immobilienkrediten. Die Haushalte, die sich Eigentum nicht leisten können, bleiben in den Mietwohnungen. Ob das so bleibt, ist jedoch fraglich in Anbetracht der steigenden Mieten in den Städten. In Wien beispielsweise sind weniger als 20% der Haushalte Eigentümer der Wohnungen und von denen sind weniger als ein Drittel verschuldet.

## **9. Schulden sind in Österreich eher selten und stellen keine Bedrohung für die Finanzstabilität dar.<sup>179</sup>**

Mehr als zwei Drittel der österreichischen Haushalte haben keine Schulden. Gesicherte Hypothekenschulden sind vor allem bei vermögenden Haushalten zu finden, ungesicherte Hypothekenschulden wiederum bei Haushalten der ärmeren Hälfte. Die Mittelwerte der Schulden unterscheiden sich sehr stark: So bewegen sich die Mittelwerte der ungesicherten Schulden immer unter 5 000 €, bei gesicherten Schulden sind es Werte zwischen 48 000 bis 86 000 €.

## **10. Soziale Klassen und begleitende Funktionen von Wohlstand passen zur Vermögensverteilung.<sup>180</sup>**

Fessler et al. definieren grob drei Kategorien von Haushalten, die sich an den wichtigsten Funktionen von Wohlstand orientieren:

- a) Mieter und Mieterinnen, die kein Eigenheim besitzen und aus Vorsicht hauptsächlich Finanzvermögen besitzen
- b) Eigentümer und Eigentümerinnen, die ihr Vermögen nutzen, um selbst darin zu wohnen. Meistens ist diese Immobilie auch ihr größtes Vermögen und sie zahlen keine Miete. Diese Personen können einen großen Teil

---

<sup>178</sup> Fessler et al. 2019: 19

<sup>179</sup> vgl. Fessler et al. 2019: 20

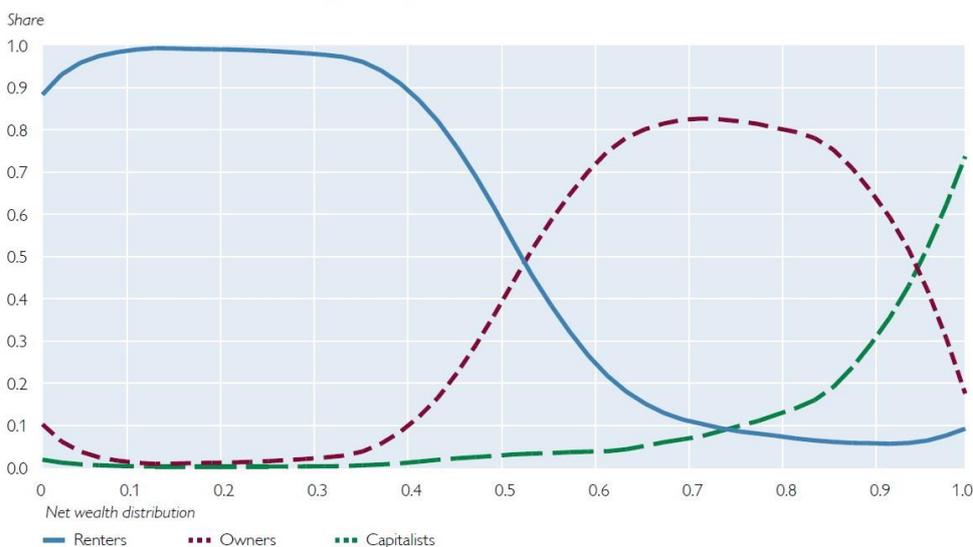
<sup>180</sup> Fessler et al. 2019: 21

ihres Einkommens bzw. ihrer Rente sparen, man spricht von „unterstellter Miete“.

- c) Kapitalisten und Kapitalistinnen, die ein Eigenheim besitzen und entweder zusätzliche Immobilien vermieten und/oder ein Geschäft besitzen, damit zusätzliches Einkommen aus dem Vermögen akquiriert wird.

In Abbildung 30 werden diese drei Kategorien MieterInnen blau, die EigentümerInnen rot und die KapitalistInnen grün dargestellt. Es wird deutlich, dass in der unteren Hälfte der Vermögenden fast ausschließlich MieterInnen zu finden sind, EigentümerInnen vor allem zwischen 50. und 95. Perzentil große Bedeutung haben und KapitalistInnen ab dem 85. Perzentil rapide an Bedeutung gewinnen. Theoretisch sollte es kaum Unterschiede zwischen Vermietung und Eigentum geben. In der Praxis jedoch wird Eigentum gegenüber Mietobjekten begünstigt. „Für junge Menschen ist Eigentum die beste Maßnahme gegen Altersarmut“<sup>181</sup>, twitterte die Österreichische Volkspartei im Wahlkampf 2017. Darauf forderten vor allem junge Menschen „reiche Eltern für alle“ bzw. schrieben, dass ohne Erbschaft bei gleichzeitig hoher Miete kaum Geld übrigbliebe. In Ländern wie zum Beispiel den USA, in denen Mietmärkte weniger entwickelt sind und Immobilien oft nur verkauft werden, finden sich MieterInnen auch unten in der Verteilung.

**Social Classes in Austria regarding wealth**



Source: HFCS Austria 2017, OeNB.

Abbildung 30: Soziale Klassen in Österreich nach Wohlstand gegliedert

Quelle: Fessler et al. 2019: 22

<sup>181</sup> Twitter 2017: *Tweet der Österreichischen Volkspartei*

## 6.3 Fazit zu Vermögen

---

Im Sozialbericht wird bemängelt, dass in Österreich Arbeit besonders hoch, Vermögen hingegen kaum besteuert wird. So machten Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und Lohnsummenabgaben in Österreich im Jahr 2014 41% des Abgabenaufkommens aus. Im EU-15-Schnitt lag dieser Anteil bei rund 29%. Vermögensbezogene Steuern machten in Österreich nur 1,4% des Abgabenaufkommens aus, im EU-15-Schnitt waren es 6%.<sup>182</sup>

Die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) stellt in ihrem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht außerdem fest, dass das Steuerrecht in Österreich Einkommen sehr unterschiedlich besteuert. „Erwerbseinkommen von unselbstständig oder auch selbstständig Erwerbstätigen werden mit einem progressiven Steuertarif besteuert, der von Null bis zum höchsten Steuersatz 50% reicht. Erwerbseinkommen von Körperschaften werden dagegen einheitlich mit 25% besteuert. Auch Einkommen, das nicht durch Erwerbstätigkeit, sondern durch Kapitalvermögen entsteht, wird nicht progressiv, sondern einheitlich mit 25% besteuert. Einkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Erwerbsarbeit ist damit steuerlich benachteiligt gegenüber Einkommen aus Körperschaften und Kapital. Die Steuereinnahmen des Finanzministers aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit werden 2008 (...) fast viermal so hoch sein wie Einnahmen aus der Körperschaftssteuer (...).“<sup>183</sup>

In Hinblick auf hohe Staatsschulden plädiert auch Finanzmathematiker Walter Schachermayer für Erbschaftssteuern und schreibt in einem Kommentar: „Der „new deal“ [Anm.: gemeint ist der New Deal von Roosevelt in den 1930ern mit Spitzenerbschaftssteuern bis zu 77%] war erfolgreich, weil er mutig eine breite Palette von Innovationen durchsetzte. Ein zentraler Bestandteil war die Reduktion der großen Vermögen durch eine aus heutiger Sicht kaum vorstellbare Höhe der Spitzenbesteuerung.“<sup>184</sup> Ursprünglich ging es in diesem Kommentar um Staatsschulden und Schachermayer fordert nicht nur eine Schuldenbremse, sondern auch eine Vermögensbremse, da grob zusammengefasst die Summe der

---

<sup>182</sup> vgl. BMASK 2017.: 303

<sup>183</sup> ÖGPP 2008: 104

<sup>184</sup> Schachermayer 2011: Der Rechenfehler der Schuldenbremser

Schulden ident mit der Summe der Guthaben ist. Da auf diesen Kommentar heftige Reaktionen folgten, veröffentlichte Schachermayer eine Replik auf Gegenkommentare. Am Ende schreibt er: „Es ist wirklich erstaunlich: Österreich ist ein Land, in dem die Steuerlast im internationalen Vergleich hoch ist. Insbesondere sind das die konsum- sowie die lohn- und einkommensbezogenen Steuern und Abgaben. Die Lohnnebenkosten rangieren international auf stolzer Höhe. Auf der anderen Seite sind wir bei den vermögensbezogenen Steuern einsame Nachzügler, nicht zuletzt im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern, in denen diese Steuern durchaus erfolgreich eingetrieben werden.“<sup>185</sup>

Dass die HFCS-Erhebung die Vermögensungleichheit in Österreich unterschätzt, liegt an der unzureichenden statistischen Erfassung, insbesondere zu Stiftungsvermögen, Unternehmensbeteiligungen und Finanzvermögen.<sup>186</sup> Mögliche Messprobleme bestehen auch in der Schätzung, resultierend aus fehlenden Angaben. Die österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) kritisiert auch Privatstiftungen, die in Österreich einen großen Steuervorteil für Vermögende darstellen. So soll laut ÖGPP eine Investmentbank in Liechtenstein die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung bei Vermögen von 5 bis 10 Mio. € empfehlen. „Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Kursgewinne von Aktien in Fonds unterliegen einer Zwischensteuer von 2,5%. Mit einer Zwischensteuer von 12,5% belegt sind Einkünfte aus Forderungswertpapieren in- und ausländischer Emittenten sowie Dividenden aus Aktien ausländischer Fonds. Durch den Wegfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer haben sich diese Vorteile weiter vergrößert.“<sup>187</sup>

Auch internationale Vergleiche gestalten sich als sehr schwierig: Zum einen sind die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich stark ausgeprägt und zum anderen sind länderspezifische Gestaltungen der öffentlichen Wohnbaupolitik ausschlaggebend, da in Österreich nur rund

---

<sup>185</sup> Schachermayer o. J.: *Die Identität von Schulden und Guthaben*

<sup>186</sup> vgl. Andreasch et al. 2012: 265

<sup>187</sup> ÖGPP 2008: 112

48 Prozent der Haushalte ihren Wohnsitz selbst besitzen, in Spanien es aber beispielsweise über 83 Prozent sind.<sup>188</sup>

Bei der Diskussion um Vermögensungleichheit kommt es zwangsläufig zum Thema Erbschaftssteuer. Es gibt wahrscheinlich wenige Themen, die so emotional geführt werden wie das der Erbschaftssteuer. ORF-Journalist Armin Wolf hat in mehreren Tweets geschrieben: „Das Argument, bei Erbschaftssteuer würde was doppelt besteuert, macht mich langsam narrisch. Nein, wird es nicht. Wer vererbt, zahlt keine Steuern mehr (ist nämlich tot). Und wer erbt, hat für das Erbe noch nie Steuern bezahlt. Er bekommt es geschenkt. Doppelt besteuert werden Sie, wenn Sie von Ihrem Gehalt eine Wurstsemmel kaufen: erst Lohnsteuer, dann Umsatzsteuer. Die erregte Debatte über Erbschaftssteuern in Ö. ist übrigens absurd. Fast jedes zivilisierte Land hat diese – besonders gerechte – Steuer.“<sup>189</sup> Allerdings löschte Wolf die Tweets wieder, da er nicht in einem politischen Blog der SPÖ zitiert werden wollte.<sup>190</sup> Es fasst allerdings sehr gut zusammen, warum die Erbschaftssteuer keine doppelte Besteuerung darstellt.

Kritik kommt an den Berechnungen des HFCS kommt auch von der Agenda Austria, die beklagt, dass Sozialversicherungsvermögen, Zusammensetzung der Haushalte, Verteilung des Wohneigentums, Altersstruktur und öffentliches Pensionsvermögen nicht berücksichtigt würden. Die Autoren Köppl-Turyna und Lorenz schreiben über die AK-Studie von Ferschli et al. 2017: „Die Studie verwendet eine innovative Methodologie und ein sauberes statistisches Verfahren. Die Arbeit ist transparent aufbereitet und nachvollziehbar. Es muss jedoch darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich die Berechnung aufgrund der verwendeten Methodologie und der Datenqualität nicht für weitere Policy Analysen eignet, insbesondere für die Schätzungen bezüglich des Aufkommens aus einer Erbschafts- und Vermögensteuer.“<sup>191</sup> Dass Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit vom Wohlfahrtsstaat abgedeckt werden, trägt zu einer ungleicheren Vermögensverteilung bei. Auch eine Berücksichtigung der öffentlichen Pensionen verkleinert den Gini-Koeffizienten. Die Haushaltsstruktur verzerrt die Statistik um Vermögen,

---

<sup>188</sup> vgl. Schnetzer und Rehm 2017: 16

<sup>189</sup> vgl. Sektion 8 2015: *Ein für alle Mal: Armin Wolf über Erbschaftssteuern als „doppelte Besteuerung“*

<sup>190</sup> vgl. Twitter 2015: *Tweet von Armin Wolf*

<sup>191</sup> Köppl-Turyna und Lorenz 2017: 5ff

denn „größere Haushalte verfügen tendenziell über ein größeres Vermögen: So haben in Österreich Haushalte mit drei Personen im Median netto knapp zehnmal so viel Vermögen wie Singlehaushalte – weil letztere meist auch jüngere, weniger vermögende Menschen beherbergen.“<sup>192</sup>

Lorenz und Christl von der Agenda Austria kritisieren auch die bereits erwähnten Wohneigentumsunterschiede in den verschiedenen Ländern, da in Österreich viele Menschen ihre Wohnung nicht kaufen, sondern mieten. Sie schreiben: „Das führt zur paradoxen Situation, dass der Staat einen erheblichen Anteil an den Arbeitseinkommen für sich beansprucht, den Bürgern aber gleichzeitig mit dem Einsatz von Steuergeld günstige Mietwohnungen zur Verfügung stellt.“<sup>193</sup> Auch der europäischen Zentralbank kommt eine Rolle zu: Durch ihre lockere Geldpolitik seit der Finanzkrise legten Aktien und vor allem Immobilienpreise stark zu und trugen somit zur Ungleichheit bezüglich Vermögen bei.

Währenddessen empfiehlt die EU-Kommission im Bericht zum „Europäischen Semester“ der österreichischen Regierung eine Vermögenssteuer, die das Potenzial von 2,7 bis 6,3 Milliarden Euro hätte. Die Senkung der Steuerlast auf Arbeit fordert die EU-Kommission bereits länger und empfiehlt „wachstumsfreundlichere Einnahmequellen“, wie beispielsweise eine höhere Grundsteuer oder die Wiedereinführung der Erbschafts- und Vermögenssteuer.<sup>194</sup> Ferschli et al. berechnen das Aufkommenspotenzial einer allgemeinen Vermögenssteuer mit verschiedenen Modellen und je nach Annahme betragen die Berechnungen einer Vermögenssteuer zwischen 2,9 Milliarden und 8,3 Milliarden Euro.<sup>195</sup>

---

<sup>192</sup> Lorenz und Christl 2015: 75

<sup>193</sup> Lorenz und Christl 2015: 78

<sup>194</sup> vgl. of 2019: *Kommission empfiehlt Österreich Vermögenssteuer*

<sup>195</sup> vgl. Ferschli et al. 2017: 32

## 7 Ausarbeitung der Forschungsfragen

### 7.1 Wirkung von Bildung auf Einkommen und Einkommensverteilung

---

Forschungsfrage: Welche Wirkungen hatten die Veränderungen in Ausbildung und Qualifikation in Österreich auf die Einkommen und Einkommensverteilung?

Die Auswirkungen eines höheren Bildungsniveaus auf das Einkommen sind eindeutig, und allgemein gilt: Je höher die abgeschlossene Ausbildung, desto höher auch das Einkommen. Laut Berechnungen der Statistik Austria verdienen Absolventinnen und Absolventen einer Universität, Hochschule oder Fachhochschule nach 18 Monaten im Schnitt zwischen 2 600 € und 3 100 €, beim Abschluss einer BHS sind es zwischen 1 800 € und 2 100 €, beim Abschluss einer BMS sind es zwischen 1 600 € und 2 000 €, beim Abschluss einer Lehre sind es zwischen 1 600 € und 2 200 €. Am niedrigsten ist das Einkommen bei einem Pflichtschulabschluss und beträgt zwischen 700 € und 1 100 €. Das Bruttomonatseinkommen von Absolventinnen und Absolventen einer AHS beträgt 1 500 €, allerdings sind 84% davon innerhalb von 1,5 Jahren in einer weiteren Ausbildung. Auch an den berufsbildenden höheren Schulen hängt mittlerweile jede zweite Person nach der Matura ein Studium an.<sup>196</sup> Weitere Faktoren, die Einfluss auf die Höhe des Einkommens haben, sind Alter, soziale Stellung, Branche, Geschlecht und Arbeitszeit.

Dass das Bildungsniveau in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen ist, wurde im Kapitel 3.1 Entwicklung des Bildungsniveaus ausführlich beschrieben. In den letzten 40 Jahren gab es in der Entwicklung des Bildungsniveaus der österreichischen Bevölkerung vor allem einen Anstieg der höheren Schulen und Hochschulen. Stark reduziert hat sich hingegen der Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss bis 2008, seither ist der Anteil konstant geblieben. Im Jahr 2015 haben 16,7% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren einen Hochschulabschluss, 30% einen mittleren oder höheren Schulabschluss, 34,3% einen Lehrabschluss

---

<sup>196</sup> vgl. Klenk und Pesendorfer 2018: 46

und 19% einen Pflichtschulabschluss.<sup>197</sup> Vor allem bei Frauen hat in den letzten Jahrzehnten eine Bildungsoffensive stattgefunden.

Die Entwicklung der Einkommen hingegen hat sich je nach Höhe der Einkommen unterschiedlich entwickelt. Von 1990 bis 2000 sind die Reallöhne, egal ob Median, 25. oder 75. Perzentil, gleichmäßig gestiegen. Seit 2000 stagnieren mittlere Einkommen, niedrige Einkommen sind gesunken und hohe Einkommen gestiegen. Vor allem niedrige Einkommen sind in den letzten 20 Jahren stark gesunken: Das 10. Perzentil, also der Wert, unter dem die niedrigsten 10% der Einkommen liegen, betrug 2017 nur mehr 69% des Ursprungswerts von 1998. Besonders stark war dies bei Männern zu beobachten, deren Wert 2017 nur mehr etwa die Hälfte des Ursprungswertes betrug. Auch das 25. Perzentil der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen von Männern hat seit 1998 etwa einen Viertel seines Ursprungswertes verloren. In den letzten Jahren ist ein Aufwärtstrend zu beobachten, dessen Verlauf in den kommenden Jahren noch genauer verfolgt werden sollte. Vor allem die Kluft zwischen niedrigen Einkommen und hohen Einkommen hat sich in den letzten Jahren vergrößert und zu einer ungleichen Verteilung der Einkommen beigetragen.

Einkommen aus Vermögen spielen erst ab dem neunten Dezil eine Rolle, wie mithilfe der Daten des HFCS aus dem Jahr 2010 gezeigt wurde. Beim reichsten Prozent der Einkommen wird etwa ein Drittel des Einkommens aus Vermögen erwirtschaftet. Dass die Lohnquote seit 1980 stark sank, ist vor allem dem technischen Fortschritt und dem Anstieg des Finanzmarkts geschuldet. Über die Verteilung der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit kann folgendes festgehalten werden: Die reichsten 10% verdienen etwa 30% des Gesamteinkommens, die reichsten 5% etwa 20% des Gesamteinkommens im Jahr. Je nach Berechnungsart verdient das 75. Perzentil das Zwei- bis Vierfache des 25. Perzentils und das 90. Perzentil sogar bis zum Zwanzigfachen des 10. Perzentils.

Welche Auswirkungen höhere Bildung auf die Einkommensverteilung haben, ist nicht eindeutig: Einerseits bringt höhere Bildung höhere Gehälter und mehr Sicherheit in Bezug auf Arbeit. Andererseits sinkt im Zuge des technologischen Fortschritts die Nachfrage nach niedrig qualifizierten Arbeitskräften und die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften steigt, was zu einer Spreizung der

---

<sup>197</sup> vgl. Statistik Austria 2018: 101

Einkommen führt. Am Arbeitsmarkt nimmt der Anteil der über 45-Jährigen zu und der Anteil von jungen Erwerbstätigen ab. Auch die Anforderungen am Arbeitsmarkt haben sich geändert, da höhere Bildungsabschlüsse verstärkt erwartet werden, da das Angebot an Akademikerinnen und Akademikern gestiegen ist. In den letzten Jahren haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die bisher eher im Niedriglohnsektor bekannt waren, auch vor Akademikerinnen und Akademikern nicht Halt gemacht.

Der sich verschärfende internationale Wettbewerb ist vor allem bei niedrig qualifizierten Arbeitskräften festzustellen. 56% aller Pflichtschulabsolventinnen und -absolventen im Schuljahr 2012/13 waren innerhalb der nächsten 18 Monaten beim AMS vorgemerkt.<sup>198</sup>

Die Agenda Austria kritisiert die verfälschenden Faktoren der OECD, die das Bildungssystem in lediglich drei Stufen einteilt und berechnet mit Daten der Statistik Austria nach, dass 37% der 24- bis 44-Jährigen, deren Eltern einen mittleren Abschluss (zum Beispiel Lehre oder Handelsschule) haben, eine höhere Bildungsstufe erreichen, 56% in derselben Stufe bleiben und nur 7% in eine niedrigere Bildungsstufe fallen.<sup>199</sup> Der Armutsforscher Butterwegge wiederum sieht Bildung nicht als Allheilmittel gegen Armut und soziale Ungleichheit und kritisiert: „Armut wird in Deutschland häufig auf Bildungsmängel zurückgeführt und daher konzentrieren sich Gegenmaßnahmen folgerichtig auf bildungspolitische Maßnahmen. (...) Wenngleich Bildung unter günstigen Umständen fraglos zum individuellen beruflichen Aufstieg taugt, versagt sie als gesellschaftliches Patentrezept. Denn die Vorteile, die ein höherer Bildungsabschluss dem Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt einbringt, beruhen gerade darauf, dass andere Mitbewerber den entsprechenden Abschluss nicht vorweisen können. Wenn es der Bildungspolitik tatsächlich gelänge, sämtliche benachteiligten Jugendlichen zu höheren Bildungsabschlüssen zu führen, was ihnen sehr zu wünschen wäre, würde dies nicht unbedingt größere Berufs- und Einkommenschancen für alle bedeuten. Vielmehr würden sie um die wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze womöglich nur auf einem höheren Bildungsniveau, nicht aber mit größeren individuellen Erfolgs-

---

<sup>198</sup> vgl. Klenk und Pesendorfer 2018: 47

<sup>199</sup> vgl. Agenda Austria 2016: *Bildungsmobilität: Und jährlich grüßt das Murmeltier*

chancen konkurrieren. Eine bessere (Aus-)Bildung erhöht die Konkurrenzfähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeitsmarkt, Erwerbslosigkeit und (Kinder-)Armut vermag sie jedoch nicht zu beseitigen.“<sup>200</sup> Butterwegge fordert daher eine Kombination aus Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur (zB bessere Kinderbetreuung) und zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen, da „Bildungspolitik und Pädagogik weder eine gerechte Steuerpolitik noch eine die Armut konsequent bekämpfende Sozialpolitik ersetzen.“<sup>201</sup>

Die Ökonomin Sauer weist darauf hin, dass höhere Bildung auch Ungleichheit fördern kann. Sie führt das auf die Entwicklung der Verteilung von Bildung und das Ausmaß der Einkommensunterschiede nach Bildungsstand zurück. Die Segmentierung innerhalb des Hochschulsystems ist stark: „Ein breites Massensegment auf Bachelorniveau steht (...) einem deutlich kleineren Bevölkerungsanteil mit Masterabschluss und einer Minderheit, die mit einem Doktorat abschließt, gegenüber.“<sup>202</sup> Den größten Einkommenssprung haben vor allem Master- und DoktorsabsolventInnen; BachelorabsolventInnen hingegen profitieren deutlich weniger von den zusätzlichen Bildungsjahren. Daher empfiehlt sie eine konsequente Evaluierung von bildungspolitischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung, da Bildungsexpansion nicht über alle sozioökonomischen Gruppen hinweg einhergehen muss.<sup>203</sup>

Nicht außer Acht lassen sollte man Bourdieus Kapitalsorten in dieser Fragestellung: Sozialkapital und kulturelles Kapital lassen sich nicht so einfach wie schulische Titel messen, spielen aber sicher eine wichtige Rolle. Personen in Führungspositionen pflegen ihr Netzwerk, indem sie zum Beispiel Firmenessen in teuren Restaurants einnehmen oder elitäre Veranstaltungen besuchen. Bourdieu spricht von einer „geprellten Generation“<sup>204</sup>, die durch falsche Zukunftshoffnungen im Zuge der Bildungsexpansion der 1960er Jahre getäuscht wurde. Seiner Meinung nach ist die Klassenzugehörigkeit für erfolgreiche Karrieren wichtiger

---

<sup>200</sup> Butterwegge 2017: *Bildung – keine Wunderwaffe im Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit*

<sup>201</sup> Butterwegge 2017: *Bildung – keine Wunderwaffe im Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit*

<sup>202</sup> Sauer 2017: 21

<sup>203</sup> vgl. derstandard.at 2017: *Wie sich Bildung weltweit ausbreitet*

<sup>204</sup> vgl. Hessischer Rundfunk 1983: Interview mit Pierre Bourdieu

als der Bildungsaufstieg. Für die Klassenzugehörigkeit sind vor allem Sozial- und Kulturkapital ausschlaggebend, die vor allem auf Familie und Erbschaft beruhen.

Bei einem Thema sind sich jedoch alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einig: Kinder aus bildungsfernen Schichten zu fördern muss Priorität in Österreichs Schulbildung haben. Die Autorinnen und Autoren der Agenda Austria schreiben: „Die Probleme Österreichs liegen nicht in einer insgesamt zu geringen Bildungsmobilität. Sie liegen in einer vergleichsweise geringen Aufstiegsmobilität von Kindern aus sehr bildungsfernen Schichten. Bei Familien, in denen beide Eltern über nicht mehr als einen Pflichtschulabschluss verfügen. Um dieses Problem muss sich die Bildungspolitik bemühen und die Lösung ist seit langem bekannt: Verbesserung der frühkindlichen Bildung durch aktive Beratung und Betreuung, möglichst früher Kindergarteneinstieg und nachhaltige schulische Unterstützung, um die Defizite der familiären Ausgangssituation auszugleichen.“<sup>205</sup>

## 7.2 Entwicklung des Gender Pay Gap

---

Forschungsfrage: Hat der Gender Pay Gap durch die zunehmend höhere Bildung von Frauen abgenommen?

Der Gender Pay Gap beschreibt den Anteil der Differenz zwischen dem Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern am Männerbruttostundenverdienst in Prozent. Daher können Voll- und Teilzeitbeschäftigte besser miteinander verglichen werden als beim Bruttomonatslohn. Es gibt zwei Berechnungsarten: den bereinigten und unbereinigten Gender Pay Gap. Obwohl beide für eine Analyse herangezogen werden sollten, unterscheiden sie sich stark: Beim bereinigten Gender Pay Gap werden nur vergleichbare Qualifikationen und Tätigkeiten von Männern und Frauen berücksichtigt. Beim unbereinigten Gender Pay Gap werden allgemein Bruttostundenverdienste miteinander verglichen. Das hat den Vorteil, dass benachteiligende Strukturen berücksichtigt werden.

Das Bildungsniveau von Frauen hat in den letzten Jahrzehnten stark zugelegt: Im Jahr 1981 hatten nur 3,1% der 25- bis 64-jährigen Frauen einen Hochschulabschluss, 6,2% einen Abschluss einer höheren Schule, 14,7% einen Abschluss

---

<sup>205</sup> Agenda Austria 2016: *Bildungsmobilität: Und jährlich grüßt das Murmeltier*

einer mittleren Schule, 19,2% einen Lehrabschluss und 56,8% einen Pflichtschulabschluss. Im Jahr 2015 hatten bereits 17,9% der 25- bis 64-jährigen Frauen einen Hochschulabschluss, 15,2% einen Abschluss einer höheren Schule (inkl. Kollegs), 17,8% einen Abschluss einer mittleren Schule, 26,8% einen Lehrabschluss und nur mehr 22,3% einen Pflichtschulabschluss.<sup>206</sup> In diesen 34 Jahren hat sich der Anteil der Hochschulabschlüsse fast versechsfacht, der Anteil von Abschlüssen einer höheren Schule mehr als verdoppelt und auch die mittleren Schulen und Lehrabschlüsse haben zugenommen. Einzig der Anteil der Pflichtschulabschlüsse hat sich mehr als halbiert.

Möchte man jedoch die jüngere Generation betrachten, muss man das Alter der Bevölkerung auf 25 bis 34 Jahre einschränken: Hier beträgt der Anteil von Frauen mit Pflichtschulabschluss im Jahr 2015 nur mehr 17% (Männer: 19%). Der Anteil von Abschlüssen einer mittleren oder höheren Schule beträgt etwa 35% (Männer: 29%), der Anteil von Lehrabschlüssen etwa 23% (Männer: 34%) und der Anteil mit Hochschulabschluss sogar 25% (Männer: 18%). Das heißt, jede vierte Frau im Alter zwischen 25 und 34 Jahren im Jahr 2015 hat einen Hochschulabschluss. Anteilsmäßig haben bereits im Jahr 1986 mehr Frauen als Männer einen Hochschulabschluss. Abschlüsse einer mittleren Schule haben bei Frauen stark abgenommen, dafür haben in den letzten Jahrzehnten vor allem Abschlüsse einer höheren Schule sehr stark zugelegt. Die höchste Steigerung ist seit 2010 zu verzeichnen.<sup>207</sup>

Betrachtet man den Bildungsstand der Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppe, wird ersichtlich, dass in den letzten Jahrzehnten der Pflichtschulabschluss einem Abschluss der mittleren, höheren und Hochschulen gewichen ist. Bei den über 75-jährigen Frauen betrug der Anteil von Pflichtschulabsolventinnen über 60%, während der Anteil von Hochschulabsolventinnen knapp 3% betrug. Bei 25- bis 34-jährigen Frauen beträgt der Anteil von Pflichtschulabsolventinnen nur mehr 17%, der Anteil von Hochschulabsolventinnen bereits 24%. Bei Männern ist diese Bildungsoffensive in einer schwächeren Form festzustellen, da hier die Lehre mit 36% die beliebteste Ausbildungsform ist. Bei Frauen ist mit ebenfalls 36% die mittlere und höhere Schule die beliebteste Ausbildungsform.<sup>208</sup>

---

<sup>206</sup> vgl. Statistik Austria 2018: 101

<sup>207</sup> vgl. Statistik Austria 2018: 101

<sup>208</sup> vgl. Vogenhuber et al. 2016b: 209

Aufgrund der progressiven Besteuerung sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Nettojahreseinkommen geringer als beim Bruttojahreseinkommen. Im Jahr 1998 betrug das Bruttojahreseinkommen von Frauen 61% des Bruttojahreseinkommens von Männern, 2017 waren es 63%. Beim Nettojahreseinkommen betragen die Anteile im Jahr 1998 66% und im Jahr 2017 69%.

Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen verdienten im Jahr 2004 78% des Männergehalts, 2017 stieg dieser Anteil auf 84%. Dies trifft allerdings nur auf etwa ein Drittel der Frauen zu, weil viele nur teilzeitbeschäftigt oder nicht das ganze Jahr beschäftigt waren. Zu ganzjährig teilzeitbeschäftigten Frauen fehlen für eine genauere Interpretation Daten zur Arbeitszeit und zur Struktur der Teilzeitbeschäftigten. Vor allem niedrige Einkommen haben bei Männern seit 1998 stark abgenommen, bei Frauen gab es einen leichten Verlust. Hohe Einkommen wiederum haben bei beiden Geschlechtern zugenommen. Unterschiede gibt es auch bei Betrachtung der sozialen Stellung: Während Arbeiterinnen und Arbeiter im Jahr 2017 ein niedrigeres inflationsbereinigtes Bruttojahreseinkommen als im Basisjahr 1998 hatten, gab es bei Angestellten ein leichtes Plus und für Beamtinnen und Beamten einen großen Zuwachs.

Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede gibt es bei ganzjährig vollzeitbeschäftigten Beamtinnen keine, bei Vertragsbediensteten beträgt der Frauenmedian 92% des Männermedians, bei Angestellten 67% und bei Arbeiterinnen 70%. Den größten geschlechtsspezifischen Unterschied gibt es bei Angestellten mit Abschluss einer höheren Schule, da der Frauenmedian nur 63% des Männermedians beträgt. Dies ist auf die verschiedenen Schultypen zurückzuführen, da viele Männer technische Lehranstalten besuchen und Frauen hingegen humanberufliche Schulen, was sich auf das Einkommen stark auswirkt. Der Frauenanteil ist bei Beamten mit 34% am niedrigsten und bei Vertragsbediensteten mit 57% am höchsten. Wichtig ist hier noch einmal darauf hinzuweisen, dass viele Frauen teilzeitbeschäftigt sind und der Frauenanteil von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten nur 33% beträgt.

In unteren Einkommensgruppen sind Frauen über- und in oberen Einkommensgruppen unterdurchschnittlich vertreten. Branchen mit den höchsten Bruttoeinkommen sind Energieversorgung, Erbringung von Finanz- und Versicherungs-

dienstleistungen und Information und Kommunikation. Branchen mit den niedrigsten Bruttoeinkommen sind Beherbergung und Gastronomie, Kunst, Unterhaltung und Erholung und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen wie zum Beispiel Gebäudereinigung und -betreuung. Aber auch Erziehung und Unterricht und Gesundheits- und Sozialwesen sind Branchen mit niedrigen Einkommen und hohem Frauenanteil. Allgemein gilt: Je höher die mittleren Bruttojahreseinkommen, desto höher der Vollzeitanteil und desto niedriger der Frauenanteil.

Hohe Vollzeitbeschäftigung, hohe Einkommen und ein niedriger Frauenanteil sind kennzeichnend für die Branchen Energieversorgung, Bergbau und Gewinn und von Steinen und Erden und in der Herstellung von Waren. Niedrige Vollzeitbeschäftigung, niedrige Einkommen und ein hoher Frauenanteil sind für die Branchen Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, Erziehung und Unterricht und im Gesundheits- und Sozialwesen charakteristisch.

Im Jahr 1980 betrug das Fraueneinkommen im Durchschnitt etwa 65% der Männereinkommen. Im Jahr 1993 und 1994 betrug das Fraueneinkommen sogar 69% des Männereinkommens, stagnierte seither und lag im Jahr 2002 bei 67%. Das Fraueneinkommen betrug im Jahr 1980 71% des Männereinkommens, wenn die Berechnung um die durchschnittliche Arbeitszeit bereinigt wurde. Im Jahr 2002 betrug die bereinigte Quote 82%.<sup>209</sup>

Die durchschnittliche Normalarbeitszeit von aktiv unselbstständig Beschäftigten betrug 2015 laut Arbeitskräfteerhebung 35,9 Stunden pro Woche. Geschlechtsspezifische Unterschiede aufgrund der Teilzeitarbeit von Frauen sind sichtbar: Während Frauen durchschnittlich 31,6 Stunden pro Woche arbeiteten, waren es bei Männern 39,8 Stunden. Betrachtet man die Wochenarbeitszeit genauer, fällt auf, dass diese bei Frauen deutlich komplexer als bei Männern ist. Während 90% der Männer mindestens 36 Stunden pro Woche arbeiten, trifft das bei Frauen auf etwa 50% zu. Die „Normalarbeitszeit“ zwischen 36 und 40 Stunden trifft auf etwa 60% der Männer zu und auf 40% der Frauen. Vor allem in den niedrigen Wochenarbeitszeiten sind Frauen überrepräsentiert: So arbeiten etwa 8% der Frauen bis zu 11 Stunden pro Woche, knapp 20% der Frauen arbeiten zwischen 12 und 24 Stunden und etwa ein Viertel der Frauen arbeitet zwischen 25 und 35 Stunden. Der Anteil der Männer hingegen beträgt in den Arbeitszeitklassen unter

---

<sup>209</sup> vgl. Guger und Marterbauer 2004: 28

35 Stunden etwa jeweils 5%. Zwischen 2006 und 2015 gab es einen leichten Rückgang bei Männern mit einer Arbeitszeit von über 41 Stunden und eine leichte Zunahme der Arbeitszeit unter 35 Stunden. Bei Frauen gab es zwischen 2006 und 2015 eine leichte Abnahme der Arbeitszeit zwischen 36 und 40 Stunden und eine leichte Zunahme der Arbeitszeit zwischen 25 und 35 Stunden.<sup>210</sup>

In Österreich hat die Statistik Austria den Gender Pay Gap dekonstruiert, um seine Zusammensetzung zu untersuchen. Hierfür wurden Daten auf Basis der Verdienststrukturerhebung aus dem Jahr 2014 verwendet, alle vier Jahre in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durchgeführt wird. Die Daten stammen aus 11 800 Unternehmen der Privatwirtschaft, die dann auf 2,5 Millionen unselbstständig Beschäftigte hochgerechnet werden. Der Gender Pay Gap in Österreich ist in den letzten Jahren gesunken: Betrag der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied 2007 noch 25,5%, waren es 2017 19,9%.<sup>211</sup>

Im europäischen Vergleich zählt Österreich zu den Ländern mit den größten Lohnunterschieden. 2014 verdienten Frauen in Österreich im Durchschnitt 13,65 € und Männer 17,55 € brutto pro Stunde. „Der Gender Pay Gap lag damit bei 22,2%. Im EU-Durchschnitt war die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern mit 16,7% deutlich niedriger.“<sup>212</sup>

Insgesamt ist der geschlechtsspezifische Unterschied in den letzten Jahren leicht zurückgegangen, sowohl auf EU-Ebene, als auch in Österreich. Die Vergleiche auf EU-Ebene sind aus verschiedenen Gründen mit Vorsicht zu genießen: In Ländern wie Italien oder Malta sind sowohl Gender Pay Gap als auch Frauenerwerbsquote niedrig. Es ist wahrscheinlich, dass höher qualifizierte Frauen mit hohen Einkommen stärker berücksichtigt werden als gering qualifizierte Frauen. In Ländern wie Österreich, Finnland oder Deutschland sind sowohl Gender Pay Gap als auch Frauenerwerbsquote hoch. In Österreich und Deutschland geht die hohe Erwerbstätigenquote der Frauen mit einer hohen Teilzeitquote einher. Die skandinavischen EU-Staaten wie Schweden oder Dänemark haben eine hohe Frauenerwerbsquote, hohe Teilzeitbeschäftigung bei Frauen, aber trotzdem einen vergleichsweise niedrigen Gender Pay Gap.<sup>213</sup>

---

<sup>210</sup> vgl. Huemer et al. 2017: 31

<sup>211</sup> vgl. Statista 2019: *Gender Pay Gap in Österreich von 2007 bis 2017*

<sup>212</sup> Geisberger und Glase 2017: 461

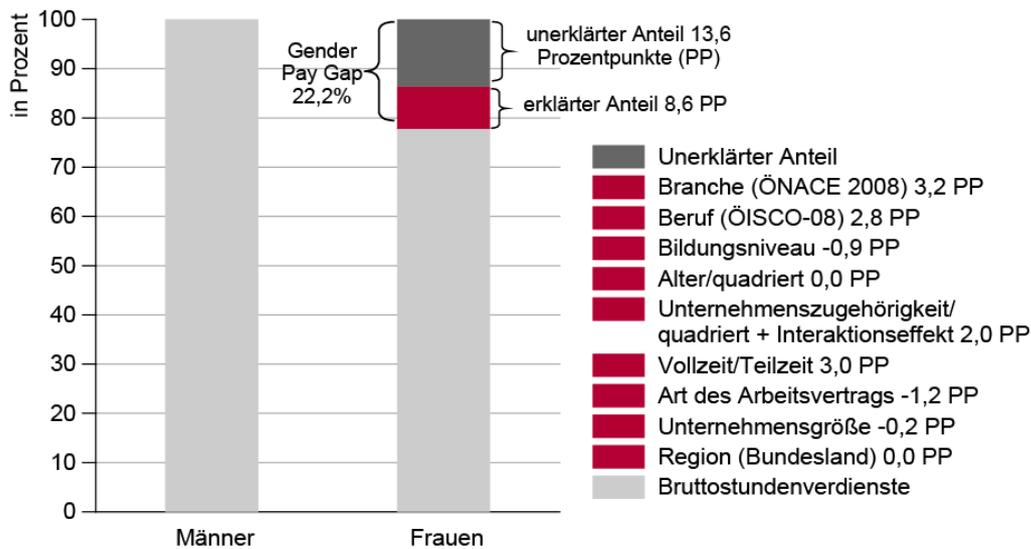
<sup>213</sup> vgl. Geisberger und Glaser 2017: 462

Die Autoren stellen daher weitere Indikatoren zur Lohnungleichheit vor, nämlich den Gender Overall Earnings Gap und die Betrachtung des Frauenanteils der Niedriglohnbeschäftigten. Der Gender Overall Earnings Gap berücksichtigt Brutostundenverdienst, Arbeitszeit pro Monat und Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern. In Österreich waren 2014 mit einem Anteil von 23,1% überdurchschnittlich viele Frauen im Niedriglohnsektor beschäftigt. Vor allem Teilzeitbeschäftigte, befristet oder geringfügig Beschäftigte sind von niedrigen Einkommen betroffen.

Strukturelle Unterschiede, die beim bereinigten Gender Pay Gap berücksichtigt werden, umfassen Branche, Beruf, Bildung, Alter, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Ausmaß der Beschäftigung, Art des Arbeitsvertrags, Unternehmensgröße und Region. Vor allem Branche und Beruf sind wichtige Faktoren für die ungleiche Bezahlung, da Frauen oft in Branchen mit niedrigen Einkommen arbeiten. Führungspositionen und technische Berufe sind männlich dominiert. Auch die hohe Teilzeitbeschäftigung von Frauen und die kürzere Dauer der Unternehmenszugehörigkeit von Frauen haben Einfluss auf die Berechnung des Gender Pay Gap.

Der unbereinigte Gender Pay Gap lag im Jahr 2014 bei 22,2%, der bereinigte Gender Pay Gap bei 13,6%, siehe Abbildung 31. Etwa 40% der Lücke kann durch die oben genannten Faktoren erklärt werden. Der Großteil der Lücke, nämlich etwa 60%, bleiben unerklärt. Der unerklärte Teil wird häufig als Beweis für die Diskriminierung von Frauen gesehen.

## Dekomposition des Gender Pay Gap



Q: STATISTIK AUSTRIA, Verdienststrukturerhebung 2014. Grundlage sind die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der unselbständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft (Wirtschaftsabschnitte B-N und P-S der ÖNACE 2008). Erstellt am 01.03.2017.

Abbildung 31: Dekomposition des Gender Pay Gap im Jahr 2014

Der Gender Pay Gap hat in den letzten 10 Jahren um 5,6 Prozentpunkte abgenommen. Das passt zur Tatsache, dass vor allem junge Frauen ein höheres Bildungsniveau als junge Männer erwerben. Trotzdem bleibt der Gender Pay Gap nach wie vor groß. Obwohl die bereits erwähnten sozioökonomischen Faktoren im erklärten Anteil der Einkommenslücke bereits herausgerechnet wurden, bleibt ein Großteil der Lücke unerklärt. Die zunehmend höhere Bildung hat also nicht in dem Ausmaß zu einer Verringerung des Gender Pay Gaps beigetragen, wie man es erwartet hätte.

Eine mögliche Erklärung liefert der Wissenschaftler Kleven mit seinem Forschungsteam im März 2019. In einer Studie hat das Team den Einfluss einer Geburt auf den Gender Pay Gap untersucht. Dabei wurden die Gehälter in den Ländern Dänemark, Schweden, Großbritannien, USA, Deutschland und Österreich über zehn Jahre analysiert. In Abbildung 32 wurde die Entwicklung des Einkommens von Frauen inkl. Geburt des ersten Kindes dargestellt. Frauen verdienen auch zehn Jahre nach der Geburt des ersten Kindes nur mehr 51% des Gehalts, das sie im Jahr vor der Geburt verdient haben. Innerhalb von 10 Jahren nach der Geburt des ersten Kindes verlieren Frauen also fast die Hälfte ihres Gehalts. Bei Männern hat die Geburt des ersten Kindes wiederum keine Auswirkung auf ihr Einkommen. Viel geringer sind die Verluste des Einkommens von

Frauen in Ländern wie Dänemark mit 21% und Schweden mit 27%. Interessant ist, dass die Dauer der Babypause weniger Einfluss auf die Gehaltseinbußen hat als die Teilzeitbeschäftigung.<sup>214</sup> In einer weiteren Studie wurde der Zusammenhang zwischen der Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen und der Gehaltsverluste untersucht. In Österreich war jedoch kein Zusammenhang herzustellen: „Ein Grund für die Unterschiede sei wohl in den gesellschaftlichen Normen zu finden (...). In Ländern mit großen Nachteilen aufgrund der Elternschaft gebe es auch eine konservative Rollenverteilung der Geschlechter.“<sup>215</sup>

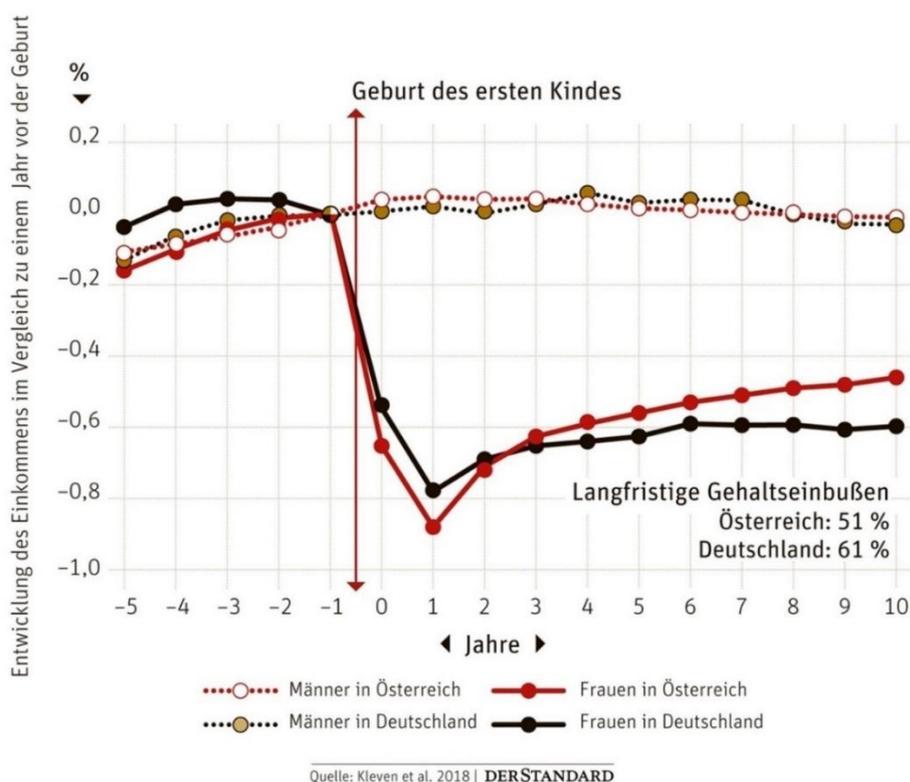


Abbildung 32: Kosten des ersten Kindes

Quelle: Szigetvari 2019: *Gehaltseinbußen für Mütter in Österreich besonders stark*

Die Ökonomin Mader spricht in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin profil daher auch von einem „Mutterschafts-Gap“ und fordert eine flächendeckende Kinderbetreuung, Nachmittagsbetreuung an den Schulen und einen Diskurs über den Wert unbezahlter Hausarbeit, der zu einem Großteil noch immer von Frauen übernommen wird.<sup>216</sup>

<sup>214</sup> vgl. Szigetvari 2019: *Gehaltseinbußen für Mütter in Österreich besonders stark*

<sup>215</sup> ORF 2019: *Große Verluste für Österreichs Mütter*

<sup>216</sup> vgl. Hofer 2019: *Interview mit Katharina Mader*

## 7.3 Zusammenhang zwischen Bildung und Vermögen

---

Forschungsfrage: Wie stark ist die Korrelation von Bildung und Vermögen?

Über Vermögen ist nur wenig bekannt und die Datenlage dementsprechend mangelhaft. Man weiß, dass Vermögen weitaus ungleicher verteilt ist als Einkommen und dass es eine hohe Konzentration der Vermögen gibt. In den letzten Jahren trat das Thema Vermögen vor allem mit den Veröffentlichungen über Steuerschlupflöcher wie zum Beispiel Panama Papers und Paradise Papers in die Medien.

Der Household Finance and Consumption Survey (kurz: HFCS) spielt hier eine wichtige Rolle, da erstmals in einer Erhebung Daten zu Sach- und Finanzvermögen, Verbindlichkeiten und Ausgaben privater Haushalte erfasst wurden. Wichtig sind die Korrekturen am HFCS, die in 6.1.2 auf Seite 106 erklärt wurden, da gerade hohe Vermögen unterrepräsentiert sind.

Das Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Österreich betrug im Jahr 2010 etwa 1 000 Milliarden Euro. Das reichste Prozent besitzt etwa ein knappes Viertel des Gesamtvermögens, die reichsten 10 Prozent besitzen mehr als die restlichen 90 Prozent. 40 Prozent der Haushalte besitzen kaum Vermögen und die untersten 5 Prozent haben Schulden. Erst ab dem 90. Perzentil steigt die Zunahme des Nettovermögens exponentiell und ein großer Teil des Vermögens ist Sachvermögen in Form von Immobilien, Betriebs- oder Unternehmensbeteiligungen. Haushalte mit einer Landwirtschaft haben das größte Gesamtvermögen, aber auch Führungskräfte und akademische Berufe besitzen überdurchschnittliche Gesamtvermögen. Einen Großteil des Vermögens stellen Immobilien- und Grundbesitz dar.

Charakteristisch an der Vermögensverteilung in Österreich ist auch, dass Sachvermögen in etwa so ungleich verteilt wie Finanzvermögen ist. Das liegt daran, dass etwa die Hälfte der Haushalte kein Wohneigentum besitzt. Weiters sind Erbschaften viel ungleicher verteilt als Nettovermögen und Haushalte mit geringem Nettovermögen kommen in allen Altersgruppen vor. Der Anteil von Haushalten mit risikobehafteten Vermögen ist besonders gering und die Risikobereitschaft

steigt nicht mit der Höhe des Vermögens. Auch der Anteil von Immobilieneigentum der Haushalte ist in Österreich besonders gering und es gibt wenige Immobilienkredite. Viele Haushalte leben in Mietwohnungen und es gibt viele junge Einpersonenhaushalte. In Österreich haben mehr als zwei Drittel aller Haushalte keine Schulden. Unterteilt man die Haushalte in die Kategorien Miete, Eigentum und KapitalistInnen, findet man in der unteren Hälfte der Vermögenden fast nur Mieterinnen und Mieter, Eigentum zwischen dem 50. und 95. Perzentil und KapitalistInnen spielen erst ab dem 85. Perzentil eine wichtige Rolle, siehe Abbildung 30 auf Seite 116.

In Kapitel 4.3 wurde die Bildungshomogamie erwähnt, die weiter zunimmt und das Problem der Konzentration von Vermögen weiter verschärft. In etwa 70% der Paarhaushalte in Österreich haben beide denselben Bildungsgrad. Das höchste Nettovermögen haben Haushalte, bei denen beide einen Universitätsabschluss haben; das niedrigste Nettovermögen haben Haushalte, bei denen mindestens eine Person einen Pflichtschulabschluss aufweist. Hohes Einkommen trägt allerdings nicht so viel zur Akkumulation des Vermögens bei wie das soziale Kapital, das laut Augustin et al. eine zentrale Größe ist. Diese Annahme passt zu Bourdieus Kapitalsorten, die bereits in Kapitel 2 beschrieben wurden.

Beim HFCS wurden vier Bildungsstufen unterschieden, die auf der Klassifizierung für Bildung der UNESCO basieren:

- Primärstufe: Volksschule, Kindergarten
- Sekundarstufe I: AHS-Unterstufe bzw. Neue Mittelschule
- Sekundarstufe II: gesamter Oberstufenbereich (AHS-Oberstufe, BHS, Lehrlingsabschluss und etwaige Aufbaulehrgänge)
- Tertiärstufe: Abschluss einer Universität, Fachhochschule, Akademie, Kolleg und Ausbildung zum Meister<sup>217</sup>

Fragen zur Korrelation von Vermögen und Bildung bzw. Unterschiede in der Bildungsstruktur hinsichtlich der Brutto- und Nettovermögen können mithilfe der Abbildung 33 beantwortet werden.

---

<sup>217</sup> vgl. Humer et al. 2014b: 3

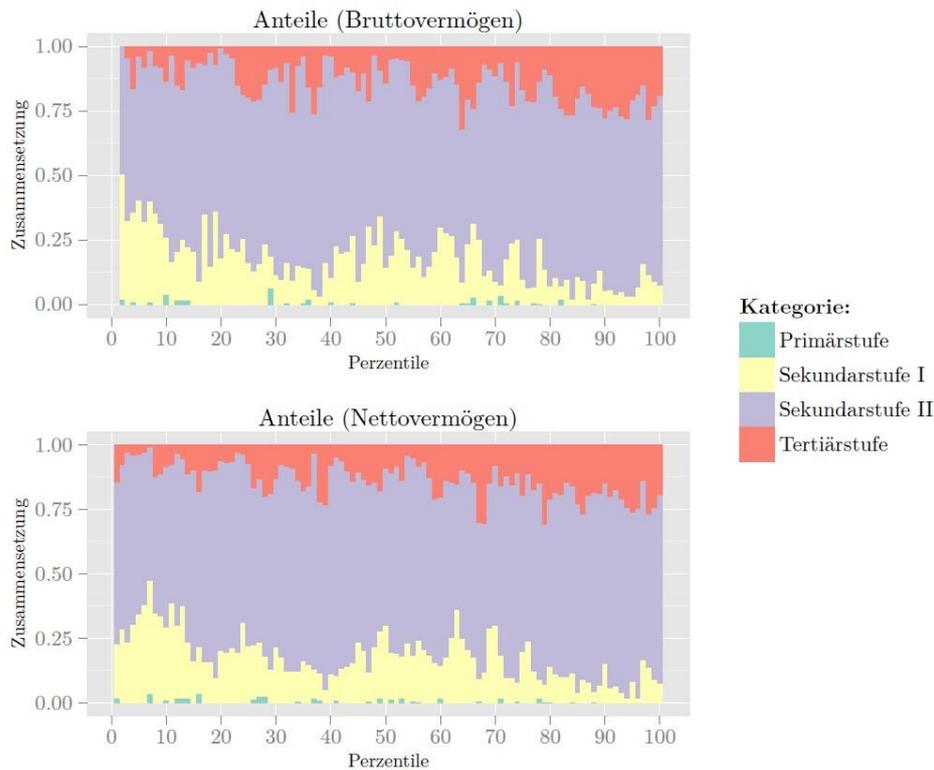


Abbildung 33: Brutto- und Nettovermögen nach Bildungsstand

Quelle: Humer et al. 2014b: 20, Daten: HFCS 2010

Über alle Klassen hinweg gibt es einen großen Anteil von Personen mit einem Abschluss einer Sekundarstufe II. Der Anteil von Personen, die nur eine Primärstufe abgeschlossen haben, ist sehr klein. Personen, die eine Sekundarstufe I abgeschlossen haben, werden in den höheren Perzentilen seltener, es nehmen dafür Personen mit Tertiärabschluss zu. Das reichste Zehntel hat zu einem Viertel einen Tertiärabschluss, zu zwei Drittel einen Abschluss der Sekundarstufe II und etwa zu einem Zehntel einen Abschluss der Sekundarstufe I. Die Unterschiede zwischen Brutto- und Nettovermögen sind nicht besonders ausgeprägt.<sup>218</sup>

Mader et al. haben 2014 das Nettovermögen unterschiedlicher Bildungsgruppen im Detail mithilfe der Daten der ersten Welle des HFCS untersucht. In Tabelle 12 haben die Autorinnen die Haushalte in drei Gruppen geteilt: weibliche Single-Haushalte, männliche Single-Haushalte und Paarhaushalte. Auch das Bildungsniveau wurde in drei Gruppen geteilt: Primär und Sekundär I, Sekundär II und

<sup>218</sup> vgl. Humer et al. 2014b: 20f

Tertiär. Die Paarhaushalte aller drei Bildungsgruppen haben ein höheres Durchschnitts- und Medianvermögen als die Single-Haushalte. Während das Mediannettovermögen von weiblichen und männlichen Single-Haushalten in der Gruppe „Primär und Sekundär I“ kaum Unterschiede aufweist, haben weibliche Single-Haushalte in der Gruppe „Sekundär II“ sogar ein höheres Medianvermögen als männliche Single-Haushalte. In der Gruppe mit dem höchsten Bildungsabschluss wiederum haben männliche Single-Haushalte einen höheren Median als weibliche Single-Haushalte.

Tabelle 12: Nettovermögen nach Bildungsniveau in Euro

	Stichprobe	Durchschnitt	1. Dezil	Median	9. Dezil
<b>Primär und Sekundär I</b>					
Weibliche Single-Haushalte	187	72.387	0	10.184	213.636
Männliche Single-Haushalte	62	115.005	-4.535	11.400	21.353
Paarhaushalte	193	225.599	1.459	98.603	1.178.037
<b>Sekundär II</b>					
Weibliche Single-Haushalte	450	117.615	1.119	24.470	268.201
Männliche Single-Haushalte	292	184.088	30	18.903	324.697
Paarhaushalte	900	385.746	7.299	174.909	759.091
<b>Tertiär</b>					
Weibliche Single-Haushalte	70	153.078	2.964	52.955	377.539
Männliche Single-Haushalte	61	298.950	3.322	61.580	765.033
Paarhaushalte	162	523.172	12.933	234.950	977.060

Quelle: Mader et al. 2014: 11, Daten: Berechnungen mit HFCS Daten

Beachtlich ist der Sprung zwischen Sekundär II und Tertiär: das Mediannettovermögen von weiblichen Single-Haushalten wird von 24 470 € auf 52 955 € mehr als verdoppelt, das von männlichen Single-Haushalten verdreifacht sich von 18 903 € auf 61 580 €. Dass im 9. Dezil Paarhaushalte mit Abschluss einer Primär- und Sekundarstufe I so hohe Nettovermögen aufweisen, erklären die Autorinnen mithilfe der vielen Paarhaushalte mit landwirtschaftlichen Betrieben, die hohe Vermögen besitzen. Im 1. Dezil sind männliche Single-Haushalte in der Gruppe Primär und Sekundär I verschuldet, auch in der Gruppe Sekundär II weisen sie nur ein sehr geringes Nettovermögen auf. Anders wiederum verhält es sich bei Betrachtung des 9. Dezils bei männlichen Single-Haushalten mit einem Tertiärabschluss: hier haben männliche Single-Haushalte mit etwa 765 000 € ein doppelt so hohes Nettovermögen als weibliche Single-Haushalte mit etwa

378 000 €. Dass die Medianwerte deutlich kleiner als die Durchschnittswerte sind, liegt an der rechtsschiefen Verteilung von Vermögen.<sup>219</sup>

Die ungleiche Besteuerung von Kapital und Arbeit wird immer wieder kritisiert, da Erwerbseinkommen progressiv mit einem Höchststeuersatz von 50% besteuert werden, während Einkommen aus Kapital oder Körperschaften einheitlich mit 25% besteuert werden. Die Forderung nach vermögensbezogenen Steuern wie zum Beispiel der Erbschaftssteuer wird von vielen Experten unterstützt. Auch die Europäische Kommission empfiehlt Österreich eine Vermögenssteuer, die das Potenzial zwischen 2,7 und 6,3 Milliarden Euro hätte.

Internationale Vergleiche sind mit Vorsicht zu genießen, da die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen sehr unterschiedlich ausgeprägt sind bzw. Spezifika der jeweiligen Länder zu berücksichtigen sind. In Österreich werden Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit und Pensionen vom Wohlfahrtsstaat übernommen.

---

<sup>219</sup> vgl. Mader et al. 2014: 11f

## 8 Zusammenfassung

### 8.1 Fragen und Vorgehensweise

---

Die Forschungsfragen lauten:

- Welche Wirkungen hatten die Veränderungen in Ausbildung und Qualifikation in Österreich auf die Einkommen und Einkommensverteilung?
- Hat der Gender Pay Gap durch die zunehmend höhere Bildung von Frauen abgenommen?
- Wie stark ist die Korrelation von Bildung und Vermögen?

Um den Bogen zwischen den unterschiedlichen Forschungsfragen zu spannen, startet die Arbeit mit einem theoretischen Teil, der sich aus der Einleitung mit der Datenbeschreibung, Datenlage und Bourdieus Kapitalsorten zusammensetzt. Der empirische Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der historischen Entwicklung von Bildung und Einkommen, der aktuellen Datenlage von Bildung, der Einkommensverteilung und Vermögensverteilung in Österreich. Es wurde darauf geachtet, möglichst viele Informationen zusammenzutragen, die für die Beantwortung der Forschungsfragen notwendig sind.

### 8.2 Wichtige Ergebnisse der Arbeit

---

Die Zusammenhänge zwischen Bildung, Einkommen und Vermögen sind auf dem ersten Blick eindeutig: Je höher die abgeschlossene Ausbildung, desto höher das Einkommen und desto höher auch das Vermögen.

Das Bildungsniveau ist in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Vor allem Frauen haben einen beachtlichen Bildungsaufstieg erlebt und gut qualifizierte junge Frauen drängen auf den Arbeitsmarkt. Im Jahr 2015 hatte jede vierte Frau bzw. etwa jeder fünfte Mann im Alter von 25 bis 34 Jahren einen Hochschulabschluss. Der Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit einem Lehrabschluss ist gesunken, der Anteil mit einem Abschluss einer höheren Schule gestiegen. Weitere Faktoren neben Bildung, die Einfluss auf das Einkommen haben, sind Alter, soziale Stellung, Branche, Geschlecht und Arbeitszeit. Grob vereinfacht: Das

höchste Einkommen haben Männer in Führungspositionen, die in der Energieversorgung, Finanz- oder Versicherungsbranche oder technischen Berufen Vollzeit arbeiten, wo der Frauenanteil sehr niedrig ist.

Die Einkommensverteilung hat sich je nach Höhe der Einkommen unterschiedlich entwickelt: Seit 2000 stagnieren mittlere Einkommen, hohe Einkommen konnten zulegen und niedrige Einkommen sind stark gesunken. Die Kluft zwischen niedrigen und hohen Einkommen hat sich vergrößert und führt zu einer ungleichen Verteilung der Einkommen.

Die Zunahme des Bildungsniveaus hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Einkommensverteilung: Für jeden Einzelnen bringt höhere Bildung höheren Gehalt und eine höhere Jobsicherheit. Für den Arbeitsmarkt hingegen kann die zunehmend höhere Bildung von Arbeitskräften zu einer höheren Einkommensungleichheit führen. Das hat mehrere Gründe: Die geringe Nachfrage nach niedrig qualifizierten Arbeitskräften aufgrund des technologischen Fortschritts verschärft den Druck im Niedriglohnsektor. Gleichzeitig haben atypische Dienstverhältnisse weiter zugenommen und sind vermehrt auch in akademischen Berufen zu finden. Die gestiegenen Anforderungen aufgrund des zunehmenden Bildungsniveaus können auf dem Arbeitsmarkt auch zu einem verschärften Konkurrenzdruck führen und die Ungleichheit daher verstärken. Bourdieu spricht von einer „geprellten Generation“, die durch falsche Zukunftshoffnungen getäuscht wurde, da nicht genügend einflussreiche Jobs geschaffen wurden. Die Klassenzugehörigkeit und somit Sozial- und Kulturkapital sind seiner Meinung nach mehr an erfolgreichen Karrieren beteiligt als die Schulbildung. Eine Bildungsexpansion kann, muss aber nicht für alle Bevölkerungsgruppen den gleichen positiven Effekt haben. Bildungspolitische Maßnahmen sind daher genau zu evaluieren.

Der Gender Pay Gap beschreibt den prozentuellen Anteil der Differenz des Bruttostundenverdienstes von Frauen und Männern am Männerbruttostundenverdienst. Der bereinigte Gender Pay Gap berücksichtigt nur vergleichbare Qualifikationen und Tätigkeiten im Gegensatz zum unbereinigten Gender Pay Gap, der allgemein Bruttostundenverdienste miteinander vergleicht. Etwa zwei Drittel der Frauen sind teilzeitbeschäftigt und arbeiten in Branchen mit niedrigen Gehältern. Der Gender Pay Gap verringerte sich von 2007 auf 2017 von 25,5% auf 19,9%.

Strukturelle Unterschiede erfassen Branche, Beruf, Bildung, Alter, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Ausmaß der Beschäftigung, Art des Arbeitsvertrags, Unternehmensgröße und Region. Ausschlaggebend für die strukturellen Unterschiede sind vor allem Branche, Beruf und Arbeitszeit. Im Jahr 2014 konnten etwa 40% der Einkommenslücke mit den oben genannten Faktoren erklärt werden, die restlichen 60% bleiben unerklärt. Trotz zunehmend höherer Bildung von Frauen hat sich der Gender Pay Gap nicht in dem Ausmaß verändert, das man erwartet hätte. Manche sprechen daher auch vom Motherhood Pay Gap, da vor allem Kinder das Einkommen von Frauen langfristig drastisch reduzieren.

Über Vermögen ist leider nur wenig bekannt, da die Datenlage dazu nicht ausreichend ist. Der Household Finance and Consumption Survey (HFCS) konnte die Lücke zu Sach- und Finanzvermögen, Verbindlichkeiten und Ausgaben privater Haushalte erstmals schließen. Mithilfe der Korrekturen am HFCS konnten Wissenschaftler berechnen, dass das reichste Prozent etwa 25% des Gesamtvermögens besitzt, die reichsten 10 Prozent mehr als die restlichen 90 Prozent besitzen, 40 Prozent der Haushalte kaum Vermögen besitzt und die ärmsten 5 Prozent sogar Schulden haben. Ab dem 90. Perzentil steigt das Nettovermögen exponentiell, vor allem Sachvermögen in Form von Immobilien, Betriebs- oder Unternehmensbeteiligungen.

Die Bildungshomogamie, die in Kapitel 4.3 ausgeführt wurde, verschärft die Konzentration der Vermögen, da bereits etwa 70% der Paarhaushalte in Österreich denselben Bildungsgrad haben. Bei hohen Einkommen von Haushalten trägt das Bildungsniveau nicht so viel zum Vermögen bei wie das Sozialkapital, das akkumuliert wird. Die reichsten 10 Prozent haben etwa zu einem Viertel einen Tertiärabschluss und etwa zwei Drittel einen Abschluss der Sekundarstufe II. Das höchste Nettovermögen haben Paarhaushalte mit einem Tertiärabschluss. Die Unterschiede zwischen einem Abschluss der Sekundarstufe II und einem Tertiärabschluss sind am größten. Immer wieder wird die ungleiche Besteuerung von Arbeit und Kapital kritisiert, da Erwerbseinkommen progressiv besteuert wird, während Einkommen aus Kapital einheitlich mit 25% besteuert wird. Die Europäische Kommission empfiehlt Österreich eine Vermögenssteuer, die bis zu 6,3 Milliarden Euro einbringen könnte.

Bildung ist Menschenrecht, soll Kinder zu mündigen Bürgern erziehen, sie entscheidungs- und handlungsfähig auf die Zukunft vorbereiten, bietet Lebenschancen und soll zu Toleranz, Freundschaft und Frieden beitragen. Bildung ist also wesentlich mehr als nur die höchste abgeschlossene Ausbildung. Es ist unbestritten, dass Bildung einen wichtigen Anteil am Einkommen und Vermögen hat. Die Wirkung von Bildung ist jedoch auch unter Experten umstritten.

Wüllenweber, ein deutscher Journalist, fordert mehr Geld für Bildung im Kampf gegen Armut: „Die Geld-Armen und die Bildungs-Armen sind dieselben Menschen. (...) Schlechte Bildung ist die Ursache. Armut ist die Folge. (...) Eltern, die selbst kein Gymnasium besucht haben, sind von der immer komplizierter werdenden Bildungswelt in aller Regel völlig überfordert. Häufig fehlt ihnen schon das Bewusstsein für die seit ihrer Schulzeit dramatisch gestiegene Bedeutung des Lernens. (...) Die erfolgreichen Bildungs- und Sozialstaaten haben deshalb auch diese Frage längst umfassend beantwortet: Im Bildungssystem direkt ist das Geld viel besser angelegt als bei den Familien.“<sup>220</sup>

Butterwegge, ein deutscher Armutsforscher, fordert hingegen mehr Geld für die Sozialkassen im Kampf gegen Armut: „Bildung stellt jedoch nur ein begrenzt taugliches Mittel gegen Armut dar. (...) Was unter günstigen Umständen zum individuellen Aufstieg taugt, versagt als generelles Patentrezept. Denn wenn alle Jugendlichen - was natürlich wünschenswert wäre - mehr Bildungsmöglichkeiten bekämen, würden sie womöglich um die immer noch viel zu wenigen Ausbildungs- und Arbeitsplätze nur auf einem höheren Niveau konkurrieren, nicht aber mit besseren Chancen. Dann gäbe es wieder mehr Taxifahrer mit Abitur, aber noch genauso viele Arme (...) Es ist ein Widerspruch unserer Zeit, dass man Bildung immer mehr zu einer Ware herabwürdigt und sie gleichwohl als politische Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut begreift. Eine gute Bildung weitet zwar den geistigen Horizont und erleichtert den beruflichen Aufstieg, sie beseitigt aber nicht das Problem einer Armut, die in den gesellschaftlichen Strukturen wurzelt. Eine bessere (Aus-)Bildung erhöht die Konkurrenzfähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeitsmarkt, ohne Erwerbslosigkeit und Armut als gesellschaftliche Phänomene zu beseitigen. Hierfür bedarf es in einem Land, das trotz der

---

<sup>220</sup> Wüllenweber 2009: *Hilft mehr Bildung gegen Armut? Pro: Mehr Geld in die Bildung*

Weltwirtschaftskrise und ihrer Folgen noch nie so reich war wie heute, weiterhin der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen.“<sup>221</sup>

### **8.3 Herausforderungen für die Zukunft**

---

Die vorliegende Arbeit soll einen differenzierten Blick auf Ungleichheit in Österreich zeigen. Die Schwerpunkte dieser Arbeit lagen auf Einkommens-, Vermögensungleichheit und deren Wechselwirkungen mit Bildung. Im letzten Kapitel soll es um Herausforderungen der Zukunft gehen und Aspekte angesprochen werden, die bisher wenig oder gar nicht angesprochen wurden. Die Verteilungswirkung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen reduziert Ungleichheit. Trotzdem gibt es Empfehlungen, die in Hinblick auf die Zukunft wichtig sind, denn: „Wie die Verteilung von Einkommen, Vermögen, Arbeits- und Lebenschancen in einer Gesellschaft organisiert ist, zählt zu den politischen Kernfragen der Demokratie.“<sup>222</sup> Es gibt eine Vielzahl an Empfehlungen; hier soll nur eine kleine Auswahl präsentiert werden.

#### Mehr Daten zu Reichtum

Da es zu wenig Daten zu Reichtum gibt, ist der Zugang zu umfangreichem Datenmaterial (inkl. Vermögensarten wie Unternehmensbeteiligungen oder Finanz- und Immobilienbesitz) für weitere Untersuchungen bzw. Ableitungen für sozialpolitische Maßnahmen notwendig. Es ist nicht ersichtlich, warum Daten zu Vermögen nicht genauer erhoben werden.

#### Höhere Besteuerung von Kapital

Die Besteuerung von Arbeit gegenüber Kapital ist zu hoch. Leistungsloses Einkommen aus Zinsen, Dividenden sowie Aktien-Spekulationsgewinne sind mit 25% weit weniger besteuert und auch nicht sozialversicherungspflichtig. Viele Forscherinnen und Forscher fordern eine Vermögenssteuer (zB Erbschaftsteuer, Finanztransaktionssteuer) für eine Reduzierung der Ungleichheiten. Aufgrund der fehlenden Erbschaftsteuer warnen Schnetzer und Rehm: „Die vor allem durch Erbschaften gebremste soziale Mobilität, also verminderte Aussicht

---

<sup>221</sup> Butterwegge 2009: *Hilft mehr Bildung gegen Armut? Contra: Mehr in die Sozialkassen*

<sup>222</sup> BMASK 2017: 10

auf sozialen Aufstieg, droht in Europa zu einer Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Glaubwürdigkeit wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen zu werden.“<sup>223</sup>

### Prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden zunehmend mehr und betreffen vor allem junge Menschen. Das zeigt sich im Hochschulwesen, aber auch bereits in Branchen, wie beispielsweise dem Journalismus. Junge Menschen aus bildungsfernen Schichten trauen sich diese Berufe aus finanziellen Gründen nicht mehr zu, das führt zu einer elitären Segregation in diesen Berufsgruppen. Allerdings kann das auch innerhalb einer Berufsgruppe zur Segregation führen. „Zwei Lehrer mögen sich in der Schule die Klinke in die Hand geben und können doch in ganz unterschiedlichen Sicherheitswelten leben: Hier der Beamte mit planbarer Laufbahn und Aussicht auf Frühverrentung, dort der sich von Jahresvertrag zu Jahresvertrag hangelnde Angestellte ohne Aussicht auf Festanstellung. (...) Status und Sicherheit hängen heute nicht mehr allein vom Beruf, sondern auch vom Beschäftigungsverhältnis, von der jeweiligen Branche, Region oder einfach vom Zeitpunkt des Markteintritts ab.“<sup>224</sup>

### Mindestlohn und Armutsbekämpfung

Trotz Vollzeitbeschäftigung haben laut Sozialbericht im Jahr 2016 mindestens 400 000 Menschen einen Bruttolohn von weniger als 1 500€, mehr als 650 000 Menschen erhalten weniger als 1 700€.<sup>225</sup> Das Phänomen der „working poor“ trifft vor allem Beschäftigte ohne Kollektivvertrag oder niedrigen Kollektivvertragslöhnen. Ein Generalkollektivvertrag mit einer entsprechenden Lohnuntergrenze oder ein Mindestlohn sind hier gefordert.

### Geschlechterdifferenz

Der Geschlechterdifferenz bei Einkommen und Vermögen kann durch bessere Kinderbetreuung, stärkere Forcierung von „männerdominanten“ Branchen und bessere Förderung von Mädchen in Schulen Einhalt geboten werden.

---

<sup>223</sup> Schnetzer und Rehm 2017: 16

<sup>224</sup> ORF 2012: *Lebenschancen*

<sup>225</sup> vgl. BMASK 2017: 11

### Chancengleichheit für alle Kinder

Zugang zu qualitativ hochwertiger und kostengünstiger Ganztageskinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag sollte gewährleistet sein. Verstärkte Väterbeteiligung, flächendeckende Ganztagsangebote für alle Altersgruppen für das ganze Jahr und Förderung von Kindern im Kindergartenalter können Ungleichheit drastisch entschärfen.

### Bekämpfung von Steueroasen

Steueroasen sollten bekämpft und Steuerschlupflöcher gestopft werden. Zucman empfiehlt ein globales Finanzkataster mit automatischem Informationsaustausch und einer weltweiten Besteuerung von Kapital. Die Skandale um Luxemburg Leaks 2014, die Panama Papers 2016, die Paradise Papers 2017 und der Cum-Ex-Steuerskandal 2018 zeigen, dass über die Themen Steuervermeidung und Steuerbetrug in den Medien viel berichtet wurde. Konsequenzen auf politischer Ebene gab es trotz öffentlichen Drucks bisher leider nicht. Auf EU-Ebene könnten steuerliche Länderberichte einen besseren Einblick in das Steueraufkommen multinationaler Unternehmen gewähren, denn auch hier ist die Datenlage unzureichend.

### Auswirkungen auf Demokratie

Der Soziologe Mau warnt vor einem Kampf um Lebenschancen, das vor allem große Konsequenzen für die gesellschaftliche Solidarität hat, da Angst Hass gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen schüre. Diese Vorbehalte seien ideologisch, da der Mittelstand am stärksten vom Sozialstaat profitiere.<sup>226</sup>

### Arbeitszeitverkürzung

Eine Umverteilung der Arbeit in Form einer Arbeitszeitverkürzung (zB auch eine lebensphasenorientierte Arbeitszeit) wäre eine Antwort auf die Veränderungen der Arbeitswelt.

---

<sup>226</sup> vgl. ORF 2012: *Lebenschancen*

## Strukturelle Veränderungen

Branko Milanovic, Ungleichheitsforscher und Autor zahlreicher Bücher zu diesem Thema, warnt vor strukturellen Veränderungen. Die Disartikulation schafft weitere Divergenzen in der Lebensgestaltung und der Wahrnehmung von Politik, die vor allem die schrumpfende Mittelschicht treffen wird, die von stagnierenden Einkommen und permanenter Angst vor dem Jobverlust geprägt ist. „Big Money“ ermöglicht den Reichen größere politische Macht und bei politischen Entscheidungen werden die Interessen der Eliten bevorzugt. Chancenungleichheiten werden auf weitere Generationen übertragen. Der Zugang zu privater Bildung, der oft mit familiären Beziehungen und Netzwerken einhergeht, verstärkt diese Ungleichheit.<sup>227</sup>

Ein differenzierter Blick auf Einkommens- und Vermögensungleichheit und Bildung zeigt, dass komplexe Fragestellungen komplexe Antworten erfordern. Es ist jedoch klar, dass in einer globalisierten Welt, in der Arbeit, Technologie und Fortschritt ständig einem Wandel unterzogen sind, es politische Maßnahmen erfordert, um die Rahmenbedingungen anzupassen. Steuersysteme müssen entsprechend geändert werden, um Steuergerechtigkeit zu erhöhen. Arbeitsweisen und -strukturen ändern sich und der technologische Fortschritt erfordert immer weniger Arbeitskräfte. Auch Bildung hat sich im Laufe der Zeit gewandelt und erfordert nicht nur Fachwissen, sondern auch das Verstehen von komplexen Themen, die Verknüpfung von verschiedenen Kompetenzen und kritisches, reflektiertes Denken und Handeln. Viele der oben genannten Probleme brauchen transnationale Zusammenschlüsse und können nicht auf Nationalstaatsebene gelöst werden. In Hinblick auf die Zukunft wäre es wünschenswert, wenn Themen wie Bildung, Bekämpfung von Steueroasen, gerechte Besteuerung von Arbeit und Arbeit stärker diskutiert werden und mehr in den Fokus rücken.

---

<sup>227</sup> vgl. Milanovic 2016: *Die strukturellen Aspekte der Ungleichheit*

## 8.4 Empfehlungen für höhere Bildungsmobilität

---

In Österreich werden in der Vor- und Volksschule aufgrund des verpflichtenden Kindergartenjahrs gute Ergebnisse erzielt, aber im Ranking der Lesekompetenz von 15-Jährigen liegt Österreich nur auf Platz 29 von 38. Die Forscherinnen und Forscher von UNICEF empfehlen daher in Hinblick auf Bildungsgerechtigkeit:

- Frühkindliche Förderung für jedes Kind gewährleisten
- Ein Mindestmaß an Kernkompetenzen für jedes Kind sicherstellen
- Soziale und ökonomische Ungleichheit reduzieren
- Geschlechtsunterschiede bei der Bildung verringern
- Fokus auf Chancengleichheit setzen
- Qualitativ hochwertigere Daten in der Bildungsforschung erheben<sup>228</sup>

Schüchner und Schnell fordern einen Chancen-Index zur transparenten und gerechten Schulfinanzierung, um die unterschiedlichen Anforderungen für Schule gerecht zu unterstützen. Föderale Grundstruktur, unterschiedliche Finanzierungssysteme von Bund und Land und große strukturelle Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten zeichnen derzeit das österreichische Schulsystem aus. Die Autoren schreiben: „Zurzeit ist es nicht nachvollziehbar wie und nach welchen Kriterien Mittel verteilt werden. Es besteht keine Vorgabe wie viele Mittel ein Standort mit geringer Benachteiligung braucht, um den Unterricht zu gestalten. Ebenfalls fehlt es an Informationen darüber, was Schulen mit hoher Benachteiligung benötigen. Kurzum: Es fehlt eine aufgabenorientierte Finanzierung. Unter diesen Bedingungen muss ein Modell entwickelt werden, das im Vergleich zum bestehenden System keinen Standort benachteiligt und Schulen mit großen Herausforderungen die entsprechenden zusätzlichen Ressourcen zukommen lässt.“<sup>229</sup>

Die Autorinnen und Autoren des Nationalen Bildungsberichts 2015 sehen Handlungsbedarf und fordern Interventionsansatzpunkte auf den folgenden vier Ebenen:

---

<sup>228</sup> vgl. UNICEF Österreich 2018: *Presseausendung. Neue UNICEF Studie*

<sup>229</sup> Schüchner und Schnell 2016: *Chancen-Index für eine Fairteilung von Bildungschancen*

1. Zusammensetzung der Schülerschaft (bei gleichbleibender Angebotsstruktur)
2. Zusammensetzung durch veränderte Angebotsstruktur an Schulstandorten
3. Wohnraumsegregation
4. Schulqualität (bei gleichbleibender Zusammensetzung)

Lasnigg et al. fordern eine Verbesserung bei der Transparenz von Ausgaben und fragen: „Wohin fließen die Mittel? Wie werden sie verausgabt? Wie und wo werden Lehrpersonen und Unterstützungspersonal eingesetzt? Das vorhandene Informationssystem kann über diese Fragen keine zureichenden Aussagen machen, da es entscheidende Lücken enthält, die mit der Gestaltung des Governance-Systems zusammenhängen. Erst wenn die vergleichsweise gute Finanz- und Humanausstattung in Österreichs Schulen allgemein anerkannt wird, kann sich die Debatte den Fragen der Effizienz und Effektivität zuwenden. Nur wenn die Höhe der Aufwendungen für Schulen unstrittig ist, kann eine Diskussion über eine gerechte Verteilung geführt werden. (...)

- Die Bruchlinie zwischen Bund und Ländern in der Finanzierungsregelung ergibt gegensätzliche Grundinteressen: beim Bund möglichst Minimierung, bei den Ländern möglichst Maximierung der Ausgaben. Das logische Resultat ist Informationszurückhaltung durch die Länder mit der Folge, dass die nötigen Informationen nicht nur dem Bund, sondern auch der Öffentlichkeit vorenthalten werden.
- Die Doppelgleisigkeit der Sekundarstufe I in Form von HS/NMS und AHS-Unterstufe bewirkt, dass die Ausgaben für die AHS-Unterstufe nicht selbstverständlich als Teil der Pflichtschule ausgewiesen werden. <sup>230</sup>

Handlungsmöglichkeiten zeigen die Autoren für Schulstandort, die Lehreraus- und Lehrerfortbildung und auf Systemebene auf:

„An Schulstandorten

- Vermeidung ungünstiger Gruppierungen von Schülerinnen und Schülern auf Klassenebene

---

<sup>230</sup> Lasnigg et al. 2016: 341

- Verbesserung der Qualität von Unterricht durch Umsetzung souveräner Klassenführung und adaptiven Unterrichts in Gruppen mit gehäuften Risikomerkmale und Einsatz der fähigsten Lehrkräfte in schwierigen Kontexten
- Anerkennung unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen von Schülerinnen und Schülern als handlungsleitend für die organisatorische und pädagogische Arbeit an der Schule
- Entwicklung der Ganztagsangebote unter anderem mit dem Ziel, Schülerinnen und Schüler bildungsferner Eltern durch gezielte und angepasste schulische Angebote intensiver in die schulische Umwelt zu integrieren

#### In der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern

- gezielte Vorbereitung auf die Arbeit in Schulkulturen der Vielfalt
- Unterstützung der Schulleiterinnen und Schulleiter im Prozess der Desegregation

#### Auf Systemebene

- Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen mittels sozialindexbasierter Mittelvergabe
- zur Reduktion der Segregation sollte die kontrollierte Schulwahl durch die Eltern als Mittelweg zwischen dem verpflichtenden Sprengelwesen und der freien Elternwahl in Erwägung gezogen werden. Diese sehen die Autorin und die Autoren als international erfolgreichste Strategie an.<sup>231</sup>

An den Hochschulen ist die Situation noch dramatischer als an den Schulen: Im Wintersemester 2015/16 waren etwa 56% der Studierenden erwerbstätig.<sup>232</sup> Die Anzahl der Stipendienbezieherinnen und -bezieher geht zurück und die Stipendienhöhen sind unzureichend. Fehlende Anpassungen bezüglich Berechnungs- und Bezugskriterien erschweren die soziale Durchlässigkeit im Stipendiensystem. Die österreichische Hochschulkonferenz forderte daher eine Anhebung der Stipendien entsprechend der Lohn- und Preisentwicklung, eine Anhebung der Altersgrenzen und eine Beseitigung von Hürden.<sup>233</sup>

---

<sup>231</sup> Eder et al. 2016: 357f

<sup>232</sup> vgl. Statistik Austria 2017: 134

<sup>233</sup> vgl. Eckl und Kastner 2015: *Stipendien im Sinkflug*

## 9 Literaturverzeichnis

- ACKERMANN, U. (2013): Freiheit und Gleichheit. – In: bpb (Bundeszentrale für politische Bildung): Politische Grundwerte. – Bonn. (= Aus Politik und Zeitgeschichte 34-36/2013), 24-27.
- AGENDA AUSTRIA (2013): Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung. – Wien.
- ALTZINGER, W. , HUMER, S. , MOSER, M. (2016): Entwicklung und Verteilung der Einkommen. – In: BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz): Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen. 227-268; auch online unter: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372> (04.01.2019).
- ALTZINGER, W. , LAMEI, N., RUMPLMAIER, B. , SCHNEEBAUM, A. (2013): Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. – In: *Statistische Nachrichten 1/2013*, 48-62.
- ANDREASCH, M. , FESSLER, P. , MOOSLECHNER, P. , SCHÜRZ, M. (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. – In: BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz): Sozialbericht 2011-2012. Ressortaktivitäten und Sozialpolitische Analysen. – Wien, 247-265.
- AUGUSTIN, S. , HOLLAN, K. , SCHNEEBAUM, A. (2015): Bildungshomogamie und Vermögensverteilung in Österreich. – In: *Wirtschaft und Gesellschaft 2015*, Band 41 (3), 383-407.
- BERGER, P. A. (2005): Deutsche Ungleichheiten – eine Skizze. – In: bpb (Bundeszentrale für politische Bildung): Ungleichheit – Ungerechtigkeit. – Bonn. (= Aus Politik und Zeitgeschichte. 37/2005), 7-16; auch online unter: [www.bpb.de/system/files/pdf/NUNFKY.pdf](http://www.bpb.de/system/files/pdf/NUNFKY.pdf) (10.02.2019).
- BLAAS, W. (2005): Deskriptive Statistik. Vorlesung an der TU Wien; online 18.01.2005, [http://www.ifip.tuwien.ac.at/lehre/267079/deskriptive\\_statistik-jan05.doc](http://www.ifip.tuwien.ac.at/lehre/267079/deskriptive_statistik-jan05.doc) (01.02.2019).
- BMASK (Bundesministerium für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz) (2017): Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen. – Wien; auch online unter: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372> (31.01.2019).
- BMBWF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung) (2018): Lehrpläne der AHS-Oberstufe; online 31.08.2018, <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568&FassungVom=2018-09-01> (22.03.2019).

BOURDIEU, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. – In: KRECKEL, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. – Göttingen. (= Soziale Welt Sonderband 2), 183-198.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales Deutschland (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; auch online unter: [https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=6) (26.01.2019).

CHANG, H.-J. (2010): 23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen. – München.

CONCEICAO, P. , FERREIRA, P. (2000): The Young Person's Guide to the Theil Index: Suggesting Intuitive Interpretations and Exploring Analytical Applications. (= UTIP Working Paper Number 14). Online: [http://utip.gov.utexas.edu/papers/utip\\_14.pdf](http://utip.gov.utexas.edu/papers/utip_14.pdf) (05.01.2016).

ECKERSTORFER, P. , HALAK, J. , KAPPELLER, J. , SCHÜTZ, B. , SPRINGHOLZ, F. , WILDAUER, R. (2013): Vermögen in Österreich. Bericht zum Forschungsprojekt „Reichtum im Wandel“ – Wien; auch online unter: [https://www.arbeiterkammer.at/in-fopool/wien/Vermoeegen\\_in\\_Oesterreich.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/in-fopool/wien/Vermoeegen_in_Oesterreich.pdf) (01.03.2019).

EDER, F. , BRUNEFORTH, M. , KRAINER, K. , SCHREINER, C. , SEEL, A. , SPIEL, C. (2016): Zusammenfassung der Herausgeberinnen und Herausgeber – In: BRUNEFORTH, M. , EDER, F. , KRAINER, K. , SCHREINER, C. , SEEL, A. , SPIEL, C. (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 2. Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. – Salzburg, Graz, Klagenfurt und Wien, 353-364.

EIFFE, F. F. , HINTERBERGER, F. , KNECHT-KAISER, U. , KRÜGER, C. (2010): Ein gutes Leben für alle. Bedürftigkeit, Lebensqualität und Verwirklichungschancen. – In: Die Armutskonferenz (Hrsg.): Geld.Macht.Glücklich. Dokumentation achte österreichische Armutskonferenz. – Wien, 38-45.

FAIK, J. (2007): Verteilungsmaße: Theorie und Empirie. – Vortrag gehalten am 13.11.2007 in Lüneburg; auch online unter: [http://vwl.faik.net/downloads/vortraege/2007-11-13\\_Lueneburg.pdf](http://vwl.faik.net/downloads/vortraege/2007-11-13_Lueneburg.pdf) (05.01.2015).

FALTER Ökonomie (2014): Die Krise verstehen. – Wien. (= Nr. 34a/14); auch online unter: <https://www.falter.at/falter/e-paper/lesen/267/okonomie> (01.05.2015).

FELIXBERGER, P. (2012): Wie gerecht ist die Gerechtigkeit? – Hamburg.

FERSCHLI, B. , KAPPELLER, J. , SCHÜTZ, B. , WILDAUER, R. (2017): Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. Simulation, Korrektur und Besteuerung. – Linz. (=ICAE Working Paper Series, No. 72.); auch online unter: [https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE\\_Working\\_Papers/wp72.pdf](https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp72.pdf) (25.01.2019).

FESSLER, P. , LINDNER, P. , SCHÜRZ, M. (2019): Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. First results for Austria. – Wien; auch online unter:

<https://www.hfcs.at/dam/jcr:6c798d62-f16a-4fc7-8555-9df9042fc836/hfcs-2017-austria-first-results.pdf> (01.03.2019).

FESSLER, P. , MOOSLECHNER, P. , SCHÜRZ, M. (2010): Repräsentativität der ersten Welle des HFCS. – In: ÖNB: Statistiken – Daten und Analysen. – Wien (= Q4/10), 48-62.

FESSLER, P. , MOOSLECHNER, P. , SCHÜRZ, M. , WAGNER, K. (2009): Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich. – In: Geldpolitik und Wirtschaft (= Q2/09), 113-134.

FESSLER, P. , SCHÜRZ, M. (2016): Zur Mitte in Österreich. – In: BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz): Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen. 269-292; auch online unter: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372> (16.04.2017).

FÖRSTER, M. F. (2008): Einkommensverteilung und Armut im OECD-Raum. – In: ÖNB (Österreichische Nationalbank): Dimensionen der Ungleichheit in der EU. – Wien. (= Workshop No. 16), 89-106; auch online unter: [https://www.oenb.at/dam/jcr:3b059231-aa6e-4aaf-8014-c199a86336df/ws\\_band\\_16\\_internet\\_tcm16-143471.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:3b059231-aa6e-4aaf-8014-c199a86336df/ws_band_16_internet_tcm16-143471.pdf) (09.02.2019).

FRICK, J. , GRABKA, M. (2008): Erkenntnisse und Probleme der Vermögensforschung auf Basis von Surveydaten. – In: ÖNB (Österreichische Nationalbank): Dimensionen der Ungleichheit in der EU. – Wien (= Workshop No. 16), 151-189; auch online unter:

[https://www.oenb.at/dam/jcr:3b059231-aa6e-4aaf-8014-c199a86336df/ws\\_band\\_16\\_internet\\_tcm16-143471.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:3b059231-aa6e-4aaf-8014-c199a86336df/ws_band_16_internet_tcm16-143471.pdf) (09.02.2019).

GEISBERGER, T. , GLASER, T. (2017): Gender Pay Gap. Analysen zum Einfluss unterschiedlicher Faktoren auf den geschlechtsspezifischen Unterschied. – In: Statistische Nachrichten 6/2017, 460-471.

GLOCKER, C. , HORVATH, T. , MAYRHUBER, C. , ROCHA-AKIS, S. (2014): Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich. – In: BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz) (Hrsg.) (2014): Sozialbericht 2013-2014. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien, 249-292.

GUGER, A. , MARTERBAUER, M. (2004): Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich. – Wien; auch online unter: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=25385&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=25385&mime_type=application/pdf) (06.07.2019)

GUGER, A. , MARTERBAUER, M. (2005): Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich. – In: WIFO Monatsberichte 9/2005. – Wien, 615-628.

HEINEMANN, M. (2008): Messung und Darstellung von Ungleichheit. – Lüneburg. (= Working Paper Series in Economics No. 108); auch online unter:

[http://www.leuphana.de/fileadmin/user\\_upload/Forschungseinrichtungen/ifvwl/WorkingPapers/wp\\_108\\_Upload.pdf](http://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/Forschungseinrichtungen/ifvwl/WorkingPapers/wp_108_Upload.pdf) (25.07.2015).

HRADIL, S. (2001): Soziale Ungleichheit in Deutschland. – Opladen.

HUEMER, U. , BOCK-SCHAPPELWEIN, J. , FAMIRA-MÜHLBERGER, U. , LUTZ, H. , MAYRHUBER, C. (2017): Österreich 2025: Arbeitszeitverteilung in Österreich. Analyse und Optionen aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – Wien; auch online unter: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=59285&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=59285&mime_type=application/pdf) (06.07.2019).

HUININK, J. (2014): Messung von sozialer Ungleichheit. – In: BAUR, N. , BLASIUS, J. (2014): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 1037-1050.

HUMER, S. , MOSER, M. , SCHNETZER, M. , ERTL, M. , KILIC, A. (2014a): Einkommensverteilung in Österreich. Eine komparative Analyse von Mikrodatensätzen. - Wien. (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 125, AK Wien); auch online unter: [https://media.arbeiterkammer.at/wien/MaterialienWuG\\_125.pdf](https://media.arbeiterkammer.at/wien/MaterialienWuG_125.pdf) (24.07.2015).

HUMER, S. , MOSER, M. , SCHNETZER, M. , ERTL, M. , KILIC, A. (2014b): Sozioökonomische Charakteristika der Vermögensverteilung in Österreich. Eine Analyse des HFCS 2010. – Wien. (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 136, AK Wien).

KLENK, F. , PESENDORFER, K. (2018): Zahlen, bitte! Was Sie schon immer über Österreich wissen wollten. – Wien.

LANDGRAF, C. (2016): Messung der Vermögensungleichheit: Vergleich der Datengrundlagen und Methoden. – Masterarbeit, Ludwig-Maximilians-Universität München; auch online unter: [https://epub.ub.uni-muenchen.de/31966/1/MA\\_Landgraf.pdf](https://epub.ub.uni-muenchen.de/31966/1/MA_Landgraf.pdf) (21.03.2019).

LASSNIGG, L. , BRUNEFORTH, M. , VOGTENHUBER, S. (2016): Ein pragmatischer Zugang zu einer Policy-Analyse: Bildungsfinanzierung als Governance-Problem in Österreich– In: BRUNEFORTH, M. , EDER, F. , KRAINER, K. , SCHREINER, C. , SEEL, A. , SPIEL, C. (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 2. Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. – Salzburg, Graz, Klagenfurt und Wien, 305-352.

LIEBIG, S. , MAY, M. (2009): Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. – In: bpb (Bundeszentrale für politische Bildung): Soziale Gerechtigkeit. – Bonn. (= Aus Politik und Zeitgeschichte. 47/2009), 3-8; auch online unter: [www.bpb.de/system/files/pdf/W1C8PC.pdf](http://www.bpb.de/system/files/pdf/W1C8PC.pdf) (10.02.2019).

LORENZ, H. , CHRISTL, M. (2015): Armut. Ungleichheit & Verteilung. – Wien; auch online unter: <https://www.agenda-austria.at/wp-content/uploads/2018/04/agenda-austria-armut-ungleichheit-verteilung.pdf> (21.03.2019).

- MADER, K. , SCHNEEBAUM, A. , HOLLAN, K. , KLOPF, P. (2014): Vermögensunterschiede nach Geschlecht: Erste Ergebnisse für Österreich. – Wien. (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 129, AK Wien).
- MARTERBAUER, M. , SCHÜRZ, M. (2008): Ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen in Österreich. – In: WISO (Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des ISW) 3/2008, 152-167.
- MAYRHUBER, C. , GLOCKER, C. , HORVATH, T. , ROCHA-AKIS, S. (2015): Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich. WIFO-Beitrag zum Sozialbericht 2014-2015; auch online unter: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=50897&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=50897&mime_type=application/pdf) (02.02.2016).
- MEULEMANN, H. (2004): Sozialstruktur, soziale Ungleichheit und die Bewertung der ungleichen Verteilung von Ressourcen. – In: BERGER, P. A. , SCHMIDT, V. H. (Hrsg.) (2014): Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung. Wiesbaden, 115-129.
- MISIK, R. (2012): Der Skandal der Ungleichheit. – In: KATZIAN, W. , BAUER, L. , MUM, D. (Hrsg.) (2012): Verteilen statt verspielen. Wege zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. – Wien. 39-50.
- MOOSLECHNER, P. , SCHÜRZ, M. (2009): Verteilung der Geldvermögen. – In: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK): Sozialbericht 2007 – 2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. – Wien, 275-288.
- NOLTE, P. (2005): Soziale Gerechtigkeit in neuen Spannungslinien. – In: bpb (Bundeszentrale für politische Bildung): Ungleichheit – Ungerechtigkeit. – Bonn. (= Aus Politik und Zeitgeschichte. 37/2005), 16-23; auch online unter: [www.bpb.de/system/files/pdf/NUNFKY.pdf](http://www.bpb.de/system/files/pdf/NUNFKY.pdf) (10.02.2019).
- OBERWIMMER, K. , BRUNEFORTH, M. , SIEGLE, T. , VOGTENHUBER, S. , LASSNIGG, L. , SCHMICH, J. , GUMPOLDSBERGER, H. , SALCHEGGER, S. , WALLNER-PASCHON, C. , THALER, B. , TRENKWALDER, K. (2016): Indikatoren D: Output – Ergebnisse des Schulsystems. In: BRUNEFORTH, M. , LASSNIGG, L. , VOGTENHUBER, S. , SCHREINER, C. , BREIT, S. (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 1. Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. – Salzburg und Wien, 129-194.
- ÖNB (Österreichische Nationalbank) (2016): HFCS des Eurosystems 2014. Methodische Grundlagen für Österreich (zweite Welle). – Wien; auch online: [https://www.hfcs.at/dam/jcr:13f31fd0-af99-4dce-980d-7fbd1f24ac80/HFCS\\_Methodische%20Grundlagen\\_2016.pdf](https://www.hfcs.at/dam/jcr:13f31fd0-af99-4dce-980d-7fbd1f24ac80/HFCS_Methodische%20Grundlagen_2016.pdf) (01.03.2019).
- OPIELKA, M. (2006): Gerechtigkeit durch Sozialpolitik? – In: bpb (Bundeszentrale für politische Bildung): Reformen des Sozialstaates. – Bonn. (= Aus Politik und Zeitgeschichte 8-

- 9/2006), 32-38; auch online unter: <http://www.bpb.de/system/files/pdf/9JEA EH.pdf> (10.02.2019).
- OSTRY, J. D. , BERG, A. , TSANGARIDES, C. G. (2014): Redistribution, Inequality and Growth. (= IMF Staff Discussion Notes 2014/02); auch online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2014/sdn1402.pdf> (10.02.2019).
- PIKETTY, T. (2014): Capital in the Twenty-First Century. – London.
- Rechnungshof (2018): Allgemeiner Einkommensbericht 2018. – Wien; auch online unter: [https://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2018/berichte/einkommensberichte/Einkommensbericht\\_2018.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2018/berichte/einkommensberichte/Einkommensbericht_2018.pdf) (21.01.2019).
- ROTMAN, D. (2014): Das gebrochene Versprechen. - In: Technology Review, 12/2014, 28-34.
- SAUER, P. (2017): Wie höhere Bildung Ungleichheit fördert. – In: Trendreport. Arbeit, Bildung, Soziales. (1/2017), 20-21; auch online unter: [https://www.forba.at/wp-content/uploads/2018/11/1240-Trendreport\\_1-2017\\_Online\\_FINAL-1.pdf](https://www.forba.at/wp-content/uploads/2018/11/1240-Trendreport_1-2017_Online_FINAL-1.pdf) (28.03.2019).
- SCHÄFERS, B. (2000): Ungleichheit. – In: ANDERSEN, W. , WOYKE, W. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. – Opladen, 609.
- SCHNETZER, M. , REHM, M. (2017): Vermögen in Österreich: Erkenntnisse und Herausforderungen. – In: Trendreport. Arbeit, Bildung, Soziales. (1/2017), 15-17; auch online unter: [https://www.forba.at/wp-content/uploads/2018/11/1240-Trendreport\\_1-2017\\_Online\\_FINAL-1.pdf](https://www.forba.at/wp-content/uploads/2018/11/1240-Trendreport_1-2017_Online_FINAL-1.pdf) (17.03.2019).
- SCHWARZE, J. , ELSAS, S. (2013): Analyse von Einkommensverteilungen. Ansätze, Methoden und Empirie. – Bamberg. (= Schriften aus der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Band 8); auch online unter: <opus4.kobv.de/opus4-bamberg/files/3594/SSOWI8SchwarzeElsasopusseA2.pdf> (30.07.2015).
- SOS Mitmensch (2014): Magazin für Menschenrechte. Wann kommt Steuergerechtigkeit? (= 3/2014, Nr. 36); auch online unter: <http://www.sosmitmensch.at/site/momagazin/alleausgaben/36> (01.05.2015).
- Statistik Austria (2017): Bildung in Zahlen 2015/16. Schlüsselindikatoren und Analysen. – Wien.
- Statistik Austria (2018): Bildung in Zahlen 2016/17. Schlüsselindikatoren und Analysen. – Wien.
- STEIN, U. (2013): Leitfaden Einkommensverteilung. – In: IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung) Praxis, Mai 2013; auch online unter: [https://www.boeckler.de/pdf/imk\\_pj\\_verteilungsmonitor\\_leitfaden.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/imk_pj_verteilungsmonitor_leitfaden.pdf) (10.02.2019).

STEINER, H. (2012): Die Verteilung der Einkommen in Österreich. – In: AK Wien (Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien) (Hrsg.): Verteilungspolitik. Wo bleibt die Verteilungsgerechtigkeit? Band 1: Wirtschaftspolitische Dimensionen. – Wien, 51-55.

STIGLITZ, J. E. (2012): Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. – München.

VOGTENHUBER, S. , LASSNIGG, L. , STÖGER, E. , BÖNISCH, M. , TRENKWALDER, K. , BRUNEFORTH, M. (2016b): Indikatoren F: Outcome – Wirkungen des Schulsystems. – In: BRUNEFORTH, M. , LASSNIGG, L. , VOGTENHUBER, S. , SCHREINER, C. , BREIT, S. (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 1. Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. – Salzburg und Wien, 207-238.

VOGTENHUBER, S. , SIEGLE, T. , LASSNIGG, L. (2016a): Indikatoren A: Kontext des Schul- und Bildungswesens. – In: BRUNEFORTH, M. , LASSNIGG, L. , VOGTENHUBER, S. , SCHREINER, C. , BREIT, S. (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 1. Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. – Salzburg und Wien, 21-36.

# 10 Internetquellen

- Agenda Austria (2016): Bildungsmobilität: Und jährlich grüßt das Murmeltier; online 21.09.2016, <https://www.agenda-austria.at/bildungsmobilitaet-oeecd-2016-aufstieg/> (23.03.2019).
- ALLMENDINGER, J. (2013): Bildungsgesellschaft; online 03.05.2013, <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/158109/teilhabe-durch-bildung> (22.03.2019).
- Attac Österreich (2014): Attac Presseaussendung. Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen abschaffen; online 13.01.2014, <http://www.attac.at/presse/attac-presseaussendung/datum/2014/01/13/attac-zu-wu-studie-steuerprivilegien-fuer-kapitaleinkommen-abschaffen.html> (04.11.2016).
- Business and Professional Women Austria (2019): EPD 2019 in Österreich, online <https://www.equal-pay-day.at/at/epd2019/> (31.01.2019).
- BUTTERWEGGE, C. (2009): Hilft mehr Bildung gegen Armut? Contra: Mehr Geld in die Sozialkassen; online 22.06.2009, <https://www.stern.de/politik/deutschland/pro-und-contra-hilft-mehr-bildung-gegen-armut--3812332.html> (14.07.2019).
- BUTTERWEGGE, C. (2017): Bildung – keine Wunderwaffe im Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit; online 04.08.2017, <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/253853/bildung-keine-wunderwaffe> (28.03.2019).
- CESifo Group Munich (Center for Economic Studies, ifo Institut und Münchener Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftswissenschaft) (o.J): Atkinson-Maß, online: <https://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Glossar/07-Verteilung-und-soziale-Sicherung/Atkinson-Mass.html> (10.01.2016).
- CWIERTNIA, L. (2018): Interview mit Michael Hartmann; online 08.08.2018, <https://www.zeit.de/2018/33/michael-hartmann-eliten-soziologie-soziale-gerechtigkeit/komplettansicht> (30.01.2019).
- Der Standard (2017): Wie sich Bildung weltweit ausbreitet; online 22.02.2017, <https://derstandard.at/2000052992056/Wie-sich-Bildung-weltweit-ausbreitet> (30.03.2019).
- Der Standard (2018): Erste-Group-Chef Treichl: „Erben ist keine Leistung“; online 02.10.2018, <https://derstandard.at/2000088455720/Erste-Group-Chef-Treichl-Erben-ist-keine-Leistung> (26.01.2019).
- Die Presse (2018): CDU-Vorsitzskandidat Merz: Millionär und Mittelschicht; online 18.11.2018, [https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5531892/CDUVorsitzskandidat-Merz\\_Millionaer-und-Mittelschicht](https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5531892/CDUVorsitzskandidat-Merz_Millionaer-und-Mittelschicht) (03.01.2019).

DIEKMANN, F. (2018): Interview mit Stefan Bach; online 26.02.2018, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegen-der-superreichen-das-verhoeht-die-chancengleichheit-a-1189919.html> (25.02.2019).

ECKL, M. , KASTNER, A. (2015): Stipendien im Sinkflug; online 16.03.2015, <https://awblog.at/stipendien-im-sinkflug/> (28.03.2019).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2016): Das will der „demokratische Sozialist“; online 02.02.2016, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bernie-sanders-das-will-der-demokratische-sozialist-14047871.html> (20.09.2016).

GÖWEIL, R. (2014): Die totale Ungleichheit; online 10.01.2014, [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/599459\\_Die-totale-Ungleichheit-Viele-Fuer-und-Wider-im-Kampf-um-Vermoegenssteuern.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/599459_Die-totale-Ungleichheit-Viele-Fuer-und-Wider-im-Kampf-um-Vermoegenssteuern.html) (04.11.2016).

HAUSBICHLER, B. (2018): Frauenarbeit bleibt billiger; online 18.12.2018, <https://derstandard.at/2000094252727/Handels-KV-Frauenarbeit-bleibt-billiger> (27.01.2019).

HODOSCHEK, A. (2013): Denkfabrik der Millionäre; online 27.01.2013, <http://kurier.at/meinung/kolumnen/wirtschaft-von-innen/agenda-austria-denkfabrik-der-millionaere/2.880.795> (30.12.2015).

HOEPKE, S. , SCHAFFER, T. (2018): Einigung bei Metaller-KV: Im Schnitt gibt es plus 3,46 Prozent; online 18.11.2018, <https://kurier.at/wirtschaft/metaller-kv-einigung-erzielt-plus-3-bis-43-prozent/400328220> (31.01.2019).

HOFER, S. (2019): Interview mit Katharina Mader; online 15.5.2019, **Fehler! Linkreferenz ungültig.**<https://www.profil.at/shortlist/gesellschaft/oekonom-in-katharina-mader-gender-pay-gap-mutterschafts-gap-10788895> (07.07.2019)

HR (Hessischer Rundfunk) (1983): Interview mit Pierre Bourdieu. Die feinen Unterschiede; online 01.11.2012 (Dokumentation vom 03.11.1983), <https://youtu.be/gQSYewA03BU> (11.06.2019).

HRADIL, S. (2012): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Grundbegriffe; online 31.5.2012, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138437/grundbegriffe> (20.06.2015).

KAMPS, U. , KRÄMER, H. (2013): Gabler Wirtschaftslexikon. Gini-Koeffizient; online 05.07.2013, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/gini-koeffizient-33245/version-181726> (20.07.2015).

KLENK, J. , SCHMID, J. (2018): Gabler Wirtschaftslexikon. Bildungsmobilität; online 19.02.2018, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bildungsmobilitaet-54040/version-277095> (23.03.2019).

KNEIHS, J. (1998): Transkript eines Gesprächs mit Pierre Bourdieu; aufgezeichnet für die ORF-Ö1-Sendung „Diagonal – zur Person: Pierre Bourdieu. Die verborgenen Mechanismen der Macht“ vom 24.10.1998; online <http://www.iwp.jku.at/lxe/wt2k/div/bourdieu.htm> (12.06.2019).

KÖPPL-TURYNA, M. , LORENZ, H. (2017): Besitzt 1 Prozent der Bevölkerung 40 Prozent des Vermögens? Eine kritische Zusammenfassung der AK-Studie „Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich“; online 17.10.2017, <https://www.agenda-austria.at/wp-content/uploads/2017/10/aa-pb-kritische-zsfg-ak-vermoegensstudie.pdf> (17.03.2019).

KRUGMAN, P. (2014): Why We're in a New Gilded Age; online 08.05.2014, <http://www.nybooks.com/articles/archives/2014/may/08/thomas-piketty-new-gilded-age> (28.04.2015).

Kurier (2016): US-Konzernchefs verdienen 335 Mal mehr als Arbeiter; online 17.05.2016, <http://kurier.at/wirtschaft/us-konzernchefs-verdienen-335-mal-mehr-als-arbeiter/199.383.638> (07.08.2016).

KWASNIEWSKI, N. , SCHMITZ, G. P. , PITZKE, M. (2014): Neue Reichtumsdebatte: Et was ist faul im Kapitalismus; online 23.04.2014, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kapitalismus-und-reichtum-pikettrys-das-kapital-im-21-jahrhundert-a-965664.html> (01.05.2015).

LINSINGER, E. (2013): Warum wir so wenig über Reichtum und Vermögen wissen; online 04.06.2013, <https://www.profil.at/home/waum-reichtum-vermoegen-359556> (25.01.2019).

LINSINGER, E. , ZÖCHLING, C. (2013): Chancengleichheit: Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt; online 12.06.2013, <https://www.profil.at/home/schule-chancengleichheit-bildung-oesterreich-360100> (23.03.2019).

LÖFFLER, A. (2018): Nächtliche Einigung im Handel: Rechtsanspruch auf Vier-Tage-Woche kommt; online 18.12.2018, [https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5548034/Naechtliche-Einigung-im-Handel\\_Rechtsanspruch-auf-VierTageWoche-kommt](https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5548034/Naechtliche-Einigung-im-Handel_Rechtsanspruch-auf-VierTageWoche-kommt) (25.01.2019).

LOSSE, B. (2017): Warum wir so wenig über Reiche wissen; online 22.10.2017, <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/forschung-warum-wir-so-wenig-ueber-reiche-wissen/20478250.html> (26.01.2019).

MILANOVIC, B. (2016): Die strukturellen Aspekte der Ungleichheit; online 24.02.2016, <https://awblog.at/strukturelle-ungleichheit-milanovic/> (25.03.2019).

N. N. (2010): Gabler Wirtschaftslexikon. Soziale Ungleichheit; online 02.08.2010, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/soziale-ungleichheit-44634/version-267940> (01.07.2015).

NIEHUES, J. (2014): Gefühlte Ungerechtigkeit; online: 12.2014, <http://www.iwkoeln.de/presse/gastbeitraege/beitrag/judith-niehues-im-handelsblatt-gefuehlte-ungerechtigkeit-201481> (08.07.2015).

nobelprice.org (o.J.): Amartya Sen – Facts, online <https://www.nobelprize.org/prizes/economic-sciences/1998/sen/facts/> (11.02.2019).

OBERHUBER, N. (2014): Reich und Reich vermehrt sich gern; online 29.12.2014, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-12/ungleichheit-thomas-piketty-armut-reichtum> (01.05.2015).

OECD (2014): Gesellschaft auf einen Blick 2014. Deutsche Zusammenfassung; online [http://www.oecd.org/berlin/soc\\_glance-2014-sum-de.pdf](http://www.oecd.org/berlin/soc_glance-2014-sum-de.pdf) (08.06.2015).

OECD (2015): OECD-Sozialbericht: Einkommensungleichheit in Deutschland im Mittelfeld, Vermögensungleichheit hoch; online 21.05.2015, <http://www.oecd.org/berlin/presse/oecd-sozialbericht-einkommensungleichheit-in-deutschland-im-mittelfeld-vermoegensungleichheit-hoch.htm> (26.05.2015).

ÖGPP (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung) (2008): 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich; online Dezember 2008, [http://politikberatung.or.at/fileadmin/\\_migrated/media/Armut-und-Reichtum\\_2008.pdf](http://politikberatung.or.at/fileadmin/_migrated/media/Armut-und-Reichtum_2008.pdf) (26.01.2019).

ÖNB (o.J.):

- Dokumentation, online: <https://www.hfcs.at/publikationen/dokumentation.html> (01.03.2019).
- FAQ zum HFCS in Österreich, online: <http://www.hfcs.at/faq.html> (13.02.2016).
- Household Finance and Consumption Survey, online: <https://www.oenb.at/Geldpolitik/Erhebungen/Household-Finance-and-Consumption-Survey.html> (03.02.2016).
- Inhalte der Erhebung, online: <https://www.hfcs.at/ueber/inhalte.html> (01.03.2019).
- Über die Erhebung, online: <https://www.hfcs.at/ueber.html> (01.03.2019).
- Ziele der Erhebung, online: <https://www.hfcs.at/ueber/ziele.html> (28.02.2019).

ÖNB (Österreichische Nationalbank) (2016): Geringes Risiko ist für Österreichs Privathaushalte wichtiger als Erträge; online 24.10.2016, <https://www.oenb.at/Presse/20161024.html> (06.03.2019).

ORF (2012): Lebenschancen; online 10.08.2012, <https://oe1.orf.at/artikel/312455> (30.03.2019).

ORF (2018): Bildungsstudie: Zahlen und Schlaglichter; online 11.09.2018, <https://orf.at/stories/3012781/> (23.03.2019).

ORF (2019): Große Verluste für Österreichs Mütter; online 25.01.2019, <https://orf.at/stories/3109048/> (07.07.2019).

ORF (2019): Kommission empfiehlt Österreich Vermögenssteuer; online 28.02.2019, <https://orf.at/stories/3113327/> (17.03.2019).

Patriotic Millionaires (2010):

- Our Values; online <https://patrioticmillionaires.org/our-values/> (20.02.2019).
- Who we are; online <https://patrioticmillionaires.org/who-we-are/> (20.02.2019).

SCHACHERMAYER, W. (2011): Der Rechenfehler der Schuldenbremser; online 16.12.2011, <https://derstandard.at/1323916683867/Staatsschulden-Der-Rechenfehler-der-Schuldenbremser> (24.02.2019).

SCHACHERMAYER, W. (o.J.): Die Identität von Schulden und Guthaben; online <https://www.mat.univie.ac.at/~schachermayer/Replik> (25.02.2019).

SCHNETZER, M. (2014): Verteilungsdebatte nimmt an Fahrt auf; online 02.04.2014, <https://awblog.at/verteilungsdebatte-nimmt-an-fahrt-auf/> (28.04.2015).

SCHÜCHNER, V. , SCHNELL, P. (2016): Chancen-Index für eine Fairteilung von Bildungschancen; online 23.05.2016, <https://awblog.at/chancen-index-fuer-eine-fairteilung-von-bildungschancen/#more-13517> (23.03.2019).

SEKTION 8 (2015): Ein für alle Mal: Armin Wolf über Erbschaftssteuern als „doppelte Besteuerung“; online 22.02.2015, <http://blog.sektionacht.at/2015/02/danke-armin-wolf-fuer-diese-vier-tweets-zur-erbschaftsteuer/> (17.03.2019).

Statista (2019): Gender Pay Gap in Österreich von 2007 bis 2017; Datengrundlage: Eurostat; online 18.03.2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/291198/umfrage/verdienstabstand-zwischen-maennern-und-frauen-gender-pay-gap-in-oesterreich/> (07.07.2019).

Statistik Austria (2016): Jährliche Personeneinkommen; online 05.08.2016, [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche\\_personen\\_einkommen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html) (15.09.2016).

Statistik Austria (2017): Lohnsteuerstatistik 2017, online: [www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET\\_PDF\\_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=021847](http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=021847) (02.01.2019).

Statistik Austria (2018): Entwicklung des Bildungsstandes; online 26.11.2018, [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bildung/bildungsstand\\_der\\_bevoelkerung/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/bildungsstand_der_bevoelkerung/index.html) (12.06.2019).

Statistik Austria (2018): Lohnsteuerdaten - Sozialstatistische Auswertungen, online 21.12.2018, [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche\\_personen\\_einkommen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html) (10.02.2019).

SUCHANEK, A. , LIN-HI, N. (2013): Gabler Wirtschaftslexikon. Gerechtigkeit; online 08.02.2013, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/gerechtigkeit-34985/version-170213> (20.06.2015).

SZIGETVARI, A. (2019): Gehaltseinbußen für Mütter in Österreich besonders stark; online 25.01.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000096990974/gehaltseinbussen-fuer-muetter-in-oesterreich-besonders-stark> (07.07.2019).

The National Bureau of Economic Research (2014): Marry Your Like: Assortative Mating and Income Inequality; online Jänner 2014, <https://www.nber.org/papers/w19829> (31.03.2019).

Trend (2016): So viel verdienen Österreichs Top-Manager; online 15.04.2016, <http://www.trend.at/wirtschaft/so-oesterreichs-top-manager-6317423> (05.08.2016).

Twitter (2015): Tweet von Armin Wolf. Tweet zur Erbschaftssteuer; online 22.02.2015, <https://twitter.com/ArminWolf/status/569455745835655168> (17.03.2019).

Twitter (2017): Die neue Volkspartei. Tweet: Für junge Menschen ist Eigentum die beste Maßnahme gegen Altersarmut; online 25.09.2017, <https://twitter.com/volkspartei/status/912409911115632641?lang=de> (16.03.2019).

UN (Vereinte Nationen) (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; online <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> (22.03.2019).

UNICEF Österreich (2018): Presseaussendung. Neue UNICEF Studie: Wohlstandsniveau der Staaten garantiert keine Gleichberechtigung von Kindern in der Bildung, online 29.10.2018, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20181029\\_OTS0167/neue-unicef-studie-wohlstandsniveau-der-staaten-garantiert-keine-gleichberechtigung-von-kindern-in-der-bildung](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181029_OTS0167/neue-unicef-studie-wohlstandsniveau-der-staaten-garantiert-keine-gleichberechtigung-von-kindern-in-der-bildung) (23.03.2019).

UTIP (University of Texas Inequality Project) (o.J.): Measuring Inequality; online: [utip.gov.utexas.edu/tutorials/intro\\_ineq\\_studies.ppt](http://utip.gov.utexas.edu/tutorials/intro_ineq_studies.ppt) (05.01.2016).

WDR (Westdeutscher Rundfunk) (2017): 30. November 1987 - "Kaufhaus-Milliardär" Helmut Horten stirbt; online 30.11.2017, <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag-helmut-horten-100.html> (07.02.2019).

WELTER, P. (2014): Ein Rockstar-Ökonom erobert Amerika; online 10.05.2014, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/thomas-piketty-ein-rockstar-oe-konom-erobert-amerika-12931937.html> (01.05.2015).

WRZESZCZ, M. , SLOMSKI, M. , RYBARCZYK, S. (2010): Measures of inequality and empirical results; online 14.05.2010, [https://www.wiwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/fine/mikro/bilder\\_und\\_pdf-dateien/SS10/Inequality/PraesentationenInqua/MeasuresOfInequalityA.pdf](https://www.wiwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/fine/mikro/bilder_und_pdf-dateien/SS10/Inequality/PraesentationenInqua/MeasuresOfInequalityA.pdf) (21.03.2019).

WÜLLENWEBER, W. (2009): Hilft mehr Bildung gegen Armut? Pro: Mehr Geld in die Bildung; online 22.06.2019, <https://www.stern.de/politik/deutschland/pro-und-contra-hilft-mehr-bildung-gegen-armut--3812376.html> (14.07.2019).